INHALT



Demonstration der mexikanischen Studierendenbewegung Yo Soy#132, © Limbistico

RE:ORGANISIEREN

EDITORIAL

Wer den ökologischen Problemen mit dem vertrauten Handwerkszeug der Linken und des Sozialismus zu Leibe rücken möchte, stellt die Eigentumsfrage, radikalisiert die Demokratie, betont die Bedeutung der Gleichheit, erfindet die Planung neu und geht der Bourgeoisie mitsamt ihrem Kapital ans Leder. Nur so – das ist der Gedanke – könnten die aufgelaufenen ökologischen Jahrhundertfragen radikal und nachhaltig beantwortet werden. Aber kann die Vorstellungswelt des Sozialismus, wie sie uns vertraut war, so bleiben, wenn die ökologischen Fragen einbezogen werden?

Eine Antwort im Heft: Nein. Jede Arbeit an einer radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse baut Theorien und Normen, Visionen und Handwerkszeuge, vorwegnehmende Praxis und ausgreifende Ziele des Sozialismus, wie wir ihn kennen, um. Eine postkapitalistische Ökologie ist ohne radikal anderen, demokratischen *und* grünen Sozialismus nicht zu haben.

Die aktuelle kapitalistische Umwälzung dieser Naturverhältnisse geschieht als Inwertsetzung und herrschaftliche Durchdringung. Sie entfaltet sich nicht erst seit der »Energiewende«, sondern begann in den 1970ern politisch wie ökonomisch Fuß zu fassen. Der Aufstieg war von den Konjunkturen des Neoliberalismus gezeichnet, aber auch ein Feld kritisch-oppositioneller Alternativen – schon die frühe grün-linke Kritik an der Wachstumsgesellschaft versuchte, mit der Forderung nach einem »sozialökologischen Umbau« einen Unterschied zur Geltung zu bringen. Mittlerweile ist er ebenso fest in der Begleitrhetorik der »Green Economy« verankert wie die bewusst neutral gehaltene Rhetorik von der »Transformation«. Beide versprechen Auswege aus der großen Krise des neoliberalen Kapitalismus, indem

sie auf Reparatur, Reorganisation und Umbau der gesellschaftlichen Naturverhältnisse fokussieren – praktikabel, risikoarm, krisenfrei oder zumindest krisenfest. Ihre »große Transformation« ist eine halbe: Sie zielt auf die Beseitigung des fossilen Industrialismus und dessen stofflich-energetische Basis, nicht auf seine politische Ökonomie. Doch schon diese halbierte Transformation ist unerhört. Ihre Aussicht ist umstritten. Aber ihre tragenden Akteure sind sich einig: So ist die Ökonomie des Kapitals aufrechtzuerhalten.

Welche Reichweite hat dieses »strategische Projekt« (Ethikkommission Sichere Energieversorgung 2011)? Ist es bloß Konjunktur oder wirklich stabil hegemoniefähig? Kann es zum dominanten Pfad kapitalistischer Entwicklung werden – zu welchem Preis und auf wessen Kosten? Welche Alternativen zu den Richtungskämpfen in den strategischen Machtmilieus der kapitalistischen Welt öffnen sich? Die Dynamik der ökologischen Frage kann kaum überschätzt werden, daran ändert nichts, dass die grüne Partei auch in ihrem Kerngeschäft domestiziert ist und die Energiewende der Regierung in der Krise halbherzig. Wo ist also die Linke gefragt, womit muss sie rechnen, welchen Widerspruch kann sie entwickeln?

Grüner Sozialismus als Strategie und Orientierung kann theoretisch voraussetzungsvoll und politisch offensiv sein, er riskiert eine Selbstveränderung der Linken. Neben Einstiegsprojekten bedarf die Transformation eines utopischen Horizonts, um der Entwendung in herrschaftliche Projekte entgegenzuwirken. Ohne zu vergessen, dass die Veränderung der Welt sich während ihrer Veränderung immer wieder neue Horizonte suchen muss.

Besonders in der »Wachstumsfrage« trennen sich die Wege: Einerseits *grüner Kapitalismus,* dessen innerste Natur Akkumulation von Kapital, Extension und Expansion, Wachstum und Grenzüberschreitungen ohne Maß und innere Selbstbegrenzung ist, er (re)produziert Ungleichheiten und lange Depressionen. G*rüner Sozialismus* auf der anderen Seite nimmt Abschied vom immerwährenden Wachstum. Welche Politiken, Strategien und Aktionen müssen verknüpft werden, damit ein zukunftsfähiges Gesamtbild sozialistischer Naturverhältnisse entstehen kann? Wie können darin die vielfachen Ungleichheiten gemindert werden? Wie fördern sie den Fokus auf radikale Demokratie? Können sie die Borniertheit der Zeitvorstellungen bürgerlicher Politik überwinden? Wie tragen sie zu einer Kultur solidarischer Kooperation bei?

Schließlich bleibt die Frage: trägt diese Orientierung für ein Jahrhundertprojekt der Linken? Die Sache ist riskant.

WAS IST SOZIALISTISCH AM GRÜNEN SOZIALISMUS?

MARIO CANDEIAS

»Schon wieder ein linker Großbegriff mit Adjektiv! Lasst uns doch an konkreten sozial-ökologischen Projekten arbeiten, an Konversionsinitiativen, Energiewende, entgeltfreiem öffentlichen Nahverkehr.« Große Utopien zu entwerfen und darauf zu achten, dass die Realität ihnen ähnlich wird – viele Probleme der Linken sind daraus entstanden. Transformation beginnt mit Einstiegen – ja, aber Einstiege in was? Was ist das Verbindende, Orientierende? Es bedarf eines Korrektivs, »*vision*« nennen das amerikanische Aktivisten.

Was kann das in grünen Politiken bedeuten? Die konsequente Verbindung von sozialer und ökologischer Frage ist eine der wesentlichsten Dimensionen linker Politik. Die soziale Seite kann die Linke glaubhaft vertreten, an der ökologischen Überzeugungskraft wird vielversprechend gearbeitet, ohne dass die veröffentlichte Meinung davon besondere Notiz nehmen würde. Der Programmatik der Grünen in den 1980er Jahren entnommen, ist der sozial-ökologische Umbau ein para-

digmatisches Projekt einer zu entwickelnden Mosaik-Linken. Doch wie kann die gegenhegemoniale Verankerung gesichert werden? Welches Profil hat die sozialistische Linke im Unterschied zum BUND? Unterschiedliche Zugänge sollen verbunden werden – doch Widersprüche werden häufig verdeckt, strittige Punkte wie die Eigentums- oder Staatsfrage umgangen. Wir experimenteren mit dem Begriff des »Grünen Sozialismus« und wollen überlegen, ob er die Leerstelle des linken, ökologischen, feministischen Imaginären füllen könnte.

Angesichts der Kräfteverhältnisse ist nicht »grün« das Problem, sondern der Sozialismus. Bereits der »Ökosozialismus« scheiterte, weil er zu Zeiten weltgeschichtlicher Umbrüche des Neoliberalismus und des Zusammenbruchs des Staatssozialismus entwickelt wurde – der Sozialismus hatte keine Konjunktur, galt als verstaubt und geschlagen. Ökosozialismus schmolz zu einer sympathischen Sekte, die das »Sein-Sollen« betonte, aber selten in konkrete sozial-ökologische Kämpfe intervenierte. Die ökologischen Fragen erlebten derweilen eine erste Konjunktur, nicht zuletzt mit dem Weltgipfel in Rio 1992. In einer passiven Revolution (Gramsci) wurde die soziale von der ökologischen Frage weitgehend geschieden und über die Institutionalisierung von Umweltpolitiken und Weltklimagipfeln sowie die Integration von Grünen und NGOs in das neoliberale Management der Globalisierung absorbiert. Mit beschränkten Erfolgen: Die ökologischen und sozialen Krisen – die ökologischen mit immensen sozialen und die sozialen mit ebensolchen ökologischen Folgekosten – schreiten weitgehend ungebremst voran. Der grüne Sozialismus muss also verbunden sein mit konkreten Energiekämpfen (vgl. *LuXemburg* 1/2012) und Projekten der Konversion, der gerechten Übergänge (*LuXemburg* 1/2011, 3/2010).

Inmitten der großen Krise des Neoliberalismus und der autoritären Kürzungspolitiken in Europa wecken Aussichten auf einen »Grünen Kapitalismus« (Fücks/Steenbock 2007; kritisch Candeias/Kuhn 2008) oder eine »Grüne Ökonomie« (Heinrich-Böll-Stiftung 2012; kritisch Brand 2012) Hoffnungen. Investitionen sollen in Richtung Energiewende umorientiert und ökologische Modernisierung mit der notwendigen technologischen und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen verbunden werden. »Grüne Ökonomie« zielt auf Wachstums- und Exportförderung, nicht auf Begrenzung des Ressourcenverbrauchs. Der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie soll nicht versöhnt werden, wie noch zu Zeiten von »Nachhaltigkeit«. Durch die Inwertsetzung von Natur und Umweltschutz wird die Bearbeitung der ökologischen Krise selbst zum Faktor und zur Triebkraft der erweiterten kapitalistischen Akkumulation. Hegemonie soll unter Einbeziehung ökologischer Interessen wieder hergestellt werden – ein Elitenkonsens, garniert mit der Hoffnung der Subalternen auf neue Jobs. Bislang behindern austeritätspolitische Blockaden die angestrebte Dynamik der Grünen Ökonomie. Doch im Streit um die so genannten Wachtsumskomponenten zur Ergänzung des europäischen Fiskalpakts werden bereits Anreiz- und Investitionsprogramme für ökologische Erneuerung diskutiert. Hier treffen sich kapitalistische Interessen mit den



»Die Griechen von Barcelona«, Julien Lagarde

Interessen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften (selbst bei eher linken Aufrufen wie www.europa-neu-begruenden.de).

Gegen diesen neu in Szene gesetzten (noch lange nicht durchgesetzten) »grünen Kapitalismus« positioniert sich der grüne Sozialismus. Der Begriff versucht die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne »revolutionärer Realpolitik« so zu verknüpfen, dass sie »in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung« hinausgehen (Luxemburg). Dabei werden alte sozialistische Problematiken, wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie, aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft. An die realen Widersprüche und Bedingungen, Kräfte und Bewegungen, die sich an unterschiedlichen Punkten engagieren, Konflikte austragen und konkrete experimentelle Praxen entwickeln, muss angeknüpft werden.

BEISPIEL UMVERTEILUNG

Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik. Sie kommt in der »grünen Ökonomie« nicht vor, im so genannten Green New Deal spielt sie eine Nebenrolle, die in Zeiten von Kürzungspolitik nicht ernst gemeint ist – »ehrlich machen« nannte die Partei Die Grünen deren Relativierung.

Aus neoliberaler Sicht muss der Schuldendienst an die eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden. Auch Sozialdemokraten und Grüne halten sich daran, um das »Vertrauen der Märkte« zu sichern, sie stimmten europaweit der Ratifizierung des Fiskalpaktes zu. Dies bedeutet nicht nur eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben, sondern verschärft die Wirtschaftskrise, treibt ganze Länder in die Depression, ohne dass Schulden nachhaltig abgebaut werden könnten.

Über diese illegitimen Schulden wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein *Schuldentribunal* (vgl. Candeias 2011b) zu konzipieren. Ein allgemeiner Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar, wäre notwendig. In Verbindung mit einer *gerechteren Steuerpolitik*, die Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt, könnten so Umver-

teilung gestoppt, umgekehrt Spielräume für eine andere Politik überhaupt wieder eröffnet werden, auch für eine sozial-ökologische Politik. Die Bereitschaft für eine solche Politik in der Bevölkerung gründet auf der Entlastung von erdrückenden (finanziellen) Existenznöten. An diesem Punkt treffen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die CDTM (Griechische Kampagne zum Schuldenaudit, vgl. *LuXemburg* 2/2012, 34ff) und linke Parteien wie Syriza und die Izquierda Unida, die im Rahmen der europäischen Krisenproteste für Schuldenaudits, Vermögensbesteuerung, Finanztransaktionssteuern, Bankenabgabe usw. streiten.

SOZIALISIERUNG DER INVESTITIONEN

Perspektivisch ist eine schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion notwendig – übrigens eine alte Keynessche Position: Wer entscheidet über den Einsatz der (etwa ökologischen) Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt hat sich als vermeintlich effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen blamiert. Die Überakkumulation von Kapital produziert Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion wie Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Die »grüne Ökonomie« setzt auf Inwertsetzung und Markt. Doch es dauert zu lang – zumal die Großkonzerne des fossilen Kapitalismus in die grüne Ökonomie einsteigen und zugleich ihr altes fossilistisches Fixkapital möglichst lange verwerten wollen. Einen sanften Übergang gibt es nicht: Die gewaltige Aufgabe, bis 2050 die Treibhausemissionen um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, ist ohne Brüche und Krisen unmöglich. Wird der Umbau konsequent betrieben, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Wenn die Märkte ihre Investitionsfunktion nicht wahrnehmen, dann muss diese weitaus stärker zur öffentlichen Aufgabe werden: internationale Finanzregulierung, Vergesellschaftung »systemrelevanter« Banken und Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken, breite Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen. Sozialisierung von und partizipative Entscheidung über Investitionen ist Voraussetzung eines linken und sozialistischen Projekts *struktureller Umgestaltung*. Ohne das lassen sich Verteilungspolitiken rasch wieder rückgängig machen.

RÜCKGEWINNUNG DES ÖFFENTLICHEN

Eine Transformation von Produktions- *und* Lebensweise ist notwendig, nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen Commons und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen (*public goods*) und den Ausbau kollektiver kostengünstiger, perspektivisch kostenloser öffentlicher Leistungen (z.B. Ausbau eines kostenlosen ÖPNV statt Stützung der Autokonzerne). Ein grüner Sozialismus stellt das

Öffentliche in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau von Produktions- und Konsumweise. Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung sozialer und anderer Infrastrukturen sowie allgemeiner solidarischer Sicherungssysteme kann der auch in Teilen der gewerkschaftlichen Linken verbreiteten Fixierung auf Lohnerhöhung und stofflichen Warenkonsum entgegen gearbeitet werden – ohne sich in Verzichtsdebatten zu verkämpfen. Mit einem solchen (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden zugleich Märkte und Privatisierung zurückgedrängt.

Die »grüne Ökonomie« hingegen favorisiert privat-kapitalistische technische Lösungen (*techno fixes*), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesiger Offshore-Windparks, monopolisierter transkontinentaler Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport. Entsprechend stehen starke Kapitalfraktionen hinter einem grün-kapitalistischen Projekt. Ihre Technik konterkariert das dezentralisierende *Potenzial* neuer Technologien – »Lösungen«, die eine Vielzahl neuer sozial-ökologischer Konflikte produzieren: *false solutions* (vgl. *LuXemburg* 1/2012). Hier berühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit linken Landes- und Kommunalpolitikern: Gegen eine von oben verordnete, konzerngetriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer etc., um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie arbeiten dabei unterschiedliche Bewegungen und Gruppen an einer gemeinsamen Orientierung (vgl. ebd.).

AUF REPRODUKTIONSÖKONOMIEN ORIENTIEREN

Für eine sozial-ökologische Transformation ist auf *reproduktive Bedürfnisse* zu orientieren; unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie ist in eine »Reproduktionsökonomie« zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft (vgl. Candeias 2011a, 96). Im *Zentrum* einer Transformation würden Bereiche stehen, die gemeinhin unter einen (weiten) Begriff der Reproduktions- oder Sorgearbeiten fallen: Ausbau bedürfnisorientierter sozialer Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung und Schutz unserer natürlichen Umwelten. In diesen zentralen Bereichen beklagen alle seit Jahren Mangel, es sind die einzigen Bereiche, in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Sie sind öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben. Dies wäre zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von (bezahlter) Arbeit und (unbezahlter) Reproduktion. Und gut gewendet können sie einen Beitrag zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen leisten, durch den Blick auf reproduktive Funktionen. Daher geht es auch um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen (4in1-Perspektive, vgl. *LuXemburg* 2/2011) –



»Inside out«, Kunstprojekt JR, Barcelona, Julien Lagarde

durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, am Beitrag zu menschlicher Entwicklung, am Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Hier verbindet sich das Gefühl derer, die unten sind, dass fremd und gegen sie über sie verfügt wird, mit dem starken Bedürfnis nach Partizipation auch der solidarisch-libertären Mittelschichten. Wachstumskritische Bewegungen, feministische Politiken und Dienstleistungsgewerkschaften wie ver.di können an solchen Punkten zusammenkommen.

Diese Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion. Globale Produktionsketten werden seit langem überdehnt und führen zur Verschwendung von Ressourcen. Es geht dabei nicht um einen »naiven Antiindustrialismus« (Urban), sondern vielmehr um eine *alternative Produktion*. Das E-Auto zur Fortschreibung der Exportstrategie deutscher Automobilkonzerne bspw. ist keine alternative Produktion: Die Produktion der Batterien ist Energie- und Ressourcen-intensiv und belastet die Umwelt zusätzlich mit einer ganzen Reihe hochgiftiger Substanzen. Darüber hinaus ändert eine Orientierung auf E-Autos nichts an dem enormen Flächenverbrauch und der Versiegelung der Landschaft durch Straßen. Stattdessen wäre über die Konversion der betreffenden

Unternehmen hin zu ökologisch orientierten Dienstleistern für öffentliche Mobilität nachzudenken, die von der Region ausgehend integrierte Mobilitätskonzepte realisieren (vgl. *LuXemburg* 3/2010).

Auf diese Art könnten die in Exportorientierung und Krisenkorporatismus verhedderten Gewerkschaften wie die IG Metall wieder eigenständige Perspektiven entwickeln, die sie nicht immer wieder in Gegensatz zu den anderen Teilen der Mosaik-Linken bringen oder als Krisengewinnler gegenüber den europäischen Partnergewerkschaften positioniert. Eine solche Tendenz zu *Deglobalisierung* und Regionalisierung der Wirtschaft trägt auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Und sie nimmt im globalen Süden den Druck zur Einschreibung in globale Produktionsketten, in extraktivistische Politiken und Rohstoffströme sowie eine imperiale Lebensweise, eröffnet Raum für eigenständige Entwicklung. Notwendig ist darüber hinaus die Entwicklung einer globalen Stoff- und Ressourcenplanung, die eine gerechte Verteilung sichert, den Verbrauch begrenzt und reproduktive Bedürfnisse stärkt. Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie *qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen*.

GERECHTE ÜBERGÄNGE ZUM GRÜNEN SOZIALISMUS

Ein gerechter Übergang – *Just Transition* – bedeutet kurzfristig: Bestimmte Bereiche müssen schrumpfen (bspw. Teile der mit hohem Stoffumsatz verbundenen industriellen Produktion), andere zunächst wachsen (bspw. die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives Wachstum* ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Hier ist ein simpler Gegensatz von Wachstums- versus Postwachstumspositionen kontraproduktiv. Dabei weisen Debatten um *Buen Vivir* (dem Guten Leben, vgl. *LuXemburg* 2/2010) und sozial-ökologische Entwicklungsweisen jenseits westlicher Lebensweisen im globalen Süden über Wachstums- und Modernisierungsvorstellungen hinaus. Auch hier sind falsche Gegensätze zu vermeiden: Nicht »Entwicklung« an sich ist das Problem, nicht die »moderne« Zivilisation, sondern eine spezifische Form kapitalistischer (oder auch staatssozialistischer) Entwicklung und bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Hier muss eine politische Übersetzung der jeweiligen Erfahrungen erfolgen, dann bieten sich zahlreiche Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen sozial-ökologischen und transformatorischen Kämpfen im globalen Süden und im Norden.

Gerechte Übergänge müssen Perspektiven für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z.B. der Energiewende) und dem Umbau (z.B. dem Strukturwandel durch industrielle Konversion oder durch Rückbau etwa der Rüstungsindustrie) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder bieten. In diesem Sinne versuchen Just-Transition-Initiativen Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische

Interessen ausgespielt oder die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen (bessere Umweltbedingungen und bewusster Konsum) oder von Beschäftigteninteressen (mehr Jobs) bleibt äußerlich. *Kriterien* für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus könnten sein: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie a) relevant zur Senkung von CO_2-Emissionen beitragen, b) zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), c) zur Reduzierung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten, d) Beschäftigung und Gute Arbeit befördern und e) demokratische Partizipation der Einzelnen ermöglichen. Sicher kann die Liste der Kriterien beliebig fortgeführt werden. Für eine erste, interventionsfähige Methode zur quantitativen Beurteilung wären dies wesentliche Punkte.

PARTIZIPATIVE PLANUNG

Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen »unter Zeitdruck« (Schumann 2011) herbeizuführen, macht Elemente partizipativer *Planungsprozesse*, *consultas populares* und *peoples planning processes*, dezentraler demokratischer Räte erforderlich (regionale Räte waren in der Auseinandersetzung um die Krise in den Automobil- und Exportindustrien bereits in der Diskussion, vgl. IG Metall Esslingen 2009, Lötzer 2010, Candeias/Röttger 2009). Unabdingbar rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung vollbracht (z.B. in den USA in den 1930er und 40er Jahren). Von der »Überlegenheit des sozialistischen Grundplans« sprach selbst Joseph Schumpeter (1942, 310ff), der glühende Anhänger der von ihm selbst so genannten »schöpferischen Zerstörung« des Kapitalismus. In der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen also über ein starkes Argument – doch sollte es sich um partizipative Planung handeln (Williamson 2010). Nur so kann Vergesellschaftung mit überkommenen Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus brechen. Angesichts negativer Erfahrungen mit autoritär-zentralistischer Planung können regionale Experimente einen Einstieg ermöglichen. Die Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich, im Bildungswesen etc. können weitere Ansatzpunkte sein. Schwieriger ist es mit der globalen Stoff- und Ressourcenplanung – Erfahrungen internationaler Organisationen oder die gigantischen Planungserfahrungen transnationaler Konzerne sind kaum unmittelbar demokratisierbar.

WIRKLICHE DEMOKRATIE

Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss daher zugleich eine radikale *Demokratisierung des Staates* sein. Weder der »wohlmeinend« paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den

neuen (Demokratie-)Bewegungen geforderte Erweiterung der Teilhabe und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heißt. Partizipation heißt nicht, seine Meinung äußern zu dürfen, sondern wirkliche Entscheidungen beeinflussen zu können. Hier trifft sich z.B. die Bewegung gegen Stuttgart21 mit Occupy und der Bewegung der Empörten. Das autoritär-neoliberale Krisenmanagement läuft dem entgegengesetzt.

Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die *Demokratisierung der Wirtschaft:* Die »Leistungen« von Management und *Shareholder-value*-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristdenken, Finanzkrise, exorbitanten Managergehältern, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen sowie wachsender ökologischer Zerstörung in Zweifel geraten. Auch die klassische betriebliche Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz und finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption. Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft (vgl. *LuXemburg* 3/2011), für eine weitreichende Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette).
Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die Einzelnen befähigen, Protagonisten ihrer eigenen Geschichte zu werden. Denn es ist *»Sache eines jeden von uns, das Divergierende zu einer Einheit zu bringen«* (Peter Weiss [1975] 1983, 204). Diese Einheit ist politisch zu denken – als Transformationslinke etwa, die weiß: Nichts, was hier genannt wurde, ist ohne heftige Auseinandersetzung zu haben (Goldschmidt u.a. 2008, 836 ff).

LITERATUR

Brand, Ulrich, *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*, Reihe: luxemburg argumente 3, Berlin; www.rosalux.de/publication/38335/schoene-gruene-welt.html

Candeias, Mario, 2011a: Strategische Probleme eines gerechten Übergangs, in: *LuXemburg*, H. 1, 90–7

Ders., 2011b: Schuldentribunal und grüner Sozialismus. Die Schuldenkrise politisieren, in: Mehring-1, 18.11., http://ifg.rosalux.de/2011/10/18/schuldentribunal-und-gruner-sozialismus-die-schuldenkrise-politisieren

Ders. und Armin Kuhn, 2008: Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise?, in: *Das Argument* 279, 50. Jg., 805–12

Ders. und Bernd Röttger, 2009: Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise, in: *Das Argument* 284, 51. Jg., 894–904

Fücks, Ralf, und Kristina Steenbock, 2007: Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: *Böll.Thema*, H. 1, www.böll.de

Goldschmidt, Werner, Colin Baker und Wolfram Adolphi, 2008: *Klassenkampf*, in: HKWM 7/1 Berlin, 836–73

Heinrich-Böll-Stiftung, 2012: *Grüne Ökonomie. Was uns die Natur wert ist, Böll.Thema*, H. 1, www.boell.de/thema

IG Metall Esslingen, 2009: *Treuhandfonds für die Region*, Esslingen, www.esslingen.igm.de/news/meldung.html?id=29577

Lötzer, Ulla, 2010: Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie, in: *LuXemburg* 3/2010, 86–93

Schumann, Harald, und Hans-Jürgen Urban, 2011: Gespräch über Konversion und Mosaiklinke, in: *LuXemburg* 1/2011, 84–89

Schumpeter, Joseph A., 1942, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1987

Weiss, Peter, [1975] 1983: *Die Ästhetik des Widerstands*, Frankfurt/M

Williamson, Thad, 2010: Democratic Social Planning and Worker Control, in: *LuXemburg*, www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=1048



Proteste gegen Kürzungspolitik in Barcelona, Juli 2012, Julien Lagarde

GRÜNER KAPITALISMUS?

SYSTEMWECHSEL STATT FARBWECHSEL

KATJA KIPPING UND

BERND RIEXINGER

Die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eng damit verknüpft, wie im Kapitalismus produziert wird. Der Zwang zum Wachstum und dass ökologische Kosten externalisiert werden – darin liegen strukturelle Schranken für ein Leben im Einklang mit den ökologischen Grundlagen. Ein grüner Kapitalismus kann Profitzwang und nachhaltige Produktion nicht versöhnen; er kann den Planeten höchstens für einen Teil der Menschheit lebensfähig halten. Gesundheit, Qualität der Ernährung oder risikoarme Lebensorte bleiben von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen abhängig. Für eine Partei, für die gleiche soziale und demokratische Rechte ein unverrückbarer Bezugspunkt sind, ist er daher keine Perspektive. Die ökologische Frage ist zwingend mit der sozialen Frage verbunden und sie kann ein eigenständiger Zugang zum Thema »Sozialismus« sein.

Eine Erderwärmung von zwei Grad Celsius würde katastrophale Folgen für das Leben auf unserem Planeten (Dürren,

Überschwemmungen, Wetterextreme) haben – insbesondere für die Menschen in den ärmeren Teilen der Welt. Auf dem Kopenhagener Klimagipfel 2009 wurde vereinbart, dass in der Europäischen Union gegenüber dem Basisjahr 1990 80 bis 95 Prozent der Treibhausgasemissionen einzusparen sind – ein Ziel, dem sich die LINKE im Parteiprogramm verpflichtet hat.

Was ökologisch zwingend klingt und eher ein technisches Problem zu sein scheint, findet politische Unterstützer aus unterschiedlichen Richtungen. Doch in den knapp vier Jahrzehnten, die seit Veröffentlichung von »Grenzen des Wachstums« durch den Club of Rome vergangen sind, ist der ökologische Wandel unter kapitalistischen Vorzeichen kaum vorangekommen: Unsere Produktionsweise, insbesondere in den nördlichen Teilen der Welt, ist noch immer Ressourcen vernichtend. Ökologische Effekte, die durch den Ausbau erneuerbarer Energien oder durch effizientere Energienutzung entstanden sind, werden durch das allgemeine Wirtschaftswachstum und durch den Rebound-Effekt wieder aufgefressen (vgl. *LuXemburg* 1/2011).

Die konkreten Reformvorschläge mögen sich ähneln, die Differenzen liegen im Grundsätzlichen: Wer wie die Grünen glaubt, dass die ökologisch-ökonomische Krise nur eine irrtümliche Fehlentwicklung der Marktwirtschaft ist und mit »grüner Marktwirtschaft gegen Markt- und Politikversagen« zu heilen sei (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2008, 1), macht sich vielleicht mehr Illusionen über die kapitalistische Wachstumsdynamik und Vermachtung gesellschaftlicher Verhältnisse als diejenigen, die eine Lösung der ökologischen Probleme im Kapitalismus in Zweifel ziehen (Candeias 2010, 21).

Dieses Argument mag überraschen. Reformen des Kapitalismus scheinen zunächst realistischer als seine Transformation. Dagegen spricht die Macht der alten Industrien der fordistischen Ära, also der großen Energieversorgungsunternehmen oder der Automobilindustrie, die sich als Bremsklötze einer ökologischen Reformpolitik erweisen. Denken wir daran, wie die Energiekonzerne in Deutschland den halbherzigen Atomausstieg der rot-grünen Bundesregierung unter der jetzigen Bundesregierung wieder einkassieren konnten. Nur durch die Atomkatastrophe in Fukushima konnte er durchgesetzt werden. Und: »Ein grüner Kapitalismus würde«, warnt Ulrich Brand, »eine neue Phase der Regulation der Naturverhältnisse einleiten, die nicht grundlegend die Degradation stoppen wird. Er wird, wie alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter Bedingungen der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise, selektiv sein, vielen Menschen zu mehr Einkommen und einem höheren materiellen Lebensstandard verhelfen, andere Menschen und Regionen ausschließen oder gar ihre materiellen Lebensgrundlagen zerstören« (Brand 2012). Die Inwertsetzung der Natur wird dazu führen, dass alle Waren und Dienstleistungen, die mit dem Leben unmittelbar verknüpft sind (Luft, Ernährung, Wohnorte), teurer werden und die Frage der Lebensdauer noch viel stärker eine soziale Frage sein wird. Die Klassenfrage ist dann nicht nur eine Frage der sozialen Gleichheit, sie wird zur Überlebensfrage. All diese Momente – die Wachstumsdynamik, die ökonomisch vermachteten Verhältnisse

und die mangelnde Akzeptanz ökologischer Reformen aufgrund der sozialen Spaltung – lassen die Option eines grünen Sozialismus nicht unwahrscheinlicher werden als die eines grünen Kapitalismus.

Das Parteiprogramm der LINKEN formuliert als Ziel den demokratischen Sozialismus, der sich an »Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit« orientiert (Die LINKE 2011, 28). Im Zusammenhang des Kapitels »Öffentliches und Belegschaftseigentum« (30ff) wird darauf hingewiesen, dass auch unter ökologischen Gesichtspunkten z.B. eine gesellschaftliche Organisation der Energieversorgung und des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs angezeigt ist.

»Grüner Sozialismus« kommt als Begriff im Parteiprogramm nicht vor, wohl aber der sozial-ökologische Umbau. Doch es findet sich keine theoretische Verknüpfung der ökologischen Frage mit dem Demokratischen Sozialismus. Auch das von der Bundestagsfraktion angestoßene Projekt »PLAN B – das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau« – spricht vom sozial-ökologischen Umbau (vgl. Fraktion die LINKE 2012). Wir wollen uns der Frage nach einem grünen Sozialismus über die Kritik an der Unfähigkeit der bestehenden politisch-ökonomischen Ordnung, den ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden, nähern; von hier aus müssen wir Parameter einer gesellschaftlichen Ordnung bestimmen, die den Prinzipien einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gerecht wird und zugleich die Reproduktion der Menschheit so gestaltet, dass ihre natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.

Dem Kapitalismus wohnt der Zwang zu Wachstum und zur Landnahme noch nicht zur Ware gewordener Bereiche inne (vgl. Dörre 2011), Kosten der Produktion – ökologische, soziale – werden externalisiert. Während die sozialen Kosten (Krankheit, Erwerbsarbeitslosigkeit, Kriminalität) auf die Gesellschaft übertragen werden, werden die ökologischen Kosten der »Natur« übergeholfen, beides mit fatalen Folgen. Würden die Kosten wieder internalisiert, beispielsweise über Ökosteuern oder Verbote, würden Produktionskosten erhöht und Gewinne reduziert – das scheut das Kapital wie der Teufel das Weihwasser. Eine ökologische Regulierung des Kapitalismus ist deshalb nur als Folge politischer Kämpfe denkbar.

Diese Kämpfe werden bereits geführt (vgl. *LuXemburg* 1/12). Die Partei die LINKE ist an vielen Punkten Teil dieser Kämpfe, z.B. in der Klimagerechtigkeitsbewegung oder bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung. Die Konzepte zur ökologischen Regulierung des Kapitalismus sind durchaus mannigfaltig. In grünen Parteien und in Teilen der Umweltbewegung wird regelmäßig ein »Green New Deal« – also ein ökologisch reformierter grüner Kapitalismus – gefordert (vgl. Bütikofer/Giegold 2010). Die Grünen stoßen mit ihrem Angebot des Green New Deal bei der Bevölkerung und der neuen Öko-Industrie auf Zustimmung, und hier liegen Anknüpfungspunkte für Kooperationen. Statt auf große Photovoltaikanlagen und Offshore-Windparks in den Händen weniger Energieversorgungsunternehmen setzt die LINKE allerdings auf eine dezentrale und kommunale Energieversorgung. Kommunale Energieversorgung

ist letztlich nicht nur ökologisch sinnvoller, sondern auch ökonomisch für die Kommunen ertragreicher. Die Gewinne der großen Energieversorgungsunternehmen müssen dann nicht mehr mitfinanziert werden, sondern können für soziale und kulturelle Projekte vor Ort verwendet werden (vgl. *LuXemburg* 1/2012).

Saral Sarkar versteht »Ökosozialismus« als »eine Synthese von dem Ideal einer egalitären-solidarischen Gesellschaft und dem Ideal einer nachhaltigen Wirtschaft«, aus der sich ein Anspruch an den Sozialismus ergibt: »Der alte Sozialismus« suchte sein Ziel auf »Grundlage einer hoch entwickelten industriellen Ökonomie« zu verwirklichen. Angesichts der Grenzen des Wachstums einer industriellen Produktions- und Lebensweise ist dies »völlig illusorisch« (2012). Die Wachstumsfrage trifft einen Kern des traditionellen linken Selbstverständnisses. Der Glaube an den Fortschritt war lange ein zentrales Moment linker Identität – insbesondere der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung. Dabei muss der »grüne Sozialismus« nicht als ökonomisch schrumpfende Gesellschaft gedacht werden. Empfehlungen, dass alle auf Wohlstand zu verzichten hätten, ist mit größtem Misstrauen zu begegnen: »Ohne eine wirksame Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Prekarität im globalen Maßstab wird sich ökologische Nachhaltigkeit weder national noch international durchsetzen lassen.« (Dörre 2012) Die soziale Frage verbindet sich mit der ökologischen und der Demokratie.

Begrifflich verhält sich die Ergänzung »grün« zum Sozialismus wie seine Ergänzung »demokratisch«: Die Geschichte des realen Sozialismus und die Debatten innerhalb der sozialistischen Bewegungen zeigen, dass es keine Tautologie ist. Grüner Sozialismus lässt sich als eine postkapitalistische Gesellschaftsformation beschreiben, die sich nur als Dreiklang von demokratischer Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit denken lässt. Eine Gesellschaft, die im Gegensatz zum Kapitalismus in der Lage sein wird, jenseits eines strukturellen Profit- und Wachstumszwangs die Lebensqualität zum Maßstab ihres ökonomischen Handelns zu machen. Hierin liegt der zentrale Unterschied zwischen grünem Kapitalismus und grünem Sozialismus: Selbst wenn im ersteren zukünftig nur noch Elektroautos gebaut werden sollten, wird er nicht die vielfältigen Bedarfe nach ökologischen Produkten befriedigen können. Was sich privatwirtschaftlich nicht rentiert, etwa der kleinteilige öffentliche Nahverkehr in ländlichen Gebieten, wird nicht angeboten werden. Hier stößt die Marktsteuerung an ihre Grenzen, hier wird demokratische Steuerung zur ökologischen Notwendigkeit.

Statt wie unter kapitalistischen Bedingungen auf die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes zu starren – einer ökonomischen Messgröße, bei der sogar Unfälle, Naturkatastrophen und Umweltschäden zur Steigerung beitragen –, rückt im grünen Sozialismus die Frage nach der Qualität ökonomischer Entwicklung, der ökologischen Nachhaltigkeit oder Auswirkungen für die Lebensweise der Menschen in den Fokus. Soziale Probleme werden nicht mit mehr stofflichem Konsum und Ressourcenverbrauch zu lösen sein, insbesondere wenn wir sie im Weltmaßstab

betrachten. Grüner Sozialismus setzt deshalb nicht auf quantitatives, sondern auf qualitatives Wachstum – gedacht als nachhaltige ökologische Produktion und Steigerung der Lebensqualität durch Zeitgewinn für Kultur, demokratische Teilhabe, Muße und Bildung. In weniger ungleichen und in sozial gesicherten Gesellschaften wird der Wunsch, seinen gesellschaftlichen Status mittels materieller Symbole auszudrücken, zurückgehen. An die Stelle von Statussymbolen und Konkurrenz kann Kultur das Bedürfnis nach Differenz und Ausdruck der eigenen Persönlichkeit setzen. Deshalb ist sozialer Ausgleich – sowohl innerhalb einzelner Gesellschaften als auch zwischen Ländern – ein wichtiger Schlüssel zur Lösung der ökologischen Frage (vgl. van Treeck 2012).

Wollen wir vom grünen Sozialismus nicht nur träumen, müssen wir Transformationsprojekte formulieren, die bereits seine Prinzipien innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse erkennbar werden lassen; die also nicht nur auf das parlamentarisch Durchsetzbare, sondern auf die Gewinnung einer anderen Hegemonie orientieren: Etwa bürgernahe kommunale Kraftwerke und eine Rekommunalisierung der Energieversorgung; eine ökologisch-soziale Steuerreform, die aus der Umsatzsteuer eine Verbrauchssteuer nach ökologischen Kriterien macht – also Produkte, die in der Herstellung oder im Verbrauch energieintensiv sind, stärker besteuert und andere entlastet und gleichzeitig hohe Einkommen und Vermögen zur Finanzierung und zum sozialen Ausgleich heranzieht. Gesetzliche Vorgaben können ökologische Produktvarianten zum Standard erheben. Statt Ressourcenkriege der Industrieländer zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen brauchen wir eine Politik der Entschuldung und eigenständigen Entwicklung. Umwelttransfereinkommen können als monatliche Zahlung zur Deckung von Energiekosten realisiert werden, mit denen jedeR seine Energiekosten (teilweise) decken kann, sodass ökologisches Verhalten belohnt und gleichzeitig verhindert wird, dass der Verbrauch von Energie arm macht (vgl. Fraktion die LINKE 2012, 13).

LITERATUR

Brand, Ulrich, 2012: Globales Umweltmanagement: Rio+20 – Mögliche Neuorientierungen und falsche Versprechen, in: *Forum Wissenschaft*, H. 2; www.linksnet.de/de/artikel/27653

Bündnis 90/Die Grünen, 2008: *Beschluss: Die Krisen bewältigen – für einen grünen New Deal!* 28. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Erfurt, 14.–16. November 2008; www.gruene-partei.de/cms/default/.../258004.gruener_new_deal.pdf

Bütikofer, Reinhard, und Sven Giegold, 2010: *Der New Grüne Deal – Klimaschutz, neue Arbeit und sozialer Ausgleich*; dl.dropbox.com/u/14113699/Evi/Green_New_Deal.pdf

Candeias, Mario, 2010: Die neue S-Klasse. Sozialismus und sozial-ökologische Transformation, in: *Prager Frühling* 6, H. 1, 21

Die LINKE, 2011: *Programm der Partei die LINKE*, Erfurt 2011, www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderparteidielinke/

Dörre, Klaus, 2011: Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze; in: *Berliner Debatte INITIAL*, 22. Jg., H. 4, 56–72

Ders., 2012: Kapitalismus im Wachstumsdilemma, in: *Gegen Blende* – Das gewerkschaftliche Debattenmagazin; www.gegenblende.de/++co++5790423c-a679-11e1-49bd-52540066f352

Fraktion die LINKE, 2012: *Plan B 2012 – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau*, http://www.plan-b-mitmachen.de/wp-content/uploads/2012/06/120511-Plan-B-komplett-low.pdf

Sarkar, Saral, 2012: Im Gespräch – Ökosozialismus, in: Boris Woynowski u.a. (Hg.), *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*, Institut für Forstökonomie, Arbeitsbericht 59, www.ife.uni-freiburg.de/wachstumswende

van Treeck, Till, 2012: »Wohlstand ohne Wachstum« braucht gleichmäßige Einkommensverteilung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27/28, 32–8



Bergarbeiter beim Protest in Madrid, agm92

GRÜN GEHT NICHT LOKAL

GREGORY ALBO

Sich aufs Lokale zu konzentrieren, wird von verschiedenen Seiten empfohlen: von neoliberalen Strategien gegen staatlichen Zentralismus und für größtmögliche Effizienz öffentlicher Mittel; der *dritte Weg* der Sozialdemokratie sah darin u.a. ein Mittel zur Wiederbelebung der Städte; die radikale Linke arbeitete an Gegenmodellen zum Nationalen und zur Globalisierung, entwickelte Modelle von Kooperation und Partizipation.

Ernst Friedrich Schumacher formulierte *Small is beautiful* (1973) als Wert und Strategie; seitdem ist *global denken, lokal handeln* zu einem der zentralen Prinzipien der Umweltbewegung geworden. Ökonomische und politische Einheiten *sollen* so klein wie möglich sein, um ihren ökologischen Fußabdruck klein zu halten und ihre demokratische Regulation zu ermöglichen. Albo diskutiert im ersten, hier nicht dokumentierten Teil seines Aufsatzes die Vielfalt ökolokalistischer Ansätze – und die Grenzen: Die Fallstricke der Marktorientierung, die Illusion der »Entmaterialisierung«, die blind ist für die materiellen Ressourcen und die Klassenverhältnisse, die die Grundlagen der Informationstechnologie bilden; und die globale Arbeitsteilung, die quer zu den Orten verläuft und Fragen der demokratischen Regulierung und ökonomischen Planung zwischen den »lokalistischen« Zentren aufwirft.

Wie soll angesichts der Tatsache, dass viele Regulations- und Akkumulationsprozesse auf der globalen Ebene reproduziert werden, der *Übergang*, die Transformation organisiert werden? Albos Aufruf zu einer neuen Fundierung des ökosozialistischen Projekts trifft sich mit unseren Ansätzen eines neuen grünen Sozialismus. (Die Redaktion)

EIN MANGEL AN STRATEGISCHEM WEITBLICK

Die Privilegierung des Lokalen findet sich nicht nur in marktorientierten Vorschlägen sozial-ökologischer Transformationen. Auch ökolokalistische Vorstellungen propagieren eine weniger komplexe, weniger vermittelte, weniger verbundene Gesellschaft, d.h. eine Ökogemeinschaft ohne Verknüpfung mit anderen räumlichen Ebenen (wie z.B. im Neoanarchismus).

Es wird nicht erklärt, wie der Übergang vom realexistierenden Kapitalismus zu sich mehr oder weniger selbst versorgenden, bioregionalen Gemeinschaften organisiert werden soll. Das ist insofern erstaunlich, als der Ökolokalismus die vorherrschende räumliche Tendenz im Kapitalismus radikal umkehrt und sich gegen die Komplexität moderner Ökonomien wendet. Dennoch mangelt es ihm an strategischem Weitblick im Bezug darauf, wie durch Kapital- und Staatsmacht erzeugte Veränderungsblockaden überwunden werden sollen. Auch andere wichtige Probleme bleiben ungelöst, z.B. die Frage wirtschaftlicher Koordination, die Bestimmung des ökonomischen Outputs und die Auswahl der Instrumente gesellschaftlicher Steuerung (*governance*) – also viele der Grundsatzfragen, mit denen sich sämtliche auf Marktvergesellschaftung wie auch auf Planung beruhende Gesellschaftsprojekte theoretisch und praktisch auseinandersetzen müssen. Die Vision des Ökolokalismus für eine andere Gesellschaft besteht in der Veränderung der Struktur von Produktion und Output, in der Verkürzung der Arbeitszeit sowie in der Senkung von Materialverbrauch und Emissionen, was allgemein sicher geteilt wird. Doch die Schwerpunktsetzung auf lokale politische Organisation liefert keine Begründung für die verfolgten Zielsetzungen.

Die Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologie hat den räumlichen Maßstab nicht verändert, auf dessen Grundlage viele der großen Wirtschaftsbranchen operieren. Sowohl die Betriebe als auch deren Kapitalisierung sind gewachsen. Nur einer Minderheit von Produzenten ist es gelungen, auszuscheren und aus freier Entscheidung in kleineren Produktionseinheiten zu arbeiten, ohne dazu durch die Ausdehnung informeller und prekärer Arbeit gezwungen zu sein. Zudem ist es keineswegs klar, dass kleinere Produktionseinheiten *per se* umweltverträglicher sind. Große Produktionseinheiten entstehen u.a. deshalb, weil der Wettbewerbsdruck die Einsparung von Ressourcen auf der Inputseite erwirkt. Für größere Firmen ist es einfacher, innovative Umwelttechnologien einzusetzen; viele kleinere Produktionseinheiten bringen tendenziell den vielfachen Verbrauch bestimmter Ressourcen mit sich. Außerdem verfügen kleine Produktionseinheiten über unzureichende Hebel bei der Finanzierung technologischer Modernisierung und verbrauchen vergleichsweise mehr Energie. Letztlich kann die Frage des räumlichen Maßstabs der Produktionseinheiten nicht beurteilt wer-

den, wenn man nicht auch über Instrumente zur Bestimmung der zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse verfügt. Ökolokalisten und insbesondere die Vertreter der Sozialökologie erklären die Produktion im kleinen Maßstab zum Grundprinzip. Das ist inhaltsleere Romantik. Im Kapitalismus wird der räumliche Maßstab der Produktion auf dem Markt und durch den Verwertungsprozess bestimmt. Wenn gesellschaftliche Bedürfnisse auch auf Grundlage des räumlichen Maßstabs der Produktionseinheiten und ökologischer Kosten bestimmt werden sollen, sind Planungsmechanismen erforderlich. Der Preismechanismus allein bildet diese Aspekte nicht ab.

Selbst wenn man akzeptiert, dass lokale Partizipation am Management von Ressourcen ein Grundsatz von Demokratisierung ist, bleibt erstmal unbestimmt, was die ökologischen Auswirkungen dieser Partizipation sind. In unregulierten Märkten kann der Wettbewerb zwischen lokalen Einheiten ökologische Standards drücken. Eine solche Anpassung nach unten ist umso wahrscheinlicher, wenn die Vorteile lokaler Steuerung durch mächtige Lokalinteressen aufgehoben werden. Selbst in den radikalsten Schriften aus dem Bereich der Sozialökologie, denen zufolge Privateigentum eingeschränkt oder vergesellschaftet werden soll, bleibt unklar, wie die Zurückdrängung dieser Lokalinteressen zu bewerkstelligen ist.

Politische Auseinandersetzungen um materielle Fragen sind unvermeidlich, solange eine Bürokratie und die Einteilung der Gesellschaft in Klassen bestehen bleiben. Ohne demokratische Institutionen und Mechanismen zur politischen Mobilisierung lassen sich diese Konflikte nicht bearbeiten. Dies ist eine wichtige konzeptionelle und politische Frage, die von gesellschaftlichen Transformationsprojekten aufgegriffen werden muss – insbesondere dann, wenn der Umweltgerechtigkeit Rechnung getragen werden soll. Hierzu schweigen jedoch die Befürworter des Ökolokalismus, die sich vor allem für die »Schrumpfung« des räumlichen Ausmaßes der Lebensweise stark machen. Ihre politischen Projekte lösen sich allzu oft in zwei einfache Forderungen auf: Zum einen die Forderung nach »moralisch überlegenen« Produktionsentscheidungen und Formen des individuellen Verbrauchs; zum anderen, alternative lokale Haushalte einzurichten. Beidem kann man zustimmen, aber aus keiner der beiden Forderungen ergibt sich ein Projekt sozialökologischer Transformation.

DEMOKRATIE ERNSTNEHMEN

Ökolokalistische Projekte sehen die lokale Ebene tendenziell als authentischen Raum der Demokratie, alle anderen Ebenen demokratischer Repräsentation und demokratischer Auseinandersetzung gelten als vermittelt und falsch, da hier Menschen von außen politisch-ökonomische Projekte aufgezwungen würden. Dies führt

in vielerlei Hinsicht in die Irre, vor allem: als könnte die Erarbeitung sozialökologischer Alternativen von kontextbildenden, nicht-lokalen Ereignissen und Prozessen abgeschottet werden. Die Existenz demokratischer Prozesse und staatlicher Institutionen auf anderen Ebenen gesellschaftlicher Steuerung wirft wichtige, auf Macht und Verteilung bezogene Fragen auf, die nicht ignoriert werden sollten. Der Staat ist auf allen räumlichen Ebenen, auf denen seine Apparate und Funktionen wirksam sind, eine materielle Verdichtung von Machtverhältnissen. Entsprechend sind lokale kapitalistische Machtverhältnisse in umfassendere Verhältnisse eingebettet und internalisieren diese. Es gibt keine Möglichkeit, sich aus diesen Verhältnissen herauszuziehen und gleichzeitig innerhalb einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu verbleiben – selbst wenn das wünschenswert wäre.

Es wird ein falscher Widerspruch aufgemacht, wenn die »lokale Demokratie aktiver Bürger«, die sich dem Aufbau einer alternativen Ökologie widmen, der »repräsentativen Demokratie im Verfall«, die nichtnachhaltige politische Maßnahmen und Klassenbeziehungen stützt, gegenübergestellt wird. Die eigentliche Herausforderung sieht anders aus: Es bedarf einer Transformation hin zu einem anderen Staat und anders gearteten demokratischen Institutionen, die einerseits die Ausdehnung politischer Freiheiten und die Entstehung sozialökologischer Alternativen innerhalb der *zentralen* Formen der repräsentativen Demokratie ermöglicht, und andererseits neue institutionelle Formen der direkten Demokratie und differenzierte sozialökologische Prozesse auf lokaler Ebene fördert.

David Harvey (1996, 320ff) hat dies etwas anders ausgedrückt. Der Lokalismus führe zwar in vielen Fällen zur Kontrolle über bestimmte Orte, dies gehe aber nicht mit der Kontrolle über die Produktion von Raum und Natur einher. Die Kapitalistenklasse kann Kapital verschieben, einen Ort gegen den anderen ausspielen oder lokale Strategien durch die Ausübung politischer Macht auf der nationalen oder globalen Steuerungsebene untergraben. »Befreite« ökologische und politische Räume können also nur verteidigt werden, wenn die Durchschlagskraft der Aktivitäten auf dem kapitalistischen Markt eingeschränkt und die Durchschlagskraft von Demokratie ausgedehnt werden. Der Lokalismus will den räumlichen Maßstab von Produktionseinheiten und ökologischen Prozessen verkleinern, ohne dass dabei der räumliche Maßstab von Markttransaktionen berücksichtigt wird. Gleichzeitig will er mithilfe des Prinzips der gegenseitigen Hilfe den Maßstab demokratischer Prozesse verkleinern, wobei die Systeme der Repräsentation, der Entscheidungsdelegierung, der Partizipation und der Transparenz auf nicht-lokalen Ebenen des politischen Lebens verworfen werden. Das aber bedeutet, dass kapitalistische Machtstrukturen sowie die Herausforderung gesellschaftlicher Demokratisierung völlig falsch dargestellt werden.

LOKALER ÖKOSOZIALISMUS?

Lokale Räume stehen in einer widersprüchlichen Beziehung zu anderen Ebenen kapitalistischer Entwicklung. Das wird an Hand von Marx' Theorie der Kapitalakkumulation deutlich. Die Anfangspassage des *Kapital* fängt diese Problemstellung ein: Die Ware als Gebrauchswert ist immer konkret; sie wird aus Rohmaterialien durch die konkrete Arbeit von Arbeitenden hergestellt, die in spezifische Gemeinschaften und die entsprechenden lokalen gesellschaftlichen Beziehungen eingebettet sind. Aber die Ware als Tauschwert überschreitet alle räumlichen Grenzen. Konkrete Arbeiten und Umwelten werden in den homogenen Raum des Werts umgewandelt. »Warenproduktion und entwickelte Warenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, in denen [das Kapital] entsteht.« (Marx, MEW 23, 161) Das Konkrete und das Allgemeine, das Lokale und das Globale, die urbane Natur und die globale Biosphäre sind keine Gegensätze, sondern verschiedene Dimensionen der räumlichen Matrix des Weltmarkts.

Die Akkumulation des Kapitals beinhaltet also einen ungleichzeitigen Prozess der Lokalisierung (Marx' »Gegensatz zwischen Stadt und Land«). Akkumulation von Kapital ist immer auch Produktion von Raum als bebauter Umwelt: »Durch Verstädterung werden Überschüsse mobilisiert, produziert, absorbiert und angeeignet, und [...] durch den Verfall von Städten und Verarmung [...] entwertet und zerstört.« (Harvey 1989, 54, übers. A.G.) Der Kapitalismus steigert die sozioökonomischen Aktivitäten auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene – auch die ökologischen, den Stoffwechsel mit der Natur betreffenden Aktivitäten.

Die Ungleichzeitigkeit kapitalistischer Entwicklung konzentriert Produktionskapazitäten, Bevölkerung und Macht in lokalen, städtischen Räumen. Einerseits werden ländliche und regionale gesellschaftliche Verhältnisse entwertet und städtische Zentren aufgewertet, die in die Zirkulation des Kapitals auf dem Weltmarkt eingebunden sind. Andererseits transformiert dies die den Stoffwechsel mit der Natur betreffenden Verhältnisse auf dem Land und macht sie von der »urbanen Natur« der Stadt abhängig. Das hat für die Linke stets strategische Dilemmata hervorgebracht: Wie kann ungleiche Entwicklung – zwischen Zentrum und Peripherie, Stadt und Land, »Gesellschaft« und »Natur« – »ausgeglichen« werden? (Beide werden durch natürliche wie auch sozioökomische Prozesse »produziert«.)

Diese Eigenschaft kapitalistischer Entwicklung hat unterschiedliche, aber aufeinander bezogene Strategien innerhalb der sozialistischen Bewegung hervorgebracht: Ansätze zur Dezentralisierung, um die übermäßige Konzentration von Produktionskapazitäten, Ressourcen und Macht zu verringern; und Strategien des Lokalismus, die dem Aufbau organisatorischer und politischer Kapazitäten und »befreiter« Räume bzw. Viertel in den Städten dienen. Diese Strategien



»1. Mai, Toronto«, Fanagt

haben eine lange Geschichte, und diverse sozialistische Strömungen haben sich über sie definiert. Die auf Marx aufbauende Tradition hat sich vor allem mit der Pariser Kommune, Arbeiterräten und dem Aufbau »roter Zonen« im Kampf um die Staatsmacht befasst. Sie hat immer auch den Aufbau lokaler Macht- und Verwaltungsschwerpunkte propagiert – genauso wie die Umstrukturierung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Niemand hat diese Überlegung besser in Worte gefasst als Henri Lefebvre: »Eine Revolution, die keinen neuen Raum produziert, hat nicht ihr volles Potenzial erfüllt. Vielmehr ist sie insofern gescheitert, als sie nicht das Leben selbst verändert hat, sondern nur ideologische Überbauten, Institutionen oder politische Apparate.« (1991, 54, übers. A.G.)

Aufrufe, erneut über die Bedeutung des lokalen Raums für sozialistische Strategie nachzudenken, reißen nicht ab, und viele der wichtigsten Beiträge zu dieser Diskussion in den letzten Jahren – von den Forderungen nach einem Bürgerhaushalt bis hin zu den Theorien von »zu verhandelnder Koordination« – geben dem Ort große Bedeutung. Im Allgemeinen haben sich Sozialisten dafür stark gemacht, mit Hilfe der Ausdehnung von Demokratie Macht zu dezentralisieren und in lokale und regionale Institutionen umzuleiten – und zwar mit dem Argument, dass dies angemessener auf die ideologische Anziehungskraft des Neoliberalismus antwortet als die simple Verteidigung des Zentralstaats. Statt ausgebauten Märkten sollten ausgebaute demokratische Formen die zentralen Regulatoren des sozioökonomischen Lebens und der Leitung von Firmen und Institutionen sein.

Im Gegensatz zu den meisten grünen Ansätzen wird jedoch die Dezentralisierung von Macht hier nicht als *per se* demokratischer und nachhaltiger angesehen. Parlamenten wird eine grundsätzliche Bedeutung bei der Absicherung der Vielzahl jener Entwicklungswege und -strategien beigemessen, die Folgendes sicherstellen: eine gleichmäßigere Verteilung der Ressourcen; das Bestehen von Grundrechten und die Erfüllung von Grundbedürfnissen; die Verhinderung von inakzeptablen Formen des Wettbewerbs zwischen lokalen Einheiten; das Schaffen von Anreizen für »dezentralisierte Zusammenarbeit«. Dies verschiebt die strategische Frage nach sozialen und ökologischen Prioritäten weg von einer Setzung der lokalen Ebene *a priori*, hin zu einer Schwerpunktsetzung auf Demokratisierung.

Einzelheiten dieser Konzeption sind vielleicht umstritten, aber die Hauptidee, die verschiedenen Ebenen des politischen Kampfs mit der Demokratisierung des Staats zu verbinden, ist klar und eindeutig: Sie geht von einem sich entwickelnden System umweltverträglicher, genossenschaftlicher Produktion aus. Es ist in der Tat möglich, sich politische Interventionen im lokalen Kontext vorzustellen, die zur Entstehung eines Standorts für Ökosozialismus führen. Ein Beispiel für eine solche Intervention wäre die Forderung, dass das Einhalten ökologischer Grund-

rechte mit der Erfüllung von Grundbedürfnissen bei der Umstrukturierung von bebauten Umwelten einhergehen sollte. Kämpft man um das Recht auf sauberes Wasser und saubere Luft, auf Wohnung und öffentliche Grünflächen, auf eine Grundversorgung mit Energie und öffentlichen Verkehrsmitteln, verbindet sich dies unmittelbar mit den Kampagnen für die überlebenssichernde Versorgung mit Wasser, einem Preismechanismus für Energie mit umverteilender Wirkung und der »Außerwertsetzung« der öffentlichen Daseinsvorsorge. So können lokale, ökologische Kämpfe im Sinne von gesellschaftlichen Bedürfnissen und einer allgemeinen Sozialversorgung umgedeutet werden.

Ökologische Transformationsprozesse beinhalten immer auch Kämpfe um Umweltgerechtigkeit. Die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt sind nicht neutral im Bezug auf Klasse, Geschlecht und »*race*« sowie unterschiedliche Regionen oder Staaten. Kampagnen gegen Emissionen und Abfallwirtschaft zeigen schnell die unterschiedlichen Auswirkungen von Produktionsaktivitäten auf Klassenverhältnisse, Wohngegenden und zwischenstaatliche Beziehungen und den ungleichen Tausch im internationalen Handel mit Müll.

Die komplexen Abhängigkeiten zwischen sozialen und ökologischen Problemen führen dazu, dass sehr unterschiedliche politische Interessen und Programme zum Tragen kommen müssen, wenn die notwendigen Veränderungen der Verteilung, des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur und der Technologie erzielt werden sollen. Die bestehenden Formen liberaler Demokratie sind dafür ineffizient –, und die Entwicklung neuer demokratischer Verfahren kann nicht auf die lokale Ebene beschränkt werden. Es müssen Mechanismen der Planung durch die Bevölkerung ausprobiert werden, die die Produzenten, Konsumenten und Ökologen einbeziehen; ein Prozess der umfassenden Demokratisierung gesellschaftlicher Beziehungen und staatlicher Institutionen muss in Gang gesetzt werden, der für den Übergang zu einem umweltverträglichen Produktions- und Tauschsystem erforderlich ist.

LOKALISMUS, ÖKOLOGIE UND DIE LINKE

Ökosozialistische Programmentwürfe verdeutlichen das gespannte Verhältnis zwischen sozialistischen und ökologischen Politikansätzen, Spannungen bezüglich der Frage der angemessenen räumlichen Ebene politischer Intervention und der Herausbildung von Alternativen zum Neoliberalismus. Die Spaltungslinie zeigt sich auch innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung und an Hand ihres wichtigsten Symbols, dem Weltsozialforum. Dieser »Marktplatz« für gesellschaftliche Alternativen bringt Ansätze zusammen, die sich auf programmatischer Ebene oft unversöhnlich gegenüberstehen.

Historisch gesehen bildete der territoriale Nationalstaat den wichtigsten Rahmen für die Herausbildung, Legitimierung, Regulierung – und Infragestellung kapitalistischer Machtverhältnisse. Aus unterschiedlichen Gründen haben sozialdemokratische und autoritär-kommunistische Bewegungen ihren Schwerpunkt darauf gelegt, mithilfe einer zentralisierten Bürokratie Produktionskapazitäten und Sozialsysteme mit Umverteilungswirkung auf der nationalen Ebene aufzubauen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entsprach dies den Strategien der Staaten in den Metropolen wie den Strategien befreiter Staaten, die sich nach Entkolonialisierungskämpfen oder Revolutionen auf neue Entwicklungspfade begaben. Seit den 1980er Jahren hat die Internationalisierung des Kapitals die globale und lokale Ebene der Akkumulation gestärkt, die Konzerne haben ihr Vermögen und den räumlichen Maßstab ihrer Produktion vergrößert, wodurch sich ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt verstärkte. Die Nationalstaaten haben im Gegenzug ihre Verwaltungsstrukturen so umorganisiert, dass sie global-lokale Kapitalflüsse bewältigen können, nationale Entwicklungsprojekte sowie auf Umverteilung zielende politische Maßnahmen wurden aufgegeben. Der Neoliberalismus hat eine gewichtige Rolle bei der Umstrukturierung der Matrix gesellschaftlicher Steuerung gespielt: Er hat das regelbasierte System des Weltmarkts in den Rang einer Verfassung erhoben und den Wettbewerbsdruck bei der Regulierung lokaler Gemeinschaften gestärkt – und zwar mithilfe des Wettbewerbs um Arbeitsplätze und Umweltstandards.

Die strategischen Reaktionen von sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kräften auf die Ungleichzeitigkeit räumlicher Entwicklung gehen in zwei verschiedene Richtungen. Eine Strömung macht es sich zur Hauptaufgabe, durch die Schaffung neuer Rahmenbedingungen für die globale Steuerung von Handels- und Kapitalflüssen und die Unternehmenskontrolle die »territoriale Integrität« der nationalen Ebene wiederherzustellen. Sie argumentiert, dass dies die internationalen institutionellen Vorbedingungen für die Erneuerung traditioneller, sozialdemokratischer Verteilungsarrangements auf der Ebene des Nationalstaats schaffe. Angesichts der dazu notwendigen drastischen Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse weist diese Linie eine geringe politische Zugkraft auf. Eine andere Strömung sieht die neoliberale Globalisierung als das Terrain an, innerhalb dessen »realistische« politische Vorschläge ausgearbeitet werden müssen. Hier wird der Schwerpunkt auf die Entwicklung von außerhalb des Markts angesiedelten Institutionen gelegt, die »fortschrittliche Wettbewerbsfähigkeit« auf der Betriebsebene und der Ebene lokaler Gemeinschaften befördern sollen – insbesondere im Bereich der neuen »Wissensökonomie«. Das Projekt einer Sozialdemokratie des »dritten Wegs« basiert auf dieser Strategie. Es ist sehr erfolgreich darin, Mitglieder des sozialdemokratischen Lagers politisch neu auszurichten.

Grüne Parteien und Umwelt-NGOs unterstützen die Neuausrichtung der Sozialdemokratie oft aktiv – insbesondere in Ländern Europas und Nordamerikas, wo sie bei Wahlen stark abschneiden oder über umfangreiche Mobilisierungskapazitäten verfügen. Sie sehen die Wissensökonomie als Instanz, die neue sozialökologische Bedingungen schafft – »klüger sein heißt grüner sein« –, und verschreiben sich dem Glauben an Märkte und Technologien. Dieses Bündnis sollte eigentlich nur geringe Anziehungskraft für Sozialökologen haben. Doch es gibt eine taktische Zusammenarbeit – dort, wo die Sozialdemokratie Selbstverwaltung, Genossenschaften, Maßnahmen für alternative, lokale Formen der Energieerzeugung im Einklang mit dem Kyoto-Protokoll und alternativen, lokalen Märkten unterstützt hat. Viele Sozialökologen und Umwelt-NGOs wurden so ins reformistische Lager integriert. Das so entstandene Bündnis bestreitet einen »dritten Weg von unten«: Zivilgesellschaftliche Kräfte verstärken die politischen Umschichtungen, die das Führungspersonal der Sozialdemokratie von oben angestoßen hat.

Dieses Bündnis hat sicherlich eine gewisse Anziehungskraft für die Wähler; allerdings hat es kein politisches oder ökologisches Projekt als Alternative zum Neoliberalismus anzubieten. Vielmehr ist es in den Neoliberalismus als ungeordnetes Politikregime integriert worden.

Der Aufbau eines ökosozialistischen Bündnisses und Projekts ist davon deutlich zu unterscheiden. Es wird erst funktionieren, wenn auch die sozialistischen und ökologischen Projektelemente erneuert werden: Der erste Punkt besteht in der Feststellung, dass der Ökolokalismus in seinen verschiedenen Spielarten einen »ontologischen Dualismus« zwischen Natur und Gesellschaft produziert, der politische Auswirkungen hat: Die Forderung nach einer Verkleinerung des nach »innen« gerichteten räumlichen Maßstabs gesellschaftlichen Zusammenlebens geht mit der Forderung nach der Ausdehnung des räumlichen Maßstabs der »äußeren Natur« einher, von welcher angenommen wird, dass sie sich in einem außergesellschaftlichen Zustand der Unberührtheit befindet. Aber Menschen leben nun mal in Gesellschaften und in der Natur. Die lokale Umwelt kann nicht begriffen werden, wenn man sowohl Bezug auf die gesellschaftliche Arbeit als auch auf den permanenten Stoffwechsel der Natur nimmt, im Zuge dessen Natur selbst wie auch Gesellschaft produziert wird. Die Umwelt wird also in Form einer Kombination von natürlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen produziert, und lokale sozioökologische Prozesse sind immer mit umfassenden sozioökonomischen und natürlichen Prozessen verknüpft. Die Prioritäten von Theorie und Politik sind nicht auf einer vorbestimmten räumlichen Ebene »ansässig«. Sie müssen erst einmal verortet und definiert werden – und zwar unter Bezugnahme auf die sozialökologischen Prozesse, die räumliche Ebenen hervorbringen.

Man kann das auch anders ausdrücken. Der Wettbewerbsdruck führt zur immer intensiveren Nutzung von Produktionskapazitäten und zur Transformation von Transport- und Kommunikationskanälen. Das bedeutet auch, dass Klassenkämpfe niemals in einem fest umgrenzten Territorium ausgefochten werden können, oder dass sich eine lokale Umwelt in einem solchen herausbildet. Beim Aufbau politischer Projekte gegen den Neoliberalismus, der kontinuierlich die Grenzen der Märkte und der Mechanismen gesellschaftlicher Steuerung verschiebt, um lokale Akkumulationshindernisse aus dem Weg zu räumen, muss dies berücksichtigt werden.

Hieraus ergibt sich die große Herausforderung für die Erneuerung ökosozialistischer Bündnisse und politischer Organisationen: Politische Organisation ist immer – in einem grundlegenden und praktischen Sinn – eine lokale Aufgabe. Ortsgruppen, Zellen, politische Clubs, Bildungsvereine, die Planung von Demonstrationen, der Aufbau von Bündnissen, das Verteilen von Flugblättern, politische Diskussionen – all dies muss dort seine Grundlage haben bzw. getan werden, wo wir arbeiten und leben. Klassenkämpfe und ökologische Kämpfe gegen den Kapitalismus beruhen auf Mobilisierungen, die innerhalb von Familien, am Arbeitsplatz, im eigenen Viertel, in der Kommune vorangetrieben werden – und all diese Orte befinden sich innerhalb einer bestimmten Umwelt. Die Aufgabe politischer Organisationen und Kapazitäten besteht in erster Instanz in der kontinuierlichen Erneuerung dieser Kämpfe an einem bestimmten Ort und über einen längeren Zeitraum hinweg – trotz der kapitalistischen Kräfte, die unablässig oppositionelle politische Bündnisse zu untergraben, zu integrieren und zu isolieren versuchen, und Umweltfaktoren und Ressourcen, die sich bislang außerhalb des Akkumulationsprozesses befanden, zur Ware zu machen.[1]

Als sich Hilary Wainwright vor Jahren für sozialistische »Parteien eines anderen Typs« stark machte, versah sie ihr Plädoyer mit einer Warnung: »Ohne einen Prozess des ständigen Entwerfens und Sich-Streckens in Richtung einer solchen Alternative besteht die Gefahr, dass die Aktivitäten und Organisationen, die von gegenwärtigen linken Bewegungen inspiriert sind, zerfallen und zurückfallen: entweder in das traditionelle Parteiensystem oder in den ehrenamtlichen Sektor, der unterversorgt, überausgebeutet und gesellschaftlich marginal ist.« (1994, 264)

Man kann natürlich darüber diskutieren, ob sich der beschriebene Prozess nicht bereits längst ereignet hat und die Politik des Ökolokalismus und die Brüchigkeit sozialistisch-ökologischer Bündnisse nicht auf diesen Zerfall und Rückfall verweisen. Aber Wainwrights Argument enthält auch eine Botschaft für die Gegenwart. Die Bewegungen für globale soziale Gerechtigkeit und die Weltsozialforen haben nur ein geringes Gewicht, solange wir nicht in der Lage sind, lokale Akku-

mulationsprozesse zu beeinflussen und in unserem direkten politischen Umfeld Kampagnen aufrechtzuerhalten und Kontrolle auszuüben. Dadurch ließe sich sicherstellen, dass sich alltägliche Akte des Widerstands im Laufe der Zeit miteinander verknüpfen, sodass sie zu Bausteinen im Prozess des kollektiven Erarbeitens und Aufbauens von organisatorischen Alternativen werden. Das ist der grundlegendste Bestandteil sozialistischer und ökologischer Erneuerung.

Politische Organisierung schafft darüber hinaus eine Verbindung zwischen Klassenkämpfen an verschiedenen Orten – sowohl hinsichtlich des Wissens als auch der aktiven Solidarität. Dadurch wird auf der Ebene der Praxis erreicht, was die begriffliche Abstraktion auf der Ebene der Theorie beschreibt. Dies geschieht in strukturierter Form, sodass sich Prozesse der politischen Mobilisierung, der Reflektion, der Debatte und des Lernens von einer Ebene zur nächsten bewegen können. Politische Organisierung gibt strategischen Überlegungen und Aktivitäten in einer Weise Tiefe, die die »Marktplätze internationaler Gerechtigkeit nicht erreichen – und das, obwohl sie bemerkenswert offene Räume sind, die den Dialog über die Grenzen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche hinweg ermöglichen.

Die Weiterentwicklung von vorhandenen politischen Kapazitäten ist notwendig: Lokale Radikalität muss in weiter gespannte Forderungen und sozialökologische Programme übersetzt werden, die an den anderen räumlichen Ebenen von Demokratie und Ökologie ansetzen. Politik nimmt dann einen transformativen Charakter an, bewegt sich auf dialektische Weise zwischen den verschiedenen Ebenen praktischer Erfahrung und trägt zur Formierung einer umfassenden gesellschaftlichen Kraft bei. Entsprechend bemerkte Gramsci: »Man kann sagen, dass keine wirkliche Bewegung das Bewusstsein ihrer Ganzheitlichkeit auf einen Schlag erlangt, sondern erst nach einer Reihe von Erfahrungen.« (GH 7, H. 15, §6, 1721) Die mit dem Ökosozialismus verbundene politische Herausforderung besteht darin, spezifische lokale Kämpfe miteinander zu verbinden, zu verallgemeinern, und sie mit einem globalen Projekt sozioökologischer Transformation zu verbinden, das gegen die neoliberale Globalisierung und die Einsetzung kapitalistischer Märkte als Regulatoren von Natur und Gesellschaft auf globaler Ebene gerichtet ist.

Die Politik des Ökolokalismus stellt in einem gewissen Sinne das Gegenteil des Programms dar, das hier skizziert wurde. Ökolokalismus sieht das Lokale als die ideale räumliche Ebene an und ist ein politischer Ansatz mit individualisierender und zersplitternder Wirkung, der kommunitaristische Ökoutopien entwirft. Im Neoliberalismus hat sich der Ökolokalismus in den praktischen Versuch verwandelt, individuelles Marktverhalten zu verändern und die lokale Umwelt und lokale Gemeinschaften von weiter reichenden Kämpfen und politischen Vorhaben

abzukoppeln. Es gibt gute Gründe, diese Haltung abzulehnen. Das bedeutet weder, die Wichtigkeit der lokalen Ebene für antineoliberale Politik zu bestreiten, noch zu behaupten, dass die Frage nach der für postkapitalistische Gesellschaften angemessenen räumlichen Ebene unwichtig ist. Zentral ist, dass lokale sozialökologische Kämpfe nicht von globalen politischen Projekten abgekoppelt werden, die auf die Überwindung des Kapitalismus auf der Weltebene zielen. Und es sollte festgehalten werden, dass die lokalen Kämpfe solchen globalen politischen Projekten immer wieder Ausdruck verleihen. Deshalb kam der Pariser Kommune für Marx eine besondere Bedeutung zu. Sie war zugleich eine lokal verankerte Gesellschaft im Embryozustand, der eine Geburt hinter den Barrikaden bevorstand, und eine Gesellschaft, die in ihren Vorhaben und in ihrer Auswirkungen »in emphatischer Weise international« war. Ihr symbolischer Wert gegenüber dem kapitalistischen System bestand genau darin:

»[...] wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll – was wäre das andres, meine Herren, als der Kommunismus, der ›mögliche‹ Kommunismus?« (MEW 17, 343)

Oder, könnte man in diesem Zusammenhang hinzufügen, der »mögliche Ökolokalismus«.

Auszüge aus »The Limits of Eco-Localism: Scale, Strategy, Socialism«, Socialist Register 2007, Vol. 43, 14ff. Der Text wurde redaktionell leicht bearbeitet. Aus dem Englischen von Alexander Gallas

LITERATUR

Gramsci, Antonio , [1929–1935], 1991ff: *Gefängnishefte*, Berlin-Hamburg

Ders., 1989: *The Urban Experience*, Baltimore

Ders., [2003] 2005: *Der neue Imperialismus*, Hamburg

Lefebvre, Henri, 1991: *The Production of Space*, Oxford

Ders., [1867/1872] 1961: *Das Kapital, Erster Band*, Marx Engels Werke Bd. 23, Berlin/DDR

Ders., 1871 [1962]: *Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation*, Marx Engels Werke Bd. 17, Berlin/DDR

Poulantzas, Nicos, [1968] 1980: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M

Wainwright, Hilary, 1994: *Arguments for a New Left*, Oxford

---

1 Dies schließt die aktive Rolle des Staats in der politischen Desorganisation von Arbeitern ein – also den von Nicos Poulantzas beschriebenen »Vereinzelungseffekt« (1968, 128) – sowie die »Akkumulation durch Aneignung«, die David Harvey (2003) beschreibt.



»1. Mai, Toronto«, Fanagt

AUF ALLEN EBENEN

ÖKOFEMINISMUS UND ÖKOSOZIALISMUS

PATRICK BOND

Wie sich Strategien und Taktiken der Klimagerechtigkeitsbewegung von denen anderer Umweltbewegungen unterscheiden, zeigt sich in den – überraschenden – Orten der Auseinandersetzungen: etwa Charleston, West Virginia. Gruppen wie *Coal River Mountain Watch* oder *Climate Ground Zero* müssen auf unterschiedlichen politischen Ebenen gleichzeitig agieren; lokale Proteste gegen die Sprengung von Bergkuppen (*mountaintop removal*) führten sie bis in die Landeshauptstadt. Im Juni 2009 legten sie das Umweltschutzministerium von West Virginia lahm und forderten, dass die Verantwortung von den örtlichen Bürokraten, die unter Einfluss der Kohlebauindustrie sind, auf die bundesweite Umweltschutzbehörde (EPA) übertragen werden müsse.

Diese Behörde war aufgrund ihrer nachlässigen Haltung gegenüber der Sprengung von Bergkuppen selbst Ziel heftiger Klimaproteste; im März 2010 blockierten Aktivisten das Hauptquartier in Washington. Die EPA erließ daraufhin derart strikte, auf das Wasserrecht gegründete Richtlinien, dass der Kohleabbau nach dieser Methode in West Virginia der Vergangenheit angehören könnte. [...] Zudem entschied die EPA im Dezember 2010 die Regulierung von Treibhausgasemissionen in Angriff zu nehmen. Weitere Proteste werden nötig sein um zu verhindern, dass die Umsetzung bis 2013 verzögert wird. Wenn es um die Verantwortung für Klimaschulden geht, fehlt eine bundesstaatliche Regulierung fast überall. Druck muss sich gegen die Macht der Ölindustrie und die Entscheidungen Obamas, die Ölkonzerne weiter zu schützen, richten und darauf, der Regulierung von Emissionen eine höhere Priorität zuzuweisen.

Angesichts der ungünstigen Kräfteverhältnisse in der Legislative in Washington schien Druck auf die Exekutive der einzige Weg. Gleichzeitig zeigen Aktivisten an der

Westküste, dass Großunternehmen wie Chevron gut als direkte Angriffsziele geeignet sind, um gegen die naturzerstörenden Pläne von Ölförderung in Alaska – *offshore* und an Land – vorzugehen. In der BP-Ölpest im Golf von Mexiko im April 2010 konnte die Klimagerechtigkeitsbewegung den unternehmensfreundlichen Charakter der Regulierung zeigen. Auch die kalifornische Gesetzgebung zum Emissionshandel, Assembly Bill 32, war 2010 und 2011 Gegenstand intensiver Kämpfe. Antirassistische Organisationen konnten die Einrichtung eines entsprechenden Markts und einer Ausgleichsklausel verzögern, da diese insbesondere auf ärmere Gemeinden mit Bevölkerung *of color* negative Auswirkungen gehabt und den Druck auf Gebiete wie Chiapas in Mexiko verschoben hätten.

Direkte Proteste gegen industrielle Verbraucher fossiler Brennstoffe und diejenigen, die Treibhausgase in großem Umfang ausstoßen, sind geeignet, um Bewusstsein für den Klimawandel zu schaffen. Besonders aussichtsreiche Angriffspunkte sind die für die öffentliche Versorgung zuständigen Ausschüsse, die die Preise und Technologie der Stromerzeugung kontrollieren (damit Kohle- und Atomkraftwerke); und kommunale und regionale Planungsausschüsse, die Zersiedelung und andere klimagefährdende Projekte genehmigen.

VOM LOKALEN ZUM GLOBALEN IN COCHABAMBA

Dies führt uns auf die globale Ebene und zur Konferenz in Cochabamba, Bolivien, wo im April 2010 mehr als 30 000 Anhänger der bolivarischen Revolution sowie indigene und feministische Gruppen, Stadtteil- und Umweltgruppen mit solidarischen Kräften aus der Umwelt-, Sozial- und Arbeiterbewegung und NGOs zusammentrafen. Dieses Treffen setzte einen transnationalen Prozess der Klimagerechtigkeit in Gang, ohne auf die Illusion zu bauen, die UNO würde in der näheren Zukunft die Klimakrise angehen. Strategien wurden entwickelt, die auf einer stärkeren Verschmelzung von Diskursen um soziale und ökologische Rechte und einer bewussten Zusammenlegung von Angriffszielen (wie die fossile Brennstoffe produzierende Industrie, Emissionsrechtehändler und die Weltbank) beruhen.

Doch wie sich zu Petro-Sozialisten (zum Beispiel Hugo Chavez) und Petro-Keynesianern (zum Beispiel Rafael Correa) in der Region positionieren?[1] Werden sie die Widersprüche in ihren eigenen Ökologiepolitiken in den Griff bekommen? Auf einem der weltweit wichtigsten Kampffelder Ecuadors, dem Yasuni Nationalpark im Amazonasgebiet, droht von Seiten des Präsidenten offiziell die Fortführung der Ölbohrungen, wenn die Konföderation der Indigenen Nationalitäten Ecuadors und die *Acción Ecológica* keinen ausreichenden Gegendruck aufbauen können.

ZERSTÖRUNG DURCH ERDÖLFÖRDERUNG: DER KAMPF IN NIGERIA GEGEN SHELL

In Afrika ist die Situation ähnlich, da die Rohstoffindustrie häufig der einzige Nutznießer des Stromnetzausbaus ist. Rot-grüne Kampagnen wie in Nigeria, wo Aktivisten im Nigerdelta mit gewaltfreien und bewaffneten Aktionen die Ölkonzerne einschüchtern konnten, fordern Öl und Kohle im Boden zu belassen (»leave the oil in the soil and the coal in the hole«). *Environmental Rights Action* in Port Harcourt bemüht sich um das Ende der Ausbeutung und Erschließung von Förderstätten. Die Nachfahren von Ken Saro-Wiwa und acht seiner Mitstreiter aus der Ogoni-Bewegung konnten im Juni 2009 eine außergerichtliche Einigung mit Shell erzielen; ein Präzedenzfall, der andere Ölfirmen abschrecken könnte. Im militanten Teil der Bewegungen konnte selbst der Teile-und-Herrsche-Effekt einer Amnestie aus dem Jahr 2009 nicht verhindern, dass die Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas (MEND) weiter ausländische Arbeiter entführte und an der Forderung nach endgültiger Räumung des Deltas festhielt.

Seit Beginn der Bohrungen im Delta in den späten 1950er Jahren sind schätzungsweise 1,5 Mio. Tonnen Öl ausgelaufen, was pro Jahr dem ausgelaufenen Öl der Exxon Valdez entspricht und einen Umweltschaden von mehr als 5 Mrd. US-Dollar verursacht. Vor Gericht hatten die Kläger Shell vorgeworfen, die nigerianische Polizei korrumpiert, Fahrzeuge und Waffen für die Armee gekauft und militärische Unterstützung für den Bau einer Pipeline durch Ogoniland angefordert zu haben. Des Weiteren habe das Unternehmen das nigerianische Militär finanziert und dabei unterstützt, den Widerstand der Ogoni niederzuschlagen sowie an der Verhaftung Saro-Wiwas und anderer auf Grundlage einer falschen Mordanklage mitgewirkt und Zeugen bestochen (Bond/Sharife 2009) zu haben.

Nach Jahren dieser verschiedenen Kämpfe wurde Shell im Juni 2008, 13 Jahre nachdem das Unternehmen Saro-Wiwas Hinrichtung mit veranlasst hatte, aus Ogoniland ausgewiesen. Ein Jahr später erhielten die Familien Saro-Wiwas und der anderen acht Hingerichteten in einer außergerichtlichen Einigung 15,5 Mio. US-Dollar von Shell – die in die Unterstützung der Bewegung flossen.

Die Enthüllungen von Wikileaks über Shells Einfluss auf die Politik in Lagos lassen vermuten, dass sich das ›Ogoni-Virus‹ noch viel schneller ausbreiten muss, wenn Nigeria frei sein und die Ökologie des Nigerdeltas und das Klima verschont bleiben sollen (Bassey 2010).

Environmental Rights Action führte die Klimagerechtigkeitsbewegung in Nigeria, Westafrika und global in Kopenhagen zu einer tiefer gehenden Kritik ökologischer Verantwortung, um solche Zerstörung nicht nur auf lokaler Ebene einzudämmen. ERA und ihr visionärer Anführer Nimno Bassey sehen die Zerstörung vor Ort als Ergebnis der generellen Inwertsetzung der Ressourcen. Angesichts der

globalen Finanz- und Ölmärkte und des fortgesetzten Ressourcen-Diebstahls fordern sie, das Öl im Boden und unter dem Golf von Guinea zu belassen. [...]

CLIMATE JUSTICE NOW UND MILLIONEN NEUE KLIMA-JOBS

Auch das Netzwerk *Climate Justice Now!* fordert, fossile Brennstoffe im Boden zu lassen, und hat einige Geschicklichkeit darin bewiesen, der weltkapitalistischen Strategie des Verschiebens, Verzögerns und Stehlens die Verantwortung des Nordens für seine Emissionen entgegenzusetzen. Damit die Reduzierung von Emissionen nicht weiter verzögert wird, fordern sie, dass der Emissionshandel stillgelegt wird, und Klimaschuldenzahlungen, um den Diebstahl durch die Externalisierung der Emissionen des Nordens auszugleichen. [...]

Große Bedeutung hat die Idee von »Eine Million Klima-Jobs!«, die in Südafrika im Anschluss an eine ähnliche Kampagne in Großbritannien aufkam (vgl. dazu *LuXemburg* 1/2011, 98ff, Anm. d. Red.). Von Kapstadt aus startete das *Alternative Information and Development Centre* eine Kampagne mit führenden linken Vertretern aus der Metall-, Transport- und Kommunalarbeitergewerkschaft sowie mit Community-Aktivisten und Umweltschützern. Sie fordern die Schaffung von »guten, hauptsächlich im öffentlichen Dienst angesiedelten Arbeitsplätzen, die direkt die Ursachen und Wirkungen des Klimawandels reduzieren« (One Million Climate Jobs Campaign 2011). Klima-Jobs lassen sich im Bau erneuerbarer Energiegewinnungsanlagen, im Bau öffentlicher Transportnetze, die den Bedarf an PKW und LKW mit hohem Kraftstoffverbrauch verringern, im energieeffizienten Gebäude- und Wohnungsbau, in der Transformation der industriellen Landwirtschaft, in der Reform von Produktion und Konsumtion schaffen. Gleichzeitig müsse immer wieder die Steigerung des Energiebedarfs in der Wirtschaft thematisiert werden (ebd.).

Mit solchen Organisationen und Argumenten lassen sich in einer Zeit von Haushaltskürzungen, schwacher Zivilgesellschaft und Repression die raum-zeitlichen Widerstände verschiedenster öko-sozialer Kräfte miteinander verbinden. Die Akteure des sozialen und ökologischen Wandels können sich zunutze machen, dass der Neoliberalismus immer noch ideologisch diskreditiert ist und in den kommenden globalen und nationalen Verhandlungsrunden eine Strategie der Gerechtigkeit verfolgen, die nicht auf der Inwertsetzung von Kohlenstoff beruht.

Das schnelle Scheitern der Klimapolitik der Eliten sollte es dabei leichter machen, Alternativen von unten zu vertreten, einschließlich global koordinierter Aktionen gegen zerstörerische Projekte (wie internationale Kredite für die südafrikanische Kohle). Die Kritik an der Sackgasse von Kyoto-Kopenhagen-Cancún verbreitet sich zunehmend und wird größeres Vertrauen in Analysen, Strategien, Taktiken

und Bündnissen möglich machen, die mit der Klimagerechtigkeitspolitik verbunden sind. Erfahrungen von unten müssen zusammengeführt werden, um eine ernstzunehmende rot-grüne Kraft aufzubauen, die linke Regierungen und populare Bewegungen vereinigt und die Initiativen der globalen Linken zur Rechenschaft verpflichtet. Zur Verbindung der Klimakämpfe ist eine stärkere ideologische Orientierung nötig. Ökofeminismus und Ökosozialismus müssen in einer neu belebten Politik der Klimagerechtigkeit zusammengebracht werden.

ÖKOFEMINISMUS UND ÖKOSOZIALISMUS

In den 1960er und 70er Jahren bestand Einigkeit in der südafrikanischen Linken, dass die systematische Diskriminierung Schwarzer durch das Apartheidsystem im Bedarf der Unternehmen an Wanderarbeitern begründet war, wodurch rassistische Unterdrückung und Klassenverhältnisse miteinander verschmolzen. Typischerweise stand hinter jedem schwarzen Mann, der im ersten Jahrhundert organisierter Minen- und Plantagenarbeit in den Minen arbeitete, eine Frau. Sie versorgte ihn durch drei unsichtbare und unbezahlte Unterstützungsleistungen im Rahmen von »Sorgearbeit«, die eine billige Reproduktion der Arbeitskraft gewährleistete.

Erstens zogen Frauen in den ländlichen »Bantustans« – den ökologisch degradierten Apartheid-Homelands – die Wanderarbeiter auf, da der Staat abwesend war. Die Reproduktion des Haushalts wurde dort staatlich nicht unterstützt, während es in den Städten eher Zugang zu Kinderbetreuung und dem Schulsystem gab. Zweitens waren Frauen auf dem Land genötigt, kranke Arbeiter gesund zu pflegen, da sie auf ihr Zuhause zurückgeworfen waren. Staat und Unternehmen boten keine Krankenversicherung wie im Westen, wo Arbeiter lange und hart dafür gekämpft hatten. Schließlich, wenn der männliche Arbeiter zu alt zum Arbeiten war und ohne ausreichende Rente in die Bantustans zurückkehrte, übernahmen wieder die Frauen die Verantwortung für die Pflege (Bond et al. 2007, 1ff).

Natürlich ist dies keine Eigenheit des Apartheid-Kapitalismus. Die Reproduktion der globalen Arbeitskraft ist allgemein durch die unbezahlte Arbeit von Frauen gesichert worden. Mittlerweile, da Staat und Kapital den ›sozialen Lohn‹ drücken und über Jahrzehnte errungene Sozialpolitik demontieren, nähert sich die Gesamtsituation der des südafrikanischen Systems. Dieser Prozess erstreckt sich auch auf reproduktive Gesundheit und Rechte, für die feministische Bewegungen kämpften.

Neoliberale Politik und die Macht der Unternehmen haben das Outsourcen der Arbeit, Prekarisierung und die Zunahme informeller Arbeit zur Folge. Angesichts zunehmend prekärerer Lebensverhältnisse bilden Frauen das Sicherheitsnetz für die Reproduktion des Haushalts, während sie ohnehin schon den ver-



»1. Mai, Toronto«, Fanagt

wundbarsten aller Sektoren der Arbeit besetzen. Doch sie sind auch die treibenden Kräfte im Widerstand gegen diesen Prozess gewesen – in der Überwindung des lokalen Mikropatriarchats und in den meisten südafrikanischen Graswurzelkampagnen zu Themen wie Zugang zu Wasser oder AIDS-Medikamenten sowie anderen Strategien, Gemeingüter zu verteidigen oder zu erweitern.

Teresa Brennan hat eine Verbindung zwischen der Ebene der Familienhaushalte und des Klimawandels hergestellt. Die Umgestaltung der räumlichen Anordnung und Re/produktion – wie das Ende der Bantustan-Wanderarbeit – wäre entscheidend. »Je näher die Energie- und Rohstoffressourcen am Wohnort liegen, desto eher halten sich die Reproduktionskosten in Grenzen: Bezahlte und häusliche Arbeit werden weniger ausgebeutet, die Umwelt weniger erschöpft.« (2003, 160)

Dies ist eine der Einsichten einer ökofeministischen politischen Ökonomie, die in die Analysen von Klimastrateginnen wie Nicola Bullard (in diesem Heft, Anm. d. Red.) eingehen. Eine typische Diskussion mit Neoliberalen dreht sich um die Frage, ob die Globalisierung der Industrie geholfen hat, feudal-patriarchale

Verhältnisse aufzubrechen, indem sie Frauen aus der Unterdrückung in mexikanische Maquiladoras oder Bangkoks Sweatshops gebracht hat. Solches exportgetragene Wachstum ist eine unhaltbare ›Entwicklungsstrategie‹, die auf der versteckten Unterstützung durch die Sorgearbeit von Frauen basiert.

Bullard unterteilt die Erzählungen über Klimapolitik in drei Diskurse: Fortsetzung der bisherigen Praxis, Katastrophismus und Klimagerechtigkeit. Die erste wird von der Wirtschaft und den meisten Regierungen aus dem Norden vertreten, die zweite von einigen kleineren und verwundbareren Ländern und vielen NGOs. Katastrophismus »führt zu gefährlichen Panikstrategien wie Geo-Engineering, Nuklearmärkten und Emissionshandel« (2009). Klimagerechtigkeit wird von einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung unterstützt, die 2007 bei den Verhandlungen in Bali ins Leben gerufen wurde und in der Folge wenigstens eine lateinamerikanische Regierung, Bolivien, integrieren konnte.

Mit Klimawandel befasste Feministinnen bringen die verschiedenen Formen der Unterdrückung miteinander in Verbindung, um vor dem Erstarken ihrer Gegner in Krisenzeiten zu warnen. Die Gruppe *Asian Communities for Reproductive Justice* (2009) dokumentiert die schweren politischen Schäden, die Hurrikan Katrina hinterlassen hat: »Nach einer Katastrophe werden regelmäßig Frauen of Color – besonders afroamerikanische Frauen, Frauen mit niedrigem Einkommen und Migrantinnen – als Bürde für den Staat und als Ursache von Überbevölkerung, Umweltschäden, Armut, Kriminalität und wirtschaftlicher Instabilität angegriffen.« (Ebd.) Mehr als für Männer ist ein Ende der ökonomischen Unsicherheit von Frauen wesentlicher Bestandteil des Kampfs für Gerechtigkeit.

Nie war es wichtiger, Einsichten des Ökofeminismus und Ökosozialismus zusammenzubringen, um Themen, Analysen, Herausforderungen und Bündnisbemühungen miteinander zu verbinden. Steht Ökosozialismus auf der Tagesordnung? Die kurze Antwort darauf ist nein, es gibt kein ausreichendes Netzwerk von Organisationen und Aktiven, das fähig wäre, im nationalen oder globalen Rahmen die Elemente zu verbinden. Doch eine solche Bewegung muss entstehen, wenn wir überleben wollen; einige Überlegungen zu dieser Herausforderung:

Rot-grüne Organisationen bilden Netzwerke, ökosozialistische Bewegungen bestehen aus tausenden Organisationen in allen Teilen der Welt. Sie vertreten zunehmend antikapitalistische Auffassungen im Kampf gegen Umweltzerstörung. Das zeigt sich offen in Manifesten, Analysen, Pressemeldungen, Forderungen, Flugblättern, Slogans der vergangenen Jahre. Die Netzwerke sind jedoch in der Regel Einpunkt-Bewegungen und verbinden Themen selten über verschiedene Sektoren hinweg. Dies liegt häufig daran, dass sie sich um spezifische Ziele her-

um bilden und ihre Finanzierung und wichtigsten eigenen intellektuellen Ressourcen eng an den einzelnen Inhalt gebunden sind.
Den Angriff des Kapitalismus auf die Natur verstehen sie oft als ein Problem, das sie jedoch nicht in der Lage sind zu verallgemeinern, geschweige denn durchschlagende umfassende Lösungen dafür vorzuschlagen. Dies führt zu einer Leerstelle, nicht nur in der Benennung des Problems (ein unersättlicher Kapitalismus), sondern auch in der Formulierung einer globalen sozialistischen Lösung – die natürlich Unterschiede und ungleiche Entwicklung sowohl des Kapitalismus als auch der gegen ihn gerichteten Bewegung beachten müsste. Die meisten Manifeste dieser Bewegungen zeigen kein besonderes Geschlechterbewusstsein. Weitere verzahnte und überlappende Formen der Unterdrückung und des Widerstands – Rassismus, indigenes Erbe, Behinderung, sexuelle Orientierung, Generationen und andere – werden nicht ausreichend berücksichtigt, um eine wirkungsvolle Kritik zu entfalten.

Der nächste Schritt für Gruppen wie *Climate Justice Now!* ist es, gemeinsame Sache mit anderen Umweltbewegungen zu machen, die ähnliche Analysen, Strategien, Taktiken, Feinde und Verbündete haben. Allerdings gibt es kaum Gelegenheit zu systematischen Zusammentreffen und wenig Wissen über einander. Trotzdem müssen die Verbindungen geschaffen werden, wenn wir es mit der übergreifenden Macht der patriarchalen, rassifizierenden, ungleichen kapitalistischen Entwicklung aufnehmen wollen, um das Überleben des Planeten und der Menschheit zu sichern. Klimagerechtigkeit wird nichts weniger als das erfordern.

Leicht bearbeitete Fassung des Schlusskapitels aus: Politics of Climate Justice. Paralysis Above, Movement Below, Durban: University of KwaZulu-Natal, 2012. Aus dem Englischen von Daniel Fastner

LITERATUR

Asian Communities for Reproductive Justice, 2009: Looking Both Ways: Women's Lives at the Crossroads of Reproductive Justice and Climate Justice, http://urbanhabitat.org/files/ACRJ_Looking_Both_Ways.pdf
Bassey, Nnimmo, 2010: So Shell is everywhere, in: Next, 16.12., www.shelltosea.com/content/oil-politics-so-shell-everywhere
Bond, Patrick, Horman Chitonge, und Arndt Hopfmann (Hg.), 2007: The Accumulation of Capital in Southern Africa, Rosa Luxemburg Stiftung und Centre for Civil Society, Berlin/Durban, 1-4
Ders. und Khadija Sharife, 2009: Shell Oil: Guilty in World Court of Public Opinion, in: Economic & Political Weekly, 18.7.
Brennan, Teresa, 2003: *Globalization and Its Terrors: Daily Life in the West*, New York
Bullard, Nicola, 2009: The State of Climate Politics, Beitrag zur rls-Konferenz in Johannesburg, SA, 19.11.
One Million Climate Jobs Campaign, 2011: Why One Million Climate Jobs?, www.climatejobs.org.za/component/content/article/37-climate-jobs/54-why-one-million-climate-jobs.html

1 Vgl. Luismi Uharte: »Das venezolanische Entwicklungsmodell – Wandel und Grenzen«, in: *LuXemburg* 1/2012, 98–103, Eduardo Gudynas: »Die Linke und die Ausbeutng der Natur«, in: *LuXemburg* 1/2011, 114–23, und Alberto Acosta: »Alternativen zum Extraktivismus«, in: LuXemburg 1/2011, 124–9.

…WEIL DIE BEGRÜNUNG DES KAPITALISMUS SCHEITERT

ASSOZIATIONEN ZUM GRÜNEN SOZIALISMUS

SABINE LEIDIG

Sozialismus macht das Soziale, Gesellschaftliche, das Allgemeinwohl zum Dreh- und Angelpunkt: Mensch und Umwelt vor Profit. Um das zu erreichen, muss die Logik der Kapitalverwertung gebrochen werden, indem die bestimmenden Kapitalisten entmachtet werden und ihr Eigentum – zumindest soweit es dem Wohl der Allgemeinheit entgegensteht – enteignet wird: Das betrifft etwa den größten Teil der »Finanzindustrie«, deren Geschäftsmodelle eine endlose Reihe von Krisen produzieren, Sozialstaat und Demokratie in der Europäischen Union zerstören und notwendige Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau blockieren (vgl. Demirović/Sablowski 2012).

20 Jahre nach der Klimakonferenz in Rio ist offensichtlich, dass kapitalistische Konzerne und die dazugehörigen Eliten die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit systematisch vernichten. Die CO_2-Emissionen müssten von 1990 bis 2050 auf den Stand von 1960 halbiert werden – stattdessen wächst der Ausstoß ungebrochen. Soll die Klimaveränderung aufgehalten

werden, müssen die Treibhausgasemissionen global spätestens ab 2020 schnell sinken. Dafür müssten Energiesysteme, Landnutzung, urbane Räume mitsamt Verkehr und Mobilität schleunigst umgebaut werden, so dass »klimaverträgliche Gesellschaften« mit entsprechenden Produktions- und Konsumweisen und Lebensstilen entstehen könnten (WBGU 2011).

Dem stehen handfeste Kapitalinteressen entgegen: Dezentrale regenerative Stromerzeugung und die notwendige Halbierung unseres Energieverbrauchs passen nicht in kapitalistische Marktlogik, die Großverbraucher mit Spartarifen belohnt. Der kapitalistische Energiewirtschafts-Politik-Komplex WEC *(World Energy Council)* hält ein *best case*-Energieszenario für realistisch, bei dem noch 2050 die CO_2-Werte über den heutigen liegen. Sie nehmen fünf oder sechs Grad Klimaerwärmung und die Katastrophe, die das für die Mehrheit der Menschheit bedeutet, wissentlich in Kauf.

Die Knappheit von Öl und die mit »Peak Everything« – der Erschöpfung aller nicht erneuerbaren Rohstoffe – beschworene Sackgasse existieren für die Konzerne nicht. Die Verwüstungen im Niger-Delta, die Vertreibung der Ogoni und anderer indigener Bevölkerungen, riskante Tiefseebohrungen, naturzerstörende Ölschieferausbeutung und schmutzige Kriege sprechen Bände. Es ist keine Umkehr zu erwarten, solange die Profitlogik das »fossilistische« System treibt.

Beim Verkehr die gleiche schiefe Bahn: Während mit »Schuldenbremsen« in Europa öffentliche und umweltfreundliche Mobilitätsangebote ausgebremst werden, rüstet die Automobilindustrie für die Verdoppelung des weltweiten PKW-Bestandes, blockieren die deutschen »Premium«-Autobauer angemessene CO_2-Grenzwerte, wachsen motorisierte Güterverkehrsströme auf der Jagd nach Kostenvorteilen, und die Luftverkehrslobby drängt auf Verdreifachung der Fliegerei (ISW 2008; Wolf 2011)

Weniger Verkehr, weniger Öl- und Energieverbrauch – solche nahe liegenden Ziele können mit kapitalistischen Prinzipien nicht erreicht werden, weil es dabei immer um das »mehr« geht: nicht »mehr« an Lebensqualität, sondern »mehr« an verkaufter Ware.

Fast täglich werden Werbeprospekte von Aldi oder Lidl in Millionen Haushalte verteilt, welche für Billigfleisch- und Wurstwaren werben, die aus klimaschädlichen Großviehmastanlagen stammen, für deren Futterpflanzen Kleinbauern vom Land vertrieben werden, das sie bis dahin ernährt hat. Dagegen hilft auch die gesundheitsbewusste Zunahme von Biokonsum wenig. Solange die Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln von den Weltmarktinteressen der Discounter-Ketten und Agrarkonzerne dominiert wird, gibt es keinen Ausweg aus dem Irrsinn der Gleichzeitigkeit von gesättigten Märkten und hungernden Mäulern. Und keine umweltverträgliche Ernährung.

DER BLINDE FLECK

Nun ist all das nicht neu, nicht unbekannt. Und doch bleibt in fast allen klugen Ausarbeitungen, die auf nachhaltige Umgestaltung unserer hoch industrialisierten Gesellschaften zielen, die Frage der Macht- und Besitzverhältnisse merkwürdig unbeleuchtet. Auf den Block aus der Öl-Branche, Autoindustrie, Airlines, Flugzeugbauer und Energie, entfallen 31 Prozent des gesamten Umsatzes der 500

größten Konzerne der Welt. 1999 betrug dieser Anteil erst 23,4 Prozent (Wolf 2007). Das Verhältnis zum mächtigen Finanzsektor ist symbiotisch. Vor allem das Ölgeschäft (inklusive Spekulation) steht hoch im Kurs bei Fondsanlegern und Investmentbanken.

Eon ist ein in 30 Ländern aktiver Global Player; das zweitgrößte deutsche Unternehmen und einer der »großen vier«, die den deutschen Strommarkt beherrschen und den Ausstieg aus der CO_2-intensiven Kohlekraft ebenso verhindern, wie sie den Atomausstieg bis zum »geht nicht mehr« blockiert haben – und wird von institutionellen Anlegern dominiert. Die Zentralen der Energiekonzerne lassen mit ausgeklügelter Lobbyarbeit und in enger Verflechtung mit den politischen Institutionen ihre Interessen in Gesetze einarbeiten, die dem sozial-ökologischen Umbau entgegenstehen (Liedke 2006). So wurde z.B. die Ökosteuer als »Industriebegünstigungssteuer« angelegt und ein Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz bis heute ausgebremst.

Im Verkehrssektor scheitern klimaschonende Regeln regelmäßig an der Lobby der Automobilindustrie – angeführt von Daimler, Volkswagen AG, BMW und Porsche. 2007 saßen rund 70 Autolobbyisten in den Firmenbüros der EU-Kommission in Brüssel, weitere 33 direkt im EU-Parlament (CEO 2007). Anstatt mit Ingenieuren und Facharbeitern alternative Mobilitätskonzepte zu erarbeiten, wird europaweit auf Wachstum des motorisierten Individualverkehrs gesetzt, werden noch mehr Straßen gebaut. So viele vernünftige Ansätze und Konzepte oder widerständige Initiativen gegen zerstörerische Projekte werden ausgebremst und von Konzernstrategien überrollt; Politiker werden mit Heerscharen von Beratern, Vordenkern und Lobbyisten gefügig gemacht, die gigantische Werbebudgets auflegen und ganze Imageabteilungen für grüne Deckmäntelchen beschäftigen, um immer mehr Käuferschichten zu gewinnen.

Augenfällig ist dieser blinde Fleck etwa beim Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen zur »Großen Transformation« (WGBU 2011). Dort wird ein Gesellschaftsvertrag skizziert, der in den nächsten zehn Jahren auf die Beine gestellt werden müsste. Dem stehen ominöse »Hemmnisse und Blockaden« aus »Interessenstrukturen« entgegen, die in dem »auf fossilen Energieträgern beruhenden Wirtschaftsmodell« verankert sind. Mehr nicht. Nichts von Eigentumsverhältnissen, von Profiten und Geld-Macht-Komplexen, von notwendigen Kämpfen. Selbst diese Andeutung ruft Gegenwehr hervor: Es geht ans Eingemachte.

»Ziel des Gesellschaftsvertrages für die Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für heutige und künftige Generationen. Er kombiniert Zukunftsverantwortung mit demokratischer Teilhabe. [...] Zentrales Element ist der gestaltende Staat [...] Die große Transformation verlangt Technologiesprünge, neue Wohlfahrtskonzepte, vielfältige soziale Innovation sowie ein bisher unerreichtes Niveau an internationaler Kooperation.« (ebd., 1)

MÜSSTE EINE SOLCHE TRANSFORMATION NICHT SOZIALISTISCH SEIN?

Transformation ist freilich ohne Kampf, ohne aktives Eingreifen in Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht zu haben. Wäre nicht der

grüne, demokratische Sozialismus das zeitgemäße Gerüst für den neuen Gesellschaftsvertrag jenseits des fossilen oder begrünten Kapitalismus? Die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit und für die Zukunft zu erhalten, das ist *die* soziale Frage unseres Jahrhunderts, die ohne Umverteilung, gesellschaftliche Planung, Demokratisierung, Gemeinnützigkeit, Kooperation statt Konkurrenz – kurz: ohne Veränderung der Produktions-, Lebens- und Regulationsweise – nicht gelöst werden kann. Auch nicht ohne Eingriffe in die Verfügungsgewalt der kapitalistischen Industrien.

Müssten wir eine Theorie des grünen Sozialismus erarbeiten? Warum spielt die Vision Sozialismus keine Rolle, wenn von Umwelt die Rede ist; und umgekehrt: Warum denkt, wer vom Sozialismus redet, nicht an das Naturverhältnis? Wie kann die ganze Fülle der Care-Ökonomie, die Fürsorge statt Effizienz ins Zentrum stellt, der In-Wert-Setzung von Sorgearbeit und von Natur entgegengestellt werden? Muss der grüne Sozialismus nicht »weiblich« sein, die feministische ökonomische Kritik einbeziehen? Wie lassen sich die Widersprüche unserer »imperialen Lebensweise« produktiv machen? Wer sind die »revolutionären Kräfte« und welche Rolle können Gewerkschaften spielen, deren Blütezeit eng mit einem (fordistischen) Wachstumspfad verbunden ist? Wie ließe sich nicht nur »gute Arbeit« realisieren, sondern auch das Korsett der »entfremdeten Arbeit« aufbrechen? Kann sich in Degrowth-Communities, Post-Oil-Cities und Bioenergie-Dörfern (vgl. *LuXemburg* 1/2012) neues emanzipatorisches Potenzial entfalten? Können gemeinnützige Unternehmen und Genossenschaften zu Projekten der Transformation werden? Lasst uns über Alternativen reden. Und lasst uns über Sozialismus reden – den grünen, demokratischen, weiblichen.



»1. Mai, Toronto«, Fanagt

LITERATUR

Corporate Europe Observatory – CEO, 2007: »Car industry flexes its muscles, Comission bows down«, http://archive.corporateeurope.org/carlobby.html

Demirović, Alex, und Thomas Sablowksi, 2012: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. www.rosalux.de/publication/38387/finanzdominierte-akkumulation-und-die-krise-in-europa.html

Liedke, Rüdiger, 2006: *Das Energie-Kartell*, Frankfurt/M

ISW, 2008: »Klima-Killer Konzerne«, *isw-Report 73*, hg. v. Franz Garnreiter, Fred Schmid, Conrad Schuhler, Helmut Selinger, München

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltfragen – WBGU, 2011: Ein Gesellschaftsvertrag für die Transformation, Factsheet Nr.1/2011, www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs2011-fs1/wbgu_fs1_2011.pdf

Wolf, Winfried, 2007: *Verkehr. Umwelt. Klima*, Wien

Ders., 2011: Wachstumswahn Verkehr, www.nachhaltig-links.de/images/stories/Verkehr/Dokumente1/VZ06-web.pdf

VOLKS-AUTOS UND KOLLONTAI-HÖFE?

EINSTIEGE IN EINEN GRÜNEN SOZIALISMUS 2030

CHRISTOPH SPEHR

Ein beliebter Vorwurf, den Linke gegen den Kapitalismus erheben, sind die vielen Sorten Zahnpasta. Auch wenn niemand genau weiß, wie viele es sind, gelten die 38, 52 oder »gefühlt 300« verschiedenen Sorten Zahnpasta als ein Inbegriff der kapitalistischen Anarchie und Verschleuderung gesellschaftlicher Ressourcen. Während aus de Gaulles Diktum, »Wie will man ein Land regieren, in dem es 246 verschiedene Sorten Käse gibt?«, ein gewisser Respekt vor dem lässigen Eigensinn seiner Landsleute spricht, steht der Zahnpasta-Antikapitalismus in der langen Tradition eines »Das-ist-doch-alles-nicht-nötig«-Sozialismus. Ernst Lubitsch hat ihm in »Ninotschka« ein schönes Denkmal gesetzt, als Greta Garbo als Sonderbeauftragte Genossin Ninotschka ihr Hotelzimmer in Paris betritt und fragt: »Und wie viele Personen wohnen noch in diesem Raum?« Auch Ursula LeGuin macht sich in »Planet der Habenichtse« darüber lustig, als Bedap die orange Decke seines Freundes Shev kritisiert: »Die Farbe ist jedenfalls eindeutig exkrementell [...] Als Funk-

tionsanalytiker muss ich darauf hinweisen, dass für Orange keine Notwendigkeit besteht. Orange erfüllt im Sozialorganismus weder auf dem zellularen noch auf dem organischen Level eine lebenswichtige Funktion [...] Färb die Decke schmutziggrün, Bruder!«

Aus Sicht des grünen Sozialismus gibt es gegen die Vielzahl der Zahnpasta-Sorten keine Einwände. Mehr Zahnpasta-Marken verbrauchen nicht (wesentlich) mehr Ressourcen. Im Zeitalter der flexiblen Automation sind Produktvarianten und kleinere Produktserien möglich, ohne neue Maschinen oder Fabriken zu bauen. Auch zu Zeiten der handwerklichen Produktion war das so. Dramatisch ist das Wegwerfen von Produkten. Der Beweis, dass weniger Zahnpasta weggeworfen wird, wenn es nur eine Sorte davon gibt, steht jedoch aus. Insofern sind 246 Sorten Käse genauso okay wie 246 Sorten Zahnpasta.

Auch das Verfrachten von Massengütern über die Weltmeere ist ökologisch verhältnismäßig billig. Sowohl im Preis als auch im Umweltverbrauch ist ein Transport im Containerschiff über 3000 Seemeilen erheblich billiger als die anschließenden 100 km im Lastwagen. Was nicht geht, ist *just-in-time*, Flugzeugtransporte, Kühlschiffe. Globalisierung an sich ist nicht »unökologisch«. Es kommt darauf an, welche.

Grüner Sozialismus nimmt die ökologische Herausforderung an: 9 Milliarden Menschen, die gut leben wollen, in einer Welt ohne fossile Rohstoffe und ohne Klimakatastrophe. Das geht nicht ohne entwickelte Technik und Wissenschaft. Es geht auch nicht ohne Überwindung des Profitprinzips und der privaten Eigentumsrechte an der großen Produktion. Ein Sozialismus, der nicht grün ist, und eine Zukunft, die nicht sozialistisch ist, können nur die Privilegien einiger Weniger erhalten. Damit alle gut leben können, muss anders produziert, anders gelebt, anders organisiert werden.

KOMMUNEN IM JAHR 2030

Es ist ein hilfreicher Einstieg in die Fragen einer post-fossilen Gesellschaft, sich vorzustellen: Welchen Problemen, die durch das Ende des fossilen Zeitalters verursacht sind, werden Kommunen schon in etwa 20 Jahren gegenüberstehen? Öl wird dann bereits knapp und teuer sein. Wer sich den Liter Benzin bei zehn Euro, den Liter Heizöl bei fünf Euro und das Barrel Rohöl bei 500 Dollar vorstellt, liegt sicher nicht zu niedrig. Der politische Druck auf eine Reduzierung des CO_2-Ausstoßes wird, weil es fünf vor zwölf ist, massiv gestiegen sein. Die Transportkosten, die im Zeitalter der Globalisierung zunächst extrem gefallen sind, werden in 20 Jahren so hoch sein, dass sie wieder einen relevanten Teil der Endpreise darstellen. Auch andere Rohstoffe wie Metalle und Industriestahl werden sehr viel teurer sein als heute, da ihre Förderung energieintensiv ist. Energie kann man nicht mehr einfach aus einem Loch im Boden holen, wo die Ergebnisse jahrmillionenlanger biologischer Produktion lagern. Energie muss »angebaut« werden, entweder durch ausgefeilte Anlagen zur alternativen Energiegewinnung oder durch Felder zur ergänzenden Produktion von Biokraftstoffen. Beides kostet Fläche. Der Druck auf die Flächennutzung zur Lebensmittelproduktion steigt: Durch die Konkurrenz mit der Energieproduktion in der Fläche und durch die Tatsache, dass eine energieärmere Landwirtschaft nicht mehr alles überall anbauen kann.

Was nicht knapp sein wird, ist Wissen und Information. Die Trends zur Digitalisierung von Wissen und zum Ausbau der digitalen globalen Kommunikationsmedien sind unumkehrbar. Neue Wissens- und Netzwerkarchitekturen werden entstanden sein, so dass die Menge des global und lokal verfügbaren Wissens exponentiell ansteigt.

Wer in 20 Jahren nicht das Zivilisationsniveau der Mehrheit seiner Gemeindebewohner radikal absenken will, sollte dann schon reagiert haben. Die Maximen werden sein:

Reparieren statt Wegwerfen. Da Energie und Rohstoffe im Verhältnis zur Ware Arbeitskraft deutlich teurer werden, gehört dem Reparieren (und dem »Anpassen«) die Zukunft. Dieser Trend wird gestützt durch die lokale, ja individuelle Verfügbarkeit von globalem Wissen, bedeutet aber eine deutliche Vergrößerung dieses volks- und lokalwirtschaftlichen Sektors und eine Wiederaufwertung handwerklicher Tätigkeiten.

Integrieren statt Fahren. Die starke räumliche Trennung von Wohnen, Leben und Arbeiten gehört der Vergangenheit an. Nähe und die Mischung der Funktionen im Stadtteil sind das überlegene Modell. Dafür müssen Kommunen rechtzeitig umgebaut und »umgenutzt« werden.

Wissen teilen statt Güter transportieren. An die Stelle der globalen Massengütertransporte wird ein Aufschwung der lokalen Produktion treten, da die Transportpreise ihr wieder einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Hinzutreten wird eine individualisierte Produktion: Einfache Bauteile werden überhaupt nicht mehr transportiert, sondern an Ort und Stelle produziert. *Fabbering*, die flexible Bauteilproduktion in informationsgesteuerten »Allround-Maschinen«, ist bereits Realität, in 20 Jahren wird sie Standard sein. Statt Gütern werden Steuerungsanweisungen bewegt – im Netz.

Produzieren statt Konsumieren. Die gegenwärtigen Versorgungsketten sind ökologisch zu teuer, werden sich als anfällig erweisen und produzieren zu viel Abfall. Gemeinschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen – auf einem durch Wissens- und Informationsaustausch gehobenen und professionalisierten Niveau »urbaner Subsistenz« – wird wieder einen wichtigen Teil der alltäglichen Versorgung darstellen: Von der Nahrungsmittelproduktion in der Stadt über die kleinräumige Energieproduktion bis hin zur kulturellen Produktion. Die Konsumgesellschaft, die alle Güter überall jederzeit zur Verfügung stellt, hat ausgedient. An ihre Stelle tritt die »Karaoke-Produktion«: das informationsgestützte Selbermachen.

DIE POLITIK DES GRÜNEN SOZIALISMUS

Wie stellt man sich auf den rechtzeitigen Umstieg ein? Die Vorstellung, was auf Kommunen in 20 Jahren zukommt, gibt schon eine Reihe von Hinweisen darauf, was auch im größeren Maßstab erforderlich ist. Es ist unmöglich, die heutige Produktions- und Lebensweise 1:1 auf erneuerbare Energien und 80 Prozent weniger CO_2-Ausstoß umzustellen. Ein hohes, ja besseres Lebens- und Wohlstandsniveau lässt sich aber auch auf anderem Wege erreichen.

Verbrauch vermeiden. Die großen Energiefresser und CO_2-Schleudern sind im Prinzip bekannt: Motorisierter Individualverkehr, Heizung, spezielle Industrien wie die Zement-

herstellung, Wegwerfgüter und nicht genutzte Nahrungsmittelproduktion. Diese Bereiche kann man nicht »auf erneuerbar umstellen«. Man muss sie abstellen und substituieren. Freier ÖPNV, Passivhäuser auch im Großsiedlungs-Bereich, dezentrale Energieproduktion in enger Kopplung an den Verbrauchsort sind Ziele, auf die sich systematische Förderung und deutliche Regulierung richten müssen.

Wegwerfen unterbinden. Ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelproduktion wird weggeworfen. In Industriestaaten sind 40 Prozent der weggeworfenen Lebensmittel vollständig genießbar. Statt »Tafeln« für die Armen sollte gesetzlich geregelt sein, dass Lebensmittel mit Erreichen des Mindesthaltbarkeitsdatums frei abgegeben werden müssen. Lebensmittelvernichtung muss teuer werden, so dass sich regionale Produktion lohnt, die angepasste Mengen liefern kann.

Qualifikation fördern. Die Spaltung der Arbeit in hochqualifizierte Tätigkeiten und »Dummy-Jobs« ist für eine post-fossile Zukunft Gift. Handwerk, Anpassen von Technologien und Produkten, intelligentes (energiearmes) Recycling, das Finden von kreativen, angepassten Lösungen etc. erfordern eine breite, technische wie intellektuelle Qualifikation. Wer heute an Bildung spart, schaut morgen in die Röhre.

Freiräume organisieren. An die Seite der Versorgung mit standardisierten Gütern tritt die optimierte Verwendung vorhandener Ressourcen für vielfältige Ziele. Eine ökologisch überlebensfähige Gesellschaft braucht eine Fülle von gesellschaftlichen und produktiven Freiräumen, in denen solche kreativen, optimierten Lösungen entwickelt, ausprobiert, ausgetauscht, verbessert, schließlich zum Vorbild gemacht werden. Die zentralisierte Großproduktion ist nicht nur zu ressourcenschwer, sie ist als Struktur auch zu langsam.

Vorrang fürs Öffentliche schaffen. Bis der Markt die ökologischen Wahrheiten abbildet, sind wir längst tot. Der Übergang in eine ökologisch angepasste Wohlstandsproduktion muss öffentlich gesteuert, geplant, reguliert, initiiert, vorangetrieben werden. Dies muss sich institutionell abbilden in öffentlichem Eigentum, ökologischen Entwicklungsinstitutionen, aber auch in einer breiten Ausdifferenzierung kommunaler, gemeinschaftlich-genossenschaftlicher und privat-kollektiver Eigentums- und Organisationsformen.

Gleichheit schaffen. Armut wie Reichtum sind ökologisch teuer. Die »nivellierte Wohlstandsgesellschaft«, im Kapitalismus oft herbeizitiert und nie verwirklicht, ist das soziale Leitbild des grünen Sozialismus.

Informations-Eigentum bekämpfen. Das Motto »Eigentum ist Diebstahl« aktualisiert sich in der ökologischen Übergangsgesellschaft zum Slogan »Informations-Eigentum ist ein Verbrechen.« Die transnationalen Konzerne haben die entscheidende Rolle von Wissen und Information als zentraler Ressource längst erkannt und arbeiten an der umfassenden Privatisierung des Informations-Eigentums. Eine ökologische Übergangsgesellschaft lässt sich jedoch nicht mit privatisiertem Wissen erreichen – so wie man keine Industriegesellschaft etablieren kann mit privaten Straßennetzen und keine Globalisierung mit einem Flickenteppich von Zoll- und Rechtsschranken.

Kollektiven Reichtum fördern. Nicht mehr alle werden alles einzeln haben. Aber mehrere

gemeinsam schon. Werkzeug, Fahrzeuge, bestimmte Vorräte, der Stadtbienenstock, Zeitungen, bestimmte Arbeitsräume, Geräte: Alles Dinge, die man sich nicht mit einer Million anderer Leute teilen möchte, aber durchaus mit fünf, zehn, fünfzig, je nachdem. Kollektiver Reichtum, der Zwischenraum zwischen Individualbesitz und abstraktem Gemeineigentum werden eine herausragende Rolle spielen, wenn in einer ökologischen Übergangsgesellschaft mit begrenztem Ressourcenpool ein hohes Wohlstandsniveau erreicht werden soll.

EINSTIEGSPROJEKTE FÜR EINEN GRÜNEN SOZIALISMUS

In den strategischen Debatten der PDS spielte die Idee der »Einstiegsprojekte« eine wichtige Rolle: Projekte, die im Kapitalismus zeigen, was eine sozialistische Art ist, die Probleme zu lösen. Diese Idee ist für den grünen Sozialismus von großer Aktualität. Allerdings muss man neu fragen, welche Projekte das sein können. Einstiegsprojekte kann man nicht abstrakt ableiten. Man muss sie finden, entdecken, ausprobieren, ihre Möglichkeit erkunden. Grundsätzlich entstehen sie an der Schnittstelle, wo eine ökologische Übergangsgesellschaft eine andere Rationalität braucht, als sie von kapitalistischen Organisationsprinzipien angeboten wird, und sich gleichzeitig bestimmte soziale Praktiken und Bedürfnisse bereits entwickelt haben, mit anderen Organisationsprinzipien zu experimentieren. Beispiele dafür sind:

Volks-Autos. Solange es noch Autos gibt, sollte es einen staatlichen Autokonzern geben, der wieder reparierbare Autos baut. Reparieren statt Module austauschen und wegwerfen: Das wäre ein Paradigmenwechsel, der Materialverbrauch verringert, Unterhaltskosten senkt, Arbeit wieder in die Kommune zurückholt und wohlstandsverbreiternd ist. Das Prinzip kann auch auf PCs, Handys und Toaster ausgedehnt werden und auf alles, was das Auto überflüssig macht (vgl. *LuXemburg* 3/2010). Die Produktion sollte auch freie Produktionsweisen für die technische Entwicklung nutzen (das, was das *free car*-Projekt alleine nicht geschafft hat).

Kollontai-Höfe. Das Leitbild der »sozialen Stadt« beruhte darauf, das Durchschlagen der Einkommens- und Vermögensunterschiede auf die Lebenssituation zu begrenzen. Die grün-sozialistische Stadt ist darauf angelegt, das Durchschlagen ökologischer Grenzen in Form von sozialer Verarmung, Isolierung und Entmachtung zu verhindern. Was im »roten Wien« der Karl-Marx-Hof war (eine für damaligen Standard moderne Wohnanlage für die Industriearbeiter), kann für den grünen Sozialismus der Kollontai-Hof sein: Energetisch moderne Wohnanlagen, die auch Raum bieten für kommunal geförderte und unterstützte Formen von Selbstorganisation, Integration und lokaler Dienstleistung. Wohnen, Alltagsbewältigung, Betreuung, kulturelle Angebote wären darin verbunden. Die erforderlichen Arbeitsplätze stünden zuvorderst den Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung. Den Einzelnen bliebe, auch je nach Lebenssituation und -phase, die freie Entscheidung, wo sie die Grenze zwischen individuellem Wohlstand, öffentlicher Dienstleistung und kollektivem Reichtum ziehen: Selber kochen oder öfter in der Volksküche essen, alleine fernsehen oder mit anderen, KiTa oder öfter mal gegenseitig aufpassen, Hausbibliothek, gemeinsamer Fahrradpool oder doch lieber für sich geregelt.

Communal Commons. Produkte, deren Entwicklung öffentlich unterstützt wird, und die im Gegenzug hinterher von den Bewohnerinnen einer Gemeinde frei genutzt werden. Software, natürlich, aber auch ein verbesserter Kinderwagen, Gabelstapler, die Vermeidung von Abfall oder die Renovierung eines Gebäudes. Die Freigabe nach außen erfolgt im Austausch mit anderen Gemeinden, die ebenfalls Communal Commons produzieren – ein Netzwerk freier Produktion, das dennoch kommerzielles Trittbrettfahren vermeidet (Vgl. *LuXemburg* 4/2010).

Weniger Ressourceneinsatz, gemeinschaftliche Organisation, öffentliche Steuerung statt privater Profitlogik, Flankierung von Selbstorganisation, erweiterte individuelle Freiräume: Entlang dieser Prinzipien werden sich die Einstiegsprojekte eines grünen Sozialismus entwickeln.



»1. Mai, Toronto«, Fanagt

GRÜNE KLASSENKÄMPFE

Das alles ist keine Spielerei, die Alternative macht es deutlich: Die Aneignung der knapper werdenden Ressourcen durch wenige, bei massivem Wohlstands-, ja Zivilisationsverlust für viele. Die Hartz-Gesellschaft, der Versuch der quasi-kolonialen Abstufung von Lohn- und Lebensniveau in der Eurozone, die sozial extrem ungleiche Finanzierung der Energiewende über den Strompreis zeigen die Richtung auf, in die sich ein grüner Kapitalismus bewegt. Die Studien zu den globalen Folgen des Klimawandels skizzieren dasselbe für die Weltgesellschaft: Eine neue Spaltung, in der Reichtum und Macht sich im Zugriff auf verknappte Ressourcen und im Schutz vor ökologischen Katastrophen abbilden. Grüne *gated communities* für die Wohlhabenden, inmitten ökologisch verbrannter Erde für die anderen. Klassenkämpfe werden grüner werden. Sie werden nicht nur von Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen handeln, sondern vermehrt auch von Ressourcenverteilung, Lebensbedingungen, sozialem Zugang, ungleichen Lebenschancen, vom Schutz vor ökologisch bedingten Krankheiten und Katastrophen und von kollektiver Aneignung. Nicht nur Ausbeutung, auch Entfremdung wird zu einer unmittelbaren Bedrohung. Klassenkämpfe bedürfen nicht der Theorie. Sie finden statt. Aber die Entwicklung einer Perspektive sozialer und ökologischer Kämpfe, die ihre Verbindung ermöglicht und uns einer positiven ökologischen Übergangsgesellschaft näher bringt, wird ohne grünen Sozialismus nicht zu machen sein.

GLEICHHEIT IST GRÜN & ROT

ANDREAS EXNER

Der Diskurs der Ökologie ist schizophren. Während die einen ihn mit Wachstum koppeln, pochen die anderen auf Verzicht. Beides geht am Problem vorbei. Stattdessen trifft die Wahrheit: Eine ökologische Wende zum Vorteil aller gibt es nur mit sozialer Gleichheit.

Wachstum des Kapitals kann nicht ökologisch kompatibel sein, weil es mit steigendem Ressourcendurchsatz einhergeht. Den gilt es zu reduzieren, den Bergbau zurückzufahren und die Landnahme für Agrofuels und Nahrungsmittel zu stoppen. Anders als in der ziemlich angestaubten Nachhaltigkeitsdebatte gilt es, das gesellschaftliche Verhältnis zu benennen, das zum wachsenden Output an Produkten führt: das Kapital. Nicht eine nebulöse »Wirtschaft« wächst, sondern das Kapital und seine Macht, in Gestalt von Waren.

Um die »Energiewende« und auch um den Ersatz nicht-erneuerbarer durch organische Materialien müssen wir uns keine Sorgen machen. Die herrschenden Klassen haben langfristig gar keine andere Wahl, als diese

Wende zu vollziehen, und wissen oder ahnen das häufig auch. Die so genannte Green Economy soll der zukunftsfähige Kapitalismus sein.

Sicherlich ist es wichtig, für eine rasche Wende hin zu den Erneuerbaren zu kämpfen, tendiert das Kapital doch dazu, die für es technisch viel günstigeren fossilen Energien und Metalle so lange wie möglich auszubeuten und darin getätigte Investitionen zu verteidigen. Noch wichtiger ist, den Kapitalismus zu überwinden, der die Technologien erneuerbarer Ressourcen zu ebenso katastrophalen Waffen gegen den Menschen schmiedet wie jene auf der Basis fossiler Stoffe. Biomasse, die in jedem künftigen Energie- und Stoffregime die Hauptrolle wird spielen müssen, ist ausgesprochen flächenintensiv; wie ja überhaupt die Fläche zur wichtigsten Ressource des post-fossilen Energie- und Stoffregimes werden wird. Die riesenhaften Ansprüche des Kapitals und der zu befriedenden Arbeiterklasse im globalen Norden, die nicht vom Auto lassen möchte, damit zufrieden stellen zu wollen, kann deshalb nur in groß angelegten Vertreibungen enden. Freilich, auch wer eine solche massenhafte Proletarisierung etwa in Afrika mit allem Zynismus, der dafür nötig ist, gut heißen wollte, sollte bedenken, dass nach Peak Oil und den Metall-Peaks, die etwa bei Kupfer auf der Tagesordnung stehen, das Kapital kaum mehr integrative Wirkung wird entfalten können wie im 19. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg.

Mit mehr als 20 Jahren Verspätung kommt nun ein Teil der Ökologiebewegung darauf, die Nachhaltigkeit kritisch zu hinterfragen. Niko Paech etwa predigt Verzicht mit Verweis auf so genannte Subsistenz (2011). Anders als in der Subsistenzperspektive der Bielefelder Feministinnen aus den 1990er Jahren (vgl. Mies/Shiva 1993) meint Paech damit aber nicht eine kollektive, solidarische und antipatriarchale Produktion jenseits von Kapital und Markt, sondern eine individualisierte, geschlechterblinde Armutsökonomie in vorgeblich regionalen Wirtschaften, die nach wie vor Teil eines Weltmarktes sein sollen.

Beide Ansätze zu einer Ökologisierung verheißen also keineswegs Gutes. Die Mär vom Grünen Wachstum nicht, weil das Wachstum des Kapitals sich von steigenden Ressourcendurchsätzen nicht entkoppeln lässt. Profit ohne Maß zählt, nicht der Respekt vor Grenzen. Die Predigt des Verzichts nicht, weil die Ursache des Kapitalwachstums nicht der Konsum der Lohnabhängigen ist, und das Ausmaß des Konsums wie des Verbrauchs durch Investitionen gar nicht ihrem Einfluss unterliegt. Der Verzicht auf Warenkonsum, selbst wenn er eine gangbare Strategie darstellte, wäre jedoch ohnehin der falsche Ansatzpunkt. Denn das Kapital lässt nicht für die Befriedigung von Bedürfnissen via Warenkonsum produzieren, sondern für den Profit. Und der entsteht gerade aus dem Teil des Gesamtprodukts, der nicht konsumiert wird.

ÖKOLOGISCHE WENDE DURCH SOZIALE GLEICHHEIT?

Ein klassisches Thema der Linken, fürwahr, führte die Gleichheit seit dem Aufstieg des Neoliberalismus doch ein Kümmerdasein. Zumeist überschattet von der nichts sagenden Gerechtigkeit, ebenso moralistisch gefärbt wie der Verzicht, wollte sich ihrer kaum eineR erinnern. Zu sehr war die Rechte damit erfolgreich gewesen, Gleichheit mit dem Verweis auf den angeblich realen Sozialismus

zu denunzieren. Gleichheit bedeutet aber nicht die Beseitigung von Diversität, sondern bezweckt gerade die Entfaltung sozialer und individueller Vielfalt. Darüber hinaus ist eine Gesellschaft der sozialen Gleichheit mit Kommandostrukturen, wie sie den realen Sozialismus prägten, unvereinbar.

Heute, am Beginn einer großen Krise epochaler Dimension, und angesichts von Massenprotesten gegen die gestiegene Ungleichheit, erinnern sich ihrer jedoch immer mehr. Und sie erhält ein noch viel schärferes, wissenschaftliches Profil, als es in den mehr intuitiv-emotional argumentierenden Bewegungen früherer Perioden der Fall gewesen ist. Soziale Gleichheit, so etwa Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009), ist der wichtigste Faktor für Gesundheit und Wohlbefinden in den reichen Industrieländern und, so bliebe anzumerken, in den armen Ländern vermutlich ein ebenso wichtiger Wohlstandsfaktor wie der Güteroutput. Dagegen ist der absolute Güteroutput zumindest in den reichen Ländern für Gesundheit und Wohlbefinden gänzlich unerheblich.

Die Angst vor Statusverlust führt zu großem Stress (Dickerson/Kemeny 2004). Nicht nur Angst davor, auch ein niedriger sozialer Status als solcher führt zu mehr Stress (Wilkinson/Pickett 2009). Beide steigen mit der sozialen Ungleichheit. Status hängt in einer kapitalistischen Gesellschaft eng mit dem Einkommen zusammen und ist vor allem über Warenkonsum für andere sichtbar. Mit wachsender Ungleichheit, ablesbar am Einkommen, steigt daher auch der Warenkonsum und damit der ökologische Schaden. Die Kfz-Dichte steigt mit wachsender Einkommensungleichheit ebenso wie die durchschnittliche Größe von Wohnungen und der Wasserverbrauch, dagegen sinken Anteil und Länge der Radfahrten (Exner i.E.) und, wie Wilkinson und Pickett zeigen, sogar das Recycling. Auch der Inlandsmaterialverbrauch korreliert mit der Einkommensungleichheit, noch stärker aber mit der Profitquote. Je größer der Anteil der Profite am Volkseinkommen, desto mehr wird in einem Land verbraucht (Ebd.).

In jeder sozial ungleichen Gesellschaft gibt es Statuskonkurrenz. Unter den Bedingungen von Marktwirtschaft ist diese Konkurrenz allseitig, wirkt permanent, bar jeglicher moralischer Tabus oder sozialer Grenzen, und bedroht sogar das wirtschaftliche Überleben. Marktwirtschaft bedeutet, dass die Konkurrenz auf einer nach oben offenen, scheinbar endlosen Statusleiter verläuft. Geld, das den gesellschaftlichen Stoffwechsel unter der Herrschaft des Kapitals vermittelt und damit zum absoluten Reichtum und ersten Statusmarker aufsteigt, unterscheidet sich von sich selbst nur quantitativ. Es macht nicht satt. Das Streben danach ist folglich unersättlich. Je größer ein Vermögen, desto massiver der Zwang, desto eher aber auch die Möglichkeit, es noch weiter zu vermehren.

Freilich gilt das nur für die Kapitalistenklasse, weshalb die innerhalb ihres Umfangs wirkende Statuskonkurrenz auch für das Kapitalwachstum von entscheidender Bedeutung ist. Die Kapitalistenklasse hat Zugriff auf die den Reichtum schaffende Potenz als solcher, menschliche Arbeitskraft. Den Lohnabhängigen dagegen ist die Akkumulation verwehrt. Die mehr oder weniger engen Grenzen ihres Konsums können sie nur kollektiv durch Umverteilung hinausschieben. Ihre Status-



»15 M Madrid«, Fernando Sagastume

konkurrenz ist daher ein Nullsummenspiel und vom Kapitalwachstum abhängig.

Kommen wir auf den Zusammenhang von Inlandsmaterialverbrauch und Lohnanteil zurück: Ganz allgemein scheint mehr Gleichheit das Verantwortungsbewusstsein und die Solidarität zu erhöhen. Gleichere Länder schneiden besser am Global Peace Index ab und geben mehr von ihrem BIP für Entwicklungshilfe aus, dafür ist der Anteil der Werbeausgaben an ihrem BIP geringer (Wilkinson/Pickett 2009, 232, 61, 228). Soziale Gleichheit ist ein Schlüssel zur Ökologisierung, die der Gesellschaft gut tut anstatt die Verheerungen des Kapitalismus auch noch in das Zeitalter der erneuerbaren Energien und Stoffe mit vielleicht noch schärferer Gewalt fortzusetzen. Ihre positiven Auswirkungen bilden einen Dreischritt, der ökologisch erst den großen Sprung nach vorne möglich macht. Erstens ist soziale Gleichheit selbst der wichtigste, das Gute Leben fördernde Faktor zumindest in den reichen Industrieländern, und in den armen Ländern vermutlich ebenso wichtig wie der Güteroutput. Im Norden, der eine starke Schrumpfung des Output vollziehen muss, um dem Süden noch physisches Wachstum (nicht aber Kapitalwachstum) zu ermöglichen und global ein Degrowth zu erlauben, kann soziale Gleichheit daher Lebensqualität verbessern trotz sinkendem Output. In einer Studie des WWF ist Kuba das einzige Land mit einem hohen Entwicklungsniveau, das die Grenzen globaler Ressourcen-

Gleichheit nicht überschreitet, gemessen am ökologischen Fußabdruck (WWF 2007, zit. in Wilkinson/Pickett 2009, 221); die Lebenserwartung ist gleich hoch wie in den USA.

Zweitens erlaubt nur soziale Gleichheit, ökologisch schädliche Statuskonkurrenz und damit den Output konsensual zu reduzieren. Damit diese Reduktion im Sinn eines Solidarischen Postwachstums realisiert werden kann, ist drittens die Kooperation zwischen den produktiven und reproduktiven Einheiten unabdingbar. Umfassende Kooperation ist mit dem Markt nicht zu vereinen. Erst in einem kooperativen Zusammenhang kann es eine bewusste Verteilung von Ressourcen geben, die einen Ausgleich der historisch durchgesetzten Ungleichheiten zwischen Nord und Süd und unterschiedlichen sozialen Schichten bewirkt.

Diese Kooperation benötigt soziale Gleichheit innerhalb der Betriebe. Sie kann nur auf genossenschaftlicher Grundlage florieren, was hier nicht die so genannte bürgerliche Rechtsform bezeichnen soll, sondern die gemeinschaftliche Kooperation im Sinne freier Assoziation, also wenn die Klassenspaltung überwunden ist. Dies nicht nur, weil die Trennung in Kapitalisten und Arbeitskraftverkäufer die Existenz einer »Marktwirtschaft« im Unterschied zu einer »Wirtschaft mit Märkten« (Polanyi 1977, 71ff) historisch begründet, die Ungleichheit der Einkommen erzeugt und als Betriebsalltag der Ungleichheit Legitimität verleiht. So hat eine Forschungsgruppe um Wolfgang Weber gezeigt, dass in demokratischen Betrieben mit weitgehender Gleichheit prosoziale Orientierungen und demokratische Einstellungen auch gegenüber der Gesellschaft, ganz im Sinn einer Solidarischen Ökonomie, stärker ausgeprägt sind als in kapitalistischen Betrieben (Weber u.a. 2009, Unterrainer u.a. 2011).

Soziale Gleichheit fördert also solidarische Beziehungen anstelle der strukturell rücksichtslosen Marktverhältnisse, in denen nur das Tauschobjekt zählt und der Mensch bloß als Vehikel gilt. Beziehungen mehren Vertrauen: die wichtigste Vorbedingung für freiwillige Kooperation. Kooperation bestärkt Gleichheit, weil sich benachteiligte Gruppen besser Gehör verschaffen – ein Tugendzirkel, der sich in allen Strukturen einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft vollzöge, bis zur kontinentalen Kooperation.

Im Kapitalismus nimmt die soziale Ungleichheit in Gestalt der Klassenspaltung, worüber sich als feine Textur die Einkommensungleichheit legt, eine zentrale Stellung ein. Das Kapital ist eben nicht ökonomistisch verkürzt zu verstehen, sondern umfasst eine Reihe von geschlechtlichen, ethnischen und anderen Hierarchisierungen, wie zum Beispiel Silvia Federici für die Geschlechterverhältnisse gezeigt hat (2004).

Herrschaftsfreiheit im Allgemeinen und die Überwindung des Kapitalverhältnisses durch Ausweitung Solidarischer Ökonomien und von Commons im Besonderen bilden den Zugang zum Postwachstum (Exner/Kratzwald 2012). In herrschaftsfreien Strukturen ist die Statuskonkurrenz stark abgeschwächt und strebt nicht mehr zum wachsenden Kommando über die Lebenszeit anderer Menschen und ihrer Produkte. Erst durch den Abbau von sozialer Ungleichheit, das heißt auch von Herrschaft, wird Postwachstum möglich: nämlich solidarisch.

Wird eine solche Gesellschaft neue Ungleichheiten mit sich bringen? Das mag sein, denn sie entsteht ja nicht am Reißbrett; sie wird erst in sozialen Kämpfen entwickelt und durchgesetzt. Historische, von Egalität geprägte Gesellschaften verfügten über wirksame Mechanismen sozialen Ausgleichs. Gleichheit wird ebenso wie Ungleichheit sozial hergestellt. Es verwundert folglich nicht, dass etwa geschlechtsegalitäre Gesellschaften durchaus partielle Ungleichheiten zeigen können, wie Ute Luig und Ilse Lenz darstellten (1995). So verstanden bedeutet Egalität also nicht unbedingt die Freiheit von jeglicher Normierung und damit gesetzten Ausschlüssen. Soziale Gleichheit in ihrem tiefsten Sinn zeigt sich dagegen gerade in ihrer Akzeptanz der Vielfalt und der Auflösung von Normierung.

Auch ist keineswegs vorauszusehen, wie weit eine Solidarische Postwachstumsökonomie historisch durchgesetzte soziale und ökologische Ungleichheiten rückgängig machen wollte oder könnte. Sie müsste dazu beispielsweise einen bedeutenden Teil der in Infrastrukturen festgelegten Metalle global umverteilen. Es hängt also davon ab, wie sich eine solche Gesellschaft konkret herstellt.

Es gibt starke Argumente, dass soziale Gleichheit eine Verabschiedung von Markt, Staat und eine so weit wie möglich gehende Auflösung von Zwangsnormierungen bedeuten muss. Dies würde einen bedingungslosen Zugang zum kulturell Lebensnotwendigen mit einbegreifen. Ohne einen solchen Zugang, den die strategisch interessante Idee des Grundeinkommens in widersprüchlicher, weil noch an die Geldform und damit an das Kapital gebundener und den Staat voraussetzender Weise thematisiert, könnte sich leicht eine Abhängigkeit von bestimmten sozialen Gruppen ergeben. Diese würde erpressbar machen, Ungleichheiten provozieren und deren Verfestigung ermöglichen.

Freilich, menschliche Voraussicht ist begrenzt, die Gesellschaft ist nicht steuerbar und eine Anpassung an neue ökologische Bedingungen häufig schon von sich aus schwierig und fehleranfällig. Gleichheit schützt sicherlich nicht vor Unwissenheit, die auch ökologische Krisen heraufbeschwören kann. Jedoch, ohne Gleichheit nützt alles Umweltwissen nichts.

LITERATUR

Dickerson, Sally S., und Margaret E. Kemeny, 2004: Acute Stressors and Cortisol Responses: A Theoretical Integration and Synthesis of Laboratory Research, in: *Psychological Bulletin*, Vol. 130, No. 3, 355-91

Exner, Andreas, Christian Lauk und Konstantin Kulterer, 2008: *Die Grenzen des Kapitalismus*, Wien

Ders. und Brigitte Kratzwald, 2012: *Solidarische Ökonomie & Commons*, Wien

Ders., i.E.: De-growth Solidarity: The Great Socio-Ecological Transformation of the 21st Century. In: Ders. u.a. (Hg.), *Land and Resource Scarcity*, London

Federici, Silvia, 2004: *Caliban and the Witch. Women, the Body and Primitive Accumulation*, New York

Luig, Ute, und Ilse Lenz (Hg.), 1995: *Frauenmacht ohne Herrschaft. Geschlechterverhältnisse in nichtpatriarchalischen Gesellschaften*, Frankfurt/M

Mies, Maria, und Vandana Shiva,1993: *Ecofeminism*, Halifax, London und New Jersey

Paech, Niko, 2011: Vom vermeintlich nachhaltigen Wachstum zur Postwachstumsokonomie. Die Wachstumsfrage als blinder Fleck innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. In: Werner Rätz u.a. (Hg.), *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*,Hamburg, 31-42

Polanyi, Karl, 1944: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M 1977

Unterrainer, Christine, et al., 2011: Structurally Anchored Organizational Democracy. Does It Reach the Employee?, *Journal of Personnel Psychology*, Vol. 10(3), 118–32

Weber, Wolfgang G., u.a., 2009: The influence of organizational democracy on employees' socio-moral climate and prosocial behavioral orientations, in: *Journal of Organizational Behavior* 30, 1127–49

Wilkinson, Richard, und Kate Pickett 2009: *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*, London

MARX GRÜN

DIE GESELLSCHAFTLICHEN NATURVERHÄLTNISSE DEMOKRATISIEREN[1]

ALEX DEMIROVIĆ

Die Ökologiebewegung und daran anschließend die grüne Partei hatten eine zentrale Kritik an der Marx'schen Theorie. Die Überlegung von Marx aus dem Vorwort von »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, wonach die Entwicklung der Produktivkräfte durch die Produktionsverhältnisse begrenzt würde, wurde so interpretiert, als wolle Marx immer weiteres Wirtschaftswachstum, immer weiteren Ausbau der technischen Beherrschung der Natur, um die natürlichen Ressourcen ohne Begrenzung aneignen zu können. Sozialismus schien in diesem Sinne zu bedeuten, dass mit der Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse die Technik sich endlich frei entfalten könnte. Dies würde zu immer weiterem Konsum führen, zu immer weiterer Vernichtung der natürlichen Umwelt und zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, die zukünftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Zwar mochte all dies zum Besten der Menschen geschehen, doch am Ende würden mit der Zerstörung der Natur auch die Menschen leiden. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Zerstörung der Natur in den staatssozialistischen Ländern keineswegs hinter dem Stand der kapitalistischen Staaten zurückgeblieben ist. Die Ursachen sind wohl dieselben: das Modell der industriell-technischen Aneignung der Natur, die nachholende Modernisierung, die Hochrüstung, die Wissenschafts- und Technikgläubigkeit. Dies diskreditierte den Sozialismus, nicht den Kapitalismus, auf den viele der staatssozialistischen Konzepte zurückgehen. Die ökologische Diskussion der 1980er Jahre konnte also durchaus den Eindruck erwecken, sie wolle Marx an Radikalität überholen. Fortschrittsgläubig und im Sinne eines sehr eng verstandenen Materialismus, demzufolge Wohlstand und Glück der Menschen von der immer besseren Güterversorgung abhänge, habe er nicht

an den Wurzeln des Industrialismus und an der wissenschaftlich-technischen Naturbeherrschung selbst angesetzt, sondern stetige Vermehrung des Reichtums angenommen, ohne die Grenzen des Planeten und die ökologischen Folgen zu bedenken. Der Traum des Kapitalismus, nämlich ungestörtes Wachstum und immerwährende Prosperität, wurde dem Sozialismus zugerechnet.

DER STUMME ZWANG DER AKKUMULATION

Die ökologisch motivierte Kritik an Marx' Theorie gab Anlass zu einer neuen Lektüre seiner Texte. Sie zeigte, dass Marx die immer weitere Unterwerfung der Natur und ihre Umwandlung in die kapitalistische Form des Reichtums ablehnte. Dabei handelte es sich bei ihm nicht um eine Frage der Tugend. Ob die Menschen gierig sind und deswegen immer reicher werden und alles in Gold und Geld verwandeln wollen, ist nicht entscheidend. Denn alles hängt von den Verhältnissen ab, unter denen die Gier die Mittel findet, sich zu entfalten, also den Zwangsgesetzen der kapitalistischen Reichtumserzeugung, welche die Kapitaleigentümer mit Notwendigkeit zu immer weiterer Akkumulation drängen. Bei Strafe ihres Untergangs müssen sie investieren, um eine immer größere Menge des Produkts immer billiger zu erzeugen. Dazu ist es notwendig, zu rationalisieren, die Leistungsabgabe der Lohnabhängigen extensiv auszudehnen und in der gegebenen Zeiteinheit zu intensivieren. Dies wird durch wirkungsvollere Maschinen, neue Produkte auf der Basis spezifisch aufbereiteter Materialien und effizienterer Energienutzung erreicht. Der Zwang zur Akkumulation, in der Sprache der Marktideologie: Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, ist also das Ergebnis der Konkurrenz von nach privaten Gesichtspunkten für den Profit produzierenden Kapitaleigentümern. Dies macht es möglich, dass auch Krankheit oder Zerstörung zu Wertschöpfungen führen und sich in Wachstumsraten abbilden. Mit Wachstum messen die Kapitaleigentümer nicht den stofflichen Reichtum oder den Wohlstand an Zeit, Bildung oder Gesundheit der Einzelnen, ihr Glück und ihre Zufriedenheit, sondern den durchschnittlichen Zuwachs an möglichem Gewinn.

Diese beschleunigte Akkumulation auf immer höherem Maßstab muss notwendig auch zu einer Erschöpfung des Bodens, der Menschen, der Umwelt und zwangsläufig auch zu ihrer Zerstörung führen. »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.« (MEW 23, 530) Marx wandte sich damit kritisch gegen die bürgerliche Ökonomie und sozialdemokratische Vorstellungen, die allein in der Arbeit die Grundlage von Reichtum sahen, und wies auf eine Tendenz innerhalb der Produktionsweise hin, auch wenn er konkrete Folgen in vielen Hinsichten nicht antizipieren konnte: Degradation der Böden, Zersiedelung, Überfischung,

Nahrungsmittel, die mit Antibiotika oder Chemikalien versehen sind und die Gesundheit schädigen, Wassermangel und mindere Qualität des Wassers, Desertifikation, Waldsterben, Klimawandel oder Verlust an Regenwald oder Biodiversität.

Marx' Überlegungen besagen das Gegenteil dessen, was aus ihnen – affirmativ oder kritisch – gemacht wurde. Der Kapitalismus hat die gesellschaftlichen Produktivkräfte und den Reichtum derart und so einseitig entfaltet, dass sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht beherrschbar sind. Es gibt eine global entfaltete gesellschaftliche Kooperation auf der Basis einer hochtechnologischen und wissenschaftlich ermöglichten Aneignung bzw. Schonung der Natur. Die Natur ist vergesellschaftet: Menschen greifen nicht mehr nur hier oder da in die Natur ein, sondern verfügen über den Planeten ebenso wie über das Leben auf ihm. Es gibt längst ein globales Wissen, das ein rationales und zukunftsfähiges Verhältnis zur Natur ermöglichen würde. Wissenschaften und Technologien sind so weit entwickelt, dass es schon lange möglich wäre, den gesamten Akkumulationsprozess anzuhalten und nach konkretem Bedarf selektiv von bestimmten Produkten oder Dienstleistungen eine bestimmte Menge zur Verfügung zu stellen. Insgesamt müsste es also kein Wachstum geben, sondern Befriedigung des Bedarfs auf einem demokratisch beschlossenen Niveau im gesellschaftlichen Verhältnis zur Natur. Auch eine demokratisch kontrollierte Absenkung des Skalenniveaus der Produktion, der Dienstleistungen oder der Konsumtion vor allem in den OECD-Staaten ist nicht nur denkbar, sondern auch sinnvoll.

Das allerdings ist gar nicht möglich, weil es die Produktions- und Eigentumsverhältnisse nicht zulassen, die auf weitere Wachstumsschübe, auf Innovation und Konkurrenzfähigkeit drängen. In der herrschenden Politik wird das Ziel einer Überwindung der Akkumulationsdynamik nicht vertreten, auch nicht in der Form einer Minderung von Wachstum. Wachstum soll ökologisch, klima- und sozialverträglich werden. Dies soll durch Transformationen auf dem Gebiet der Energie, der Urbanisierung oder der Landnutzung, durch eine Veränderung von Produktion, Konsummuster und Lebensstil ermöglicht werden. Es wird das Unmögliche versucht, nämlich ein nachhaltigkeitsorientiertes Naturverhältnis mit der Akkumulationsdynamik des Kapitals zu vereinbaren. Die Erwartung ist, dass kapitalistisches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und fossile Energie durch erneuerbare ersetzt werden könnte. Die Erfahrungen mit früheren Krisenlösungen des Kapitalismus lassen vermuten, dass diese Lösung zu einem neuen Niveau der Inwertsetzungs- und Verwertungsdynamik und einer Reproduktion der Krise auf höherer Stufenleiter führt. Würde die Grüne Ökonomie zu einem Erfolgsmodell, sich also Kapital wirklich verwerten und die Profite höher sein als in früheren Phasen der Kapitalakkumulation, dann hätte dies einen stetigen Investitions- und

Wachstumsprozess mit entsprechenden Profiten zur Folge. Zu erwarten sind paradoxe Effekte: neue Maschinen, mehr Konsum und Abfall – mehr statt weniger Naturverbrauch. Folgen für die Natur werden mit kapitalintensiven Strategien des Geoengineering und starken Veränderungen in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, zu denen auch gentechnische Eingriffe in das »Leben« gehören – z.B. Getreidesorten, die weniger Wasser benötigen –, bearbeitet.

Sollen solche negativen Effekte auf Natur und Gesellschaft vermieden werden, dann bedarf es neuer Rohstoffkreisläufe, indem Gewinne mit der Wiedergewinnung schon benutzter Rohstoffe, mit verdichteten Besiedlungsmustern, neuen Formen der Lebensmittel- oder Rohstofferzeugung gemacht werden. Ein solcher metabolismusfreundlicher Regulationsmodus der kapitalistischen Akkumulation zeichnet sich bislang nicht ab, er ist aber auch deswegen unwahrscheinlich, weil er ein globales Natur- und Ressourcenmanagement verlangen würde, in dem die Konkurrenz um einen maximal rationalen Umgang mit knappen Ressourcen stattfinden müsste.

MARX' KATEGORISCHER IMPERATIV

Grüner Sozialismus soll den Freiheitsraum für neue Formen der Entscheidung schaffen, die demokratisch sind und auf ein demokratisches gesellschaftliches Naturverhältnis zielen. Dabei geht es um mehr als die Bewahrung der Natur. Für viele schnell fortschreitende Zerstörungsprozesse kommen auch umfassende gesellschaftliche Veränderungen spät, wenn nicht zu spät. Jede emanzipatorische Lebensweise wird erst einmal Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte mit der Bewältigung der ökologischen Schäden zu tun haben, die die kapitalistischen und staatssozialistischen Modernisierungsprojekte hinterlassen haben. Über Bewahrung und Schadensbewältigung hinaus gibt es zudem den positiven Aspekt, um den Marx seinen Katalog kategorischer Imperative erweitert hat. Nicht allein sollen alle Verhältnisse überwunden werden, in denen Individuen geknechtet und entwürdigt sind; es gehöre auch zu den Aufgaben der Lebenden, die Erde den zukünftigen Generationen besser zu hinterlassen, als sie sie vorgefunden haben (MEW25, 784).

Die Entfaltung der Springquellen des Reichtums meint nicht, Natur und Arbeit immer weiter auszubeuten, sondern eine Versöhnung zwischen ihnen, zwischen der gesellschaftlichen Arbeit und der Natur herzustellen. Das bürgerliche Projekt der Aufklärung war demgegenüber beschränkt. Es ging darum, die Natur zu beherrschen, um den Menschen die Furcht vor ihrer Gewalt zu nehmen und ihre Selbsterhaltung zu sichern; die Natur soll menschlichen Zwecken unterworfen werden. Dies geschieht durch Erkenntnis ihrer Gesetzmäßigkeiten, entsprechende technische Mittel erlauben es, jene auszunutzen. Dualistisch und unversöhnt stehen sich Natur und Gesellschaft gegenüber. Die Natur erscheint in ihren Gesetzmäßigkeiten

alternativlos, sie muss unterworfen und von der Gesellschaft beherrscht werden. Letztere scheint frei von natürlichen Vorgängen und deswegen allein aus sich heraus begreifbar zu sein. Das dualistische und äußerliche Verhältnis von Natur und Gesellschaft wird von denjenigen reproduziert, die die Natur nur als ein Hindernis betrachten, das mit technischen Mitteln überwunden wird: schnelle Autos, Hochhäuser, Schönheitsoperationen. Natur kann in diesem Sinn als eine Ansammlung von Ressourcen verstanden werden, die der Mensch sich gleichsam unendlich fortschreitend erschließen, aneignen und ausbeuten darf. Allenfalls ist es ein Zeichen vorsorgender Klugheit, bei dieser Art der ausbeuterischen Naturaneignung eine mögliche Erschöpfung der Ressourcen und daraus entstehende Konflikte im Blick zu behalten sowie neue Ressourcen zu erschließen oder Substitute zu entwickeln.

Dem stellen sich Naturschützer und Ökologen entgegen. Sie wollen die Natur bewahren, die einzelnen Arten, ökologischen Systeme oder die Natur als solche verteidigen. Die Menschen und die Gesellschaft sollen die Natur respektieren, vielleicht sogar sich an natürliche Kreisläufe anpassen. Dies ist eine ambivalente Position: Auf der einen Seite wird Naturzerstörung verlangsamt oder mitunter vermieden; auf der anderen Seite kann sie anti-aufklärerisch wirken, wenn im Namen von Harmonie oder Gleichgewicht mit der Natur gefordert wird, Menschen sollten sich einer von der »Natur« bestimmten Lebensform unterordnen. Auch in diesem Fall bleibt der Gegensatz von Natur und Gesellschaft erhalten, der Naturschutz ist letztlich der Akkumulations- und Modernisierungsdynamik untergeordnet. Dies wird in besonderer Weise dort deutlich, wo Unternehmensinteressen die chirurgische Manipulation am Körper oder die gentechnische Veränderung von Lebewesen zum strategischen Objekt haben und Argumente im Namen der Integrität der Schöpfung oder des Subjekts den entsprechenden Praktiken kaum einen Sperrriegel vorzuschieben vermögen. Dass die Natur vergesellschaftet ist, dass auch die sogenannten Gesetzmäßigkeiten der Natur spezifische, historische, kollektive Praktiken der Gesellschaft sind, und dass umgekehrt Menschen sich nicht nur beherrschend auf die äußere, sondern auch auf die innere Natur beziehen, gerät dabei aus dem Blick: dass sie ihre Triebe regulieren, ihre Stimmbänder modulieren oder den Körper auf bestimmte Weise ausbilden und bewegen, von diätetischen Gewohnheiten, Krankheit, Geburt und Tod gar nicht zu sprechen. Natur und Gesellschaft sind also ineinander verschränkt, sie gehen allerdings auch nicht ineinander auf. Sie bilden ein Verhältnis, genauer: Es kommt zur Ausbildung einer Vielzahl von gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Es handelt sich nicht um *ein* globales Verhältnis *der* Gesellschaft zu *der* Natur. Vielmehr vollziehen verschiedene Produktionsweisen, verschiedene sie tragende soziale Klassen oder Geschlechter oder soziale Gruppen unterschiedliche Verhältnisse zur Natur. In diesen unterschiedlichen Verhältnissen





»15 M Madrid«,
Fernando Sagastume

konstituieren sie Natur auf verschiedene Weise (Energie, Nahrungsmittel, Zeit und Raum, Verhältnis zum eigenen Körper). Deswegen reichen Konflikte zwischen Menschen immer über diese hinaus und betreffen auch die Natur und die konkreten Verhältnisse zu ihr, Herrschaft wird als Herrschaft über Menschen und Natur ausgeübt. Doch nicht alle diese Verhältnisse lassen sich durchweg als Herrschaft begreifen, vielmehr enthalten sie auch Momente der Versöhnung.

Grüner Sozialismus zielt darauf, die Momente der Versöhnung zur Geltung zu bringen und beide Formen von Herrschaft zu überwinden. Eine Voraussetzung dafür ist, den Zwang zur Akkumulation zu überwinden. Dies beinhaltet, durch neu gestaltete gesellschaftliche Naturverhältnisse in einen neuartigen Stoffwechsel mit der Natur einzutreten, sie zu bewahren und in der Bearbeitung und Aneignung verbessert den Zukünftigen zu hinterlassen, also die Lebensweisen auf die gesellschaftlich erkannten, historisch spezifischen Grenzen der Natur umzustellen. Dass es solche Grenzen in planetarischem Maßstab gibt, ist selbst eine neue Erkenntnis und ein neues Verhältnis der globalen Gesellschaft zur Natur. Es ist umstritten, wo sie verlaufen, allerdings verlaufen die Diskussionen nicht völlig frei, denn Akteure wie Unternehmen oder Staaten haben dazu beigetragen, Erkenntnisprozesse, Diskussionen und mögliches Handeln zu blockieren. Diskussionen müssen so geführt werden, dass virtuell alle Betroffenen, die die Folgen zu tragen haben, auch an ihnen beteiligt sein können, um mit darüber zu entscheiden, was als nachhaltig und suffizient angesehen wird.

Das gemeinsame Ziel wäre eine Lebensweise, die Gleichheit auch im Verhältnis zur Natur gewährleistet.

1 | Gleichheit meint zunächst, dass Rohstoffe wie Metalle oder Nahrungsmittel nicht zu Gunsten einer und zu Lasten einer anderen Gruppe ausgebeutet werden dürfen. Neben dieser Art imperialer Ungleichheitserzeugung kommt es zu einer strukturellen Ungleichheit: Arme haben häufig keinen Zugang zu sauberem Wasser, sie sind in besonderer Weise Opfer ungesunder Lebensmittel, mangelnder Versorgung oder die Gesundheit schädigender Arbeitsbedingungen. In zeitlicher Hinsicht wird Ungleichheit erzeugt, wenn Giftmüll dort versenkt wird, wo niemand akut geschädigt wird, aber langfristige Schäden erwartet werden können.

2 | Es geht weiter um das Niveau der Gleichheit. Oftmals schaden Praktiken erst, wenn sie einen bestimmten Umfang annehmen: Gleichheit auf einem bestimmten Skalenniveau führt zu weitreichenden negativen ökologischen Folgen: die Menge der Autos, die zahlreichen Flugbewegungen, der hohe Fleischkonsum, die Vielzahl der Skiläufer. Da solche Lebensformen mit umfangreichen Kapitalinvestitionen, Ausbeutung und Gewinn verbunden sind und deswegen nur schwer nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten gelenkt werden können, bedarf es einer Um-

stellung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Die Folge kann sein, dass nach dem Gleichheitskriterium also durchaus Verzicht für eine Teilbevölkerung oder eine nachhaltige Veränderung der Präferenzen notwendig sein kann. Aber nicht in allen Hinsichten wird sich Gleichheit erzielen lassen.

Es gibt endlich positionale Güter, mit denen sich auch weiter Ungleichheit verbinden kann: die Lage eines Hauses, die Größe einer Wohnung, die unangenehmen Aspekte bestimmter Tätigkeiten; es werden weiterhin Rohstoffe benötigt, deren Aneignung die natürliche Umwelt schädigt und damit Lebensbedingungen von Individuen beeinträchtigt; das gleiche gilt für industrielle Verarbeitungsprozesse. Da sich nicht alles im Verhältnis von Menschen und Natur zugunsten einer Beseitigung von Ungleichheiten umgestalten lässt, ist entscheidend, dass Schäden so gering wie möglich gehalten werden, dass Vorkehrungen für eine Wiederherstellung getroffen werden, dass für die Individuen Alternativen möglich sind und ökologische Nachteile, von denen sie betroffen sind, nicht zu Lebensschicksalen gerinnen.

LIBERALE DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHE NATURVERHÄLTNISSE

Dies führt schließlich zum Problem der Demokratie und zu der Frage, ob der Begriff der Demokratie überhaupt sinnvoll anwendbar ist im Verhältnis zur Natur. Heute ist die Lebensweise durch den Markt vermittelt und vielfach das Ergebnis einer Diktatur von Unternehmen: Produkte werden von wenigen Professionellen für ihre gewinnorientierten Unternehmen entwickelt, von diesen produziert und vermarktet. Das Bedürfnis der Individuen spielt eine untergeordnete Rolle, auch wenn es aufwendig von der Konsum- und Marketingforschung ermittelt und immer von neuem konsumistisch angereizt wird. Entscheidend ist die zahlungsfähige Nachfrage. Der Grüne Sozialismus will nicht die Gewalt des Marktes durch den Zwang des Staates ersetzen. Diese sozialdemokratische Konzeption hat, wie der Markt, seit langem ausgedient. Die Alternative zu diesen beiden Koordinationsformen ist – obwohl ebenfalls seit langem unter dem Namen Sozialismus bekannt – bislang nur ansatzweise ausprobiert worden: die demokratisch regulierte Selbstkoordination der Individuen, also Formen, in denen sie über den Bedarf, die Produkte, die diesen Bedarf befriedigen könnten, ihre Menge, ihre Form, die Arbeitsbedingungen, unter denen sie erzeugt und verteilt werden, gemeinsam entscheiden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das Verhältnis zur Natur überhaupt demokratisiert werden kann und ob eine solche Form demokratischer Selbstkoordination vor naturzerstörerischen Folgen schützen kann?

Grüner Sozialismus stellt besondere und neue Anforderungen an die Demokratie. Dies gilt mit Blick auf die Natur ebenso wie mit Blick auf Gesellschaft und Politik. Wenn die Natur als ein äußerer Zwang gesehen wird, haben demokratische Entscheidungsprozesse sich diesen zu fügen. Wird Natur als Ressource ge-

sehen, spielt die Demokratie ebenfalls keine oder allenfalls eine indirekte Rolle dann, wenn demokratisch über Ressourcenaneignung oder -verwendung oder Errichtung von Infrastrukturen entschieden würde. Aber auch in solchen Fällen sind soziale Interessen ausschlaggebend; und es liegt nahe, dass es zu Machtbildung hinsichtlich der Beherrschung von Natur kommt.

Im gängigen liberal-demokratischen Verständnis wird kein Anspruch erhoben, Demokratie in besonderer Weise auf das Verhältnis zur Natur selbst zu erweitern und die Inwertsetzung von Natur zu verhindern. Unterstellt wird, dass Demokratie das Ergebnis eines Vertragsverhältnisses zwischen Menschen ist. Diesen Vertrag gehen sie ein, um ihre Selbsterhaltung zu sichern. Die Gesellschaft konstituiert sich als politisches Gemeinwesen, in dem alle dem Gesetz Unterworfenen virtuell dessen Autor sind. Das Gesetz regelt die Rechte der Individuen untereinander und gegenüber dem Staat; es verhindert, dass die Individuen ihre Freiheitsrechte missbrauchen und die Freiheiten anderer beschränken. Rechtsstaat und Demokratie binden auch den Staat selbst ans Recht. Diese Praxis hat weitreichende Folgen für die Konstitution eines bestimmten, herrschenden Naturverhältnisses.

1 | Obwohl Unternehmen mit Investitionen, Arbeitsplätzen, Produkten, Vertriebswegen, mit Konsumformen das Leben der Menschen wesentlich bestimmen, gelten solche die gesellschaftlichen Naturverhältnisse konstituierenden Praktiken als private Entscheidungen und Lebensformen. Demokratische Entscheidungen können allenfalls auf Rahmenbedingungen Einfluss nehmen.

2 | Unterstellt wird, dass die Reichweite der nationalstaatlichen Gesetzgebung das gesamte Verhalten der Bürger kodiert. Das ist nicht der Fall. Denn indem der Rechtsstaat die Freiheit der Eigentümer schützt, greift er in deren Lebensweise und Marktverhalten nur bedingt ein. Konsumenten veranlassen durch ihre marktvermittelte Nachfrage den Import von Lebensmitteln oder Rohstoffen. Im Kaufakt selbst müssen sie sich nur selten Rechenschaft über die Folgen ihres Tuns für Natur und Menschen ablegen.

3 | Parlamente können in die Gesellschaft nur mit Gesetzgebung, Steuern oder Subventionen eingreifen. Da ihr Zeithorizont kurz ist, können sie langfristige ökologische Folgen kaum angemessen in ihre Entscheidungen einbeziehen. Zudem unterstellt parlamentarische Demokratie, dass jede Entscheidung vom Volkssouverän durch die Bildung einer neuen Mehrheit zurückgenommen werden könnte. Das ist demokratiepolitischer Idealismus, denn *de facto* werden die Naturverhältnisse und damit irreversibel die Entscheidungsgrundlagen verändert. Folglich ginge es darum, über die Art dieser Irreversibilität selbst noch kollektiv zu entscheiden.

4 | Der Staat ist der Staat des Kapitals – nicht ausschließlich, aber seinem Gravitationsgesetz nach. Er setzt Recht und Geld dafür ein, Wissen, Technologien, Infra-

strukturen, ein herrschendes Verhältnis zum eigenen Körper, zur Gesundheit und zur Reproduktion der Gattung zu stützen, die den Zweck haben, die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zu fördern. Auf diese Weise durchdringen sich Naturverhältnisse und Verwertungsprozesse und erscheinen alternativlos.

Aufgrund dieser vier Aspekte, die die Konstitution des demokratischen Gemeinwesens, die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, ihre Reichweite und schließlich die Prozesse der Ausführung betreffen, ist von Demokratie in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit für das Verhältnis zur Natur wenig zu erwarten. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse wird deswegen eine Neufassung der Demokratie selbst erforderlich, die die liberal gezogene Grenze zwischen Politik, Wirtschaft und Natur überschreitet, um Komplexität selbst zu demokratisieren.

ZUR DEMOKRATISIERUNG GESELLSCHAFTLICHER NATURVERHÄLTNISSE

Zunächst müssen Bedarf, Technologien, Investitionen und Produktion, also die Aneignung und Bearbeitung der Natur, Verteilung und Konsumformen der Produkte mit Blick auf die Folgen für und Gestaltung von natürlicher Umwelt zum Gegenstand demokratischer Entscheidung werden. Entsprechende Verfahren müssen Entscheidungen über Technologie- und Infrastrukturpfade ebenso einschließen wie über Betriebsweise und Produkte, also ihre stofflichen, energetischen, ästhetischen und Nützlichkeitsaspekte. Wirtschaftsdemokratische Institutionen stellen ebenso wie Parlamente wesentliche Knoten in einem solchen Demokratiekomplex dar. Auch der räumlich-ökologische Zusammenhang von Entscheidungen muss berücksichtigt werden können: Auch wer in der Ferne betroffen ist, muss sich beteiligen können. Mit Blick auf die Naturaneignung oder Einrichtung von Infrastrukturen muss gesellschaftlich deutlich werden, dass es sich um allgemein relevante Entscheidungen handelt.

Auch der zeitliche Horizont von Entscheidungen muss ausgedehnt werden. Naturaneignung, -verarbeitung wie Abfallentsorgung müssen auf langfristige Gesichtspunkte umgestellt werden. Die gegenwärtigen Zukunftshorizonte umfassen zwischen 20 und 80 Jahren und sind mit hohen Unsicherheiten verbunden, durch Technologieentscheidungen wird aber vielfach über mehrere Jahrhunderte oder gar Jahrtausende entschieden. In solchen Fällen müssen Entscheidungen überhaupt zur Disposition gestellt werden können, da Reversibilität nicht gewährleistet ist. Endlich muss der Staat mit seinen abstrakt-allgemeinen Steuerungsmitteln und seinen Verwaltungsmechanismen durch an demokratische Entscheidungen gebundene und allgemein kontrollierbare Selbstverwaltungseinrichtungen ersetzt werden, die subsidiär von unten nach oben transparent Entscheidungen ausführen. Demokratie löst sich dann vom Staat und stellt eine selbstbestimmte Regelung der

Verfahren der Selbstkoordination dar. Alle nehmen an den Entscheidungen über Orte der Produktion, ihre Betriebsweise, Technik, Forschung und Entwicklung, Umfang und Formen der Produkte, Dienstleistungen, die Art und den Umfang ihrer Erbringung im Lichte ihrer Erfahrungen mit der Aneignung der Natur teil. Zu entscheiden ist, was notwendig und wie viel genug ist, was auf welche Weise verbessert werden könnte, wie viel Arbeit auf welche Weise und von wem erbracht wird. Entscheidungen werden derart getroffen, dass sie historisch und mit Blick auf das Verhältnis zur Natur nachhaltig sind, also das Ziel der Verbesserung der Erde verfolgen. Aber es handelt sich immer um Kriterien der Gegenwärtigen. Deswegen sollten die Erwartungen an die Rationalität demokratischer Entscheidungen nüchtern bleiben. Demokratische Entscheidungen können das Nicht-Wissen des Nicht-Wissens nicht außer Kraft setzen. Sie bieten allerdings möglichst Gewähr dafür, dass bestimmte Formen der Aneignung und Verwendung der Natur nicht stattfinden. Im Fall neuer Erfahrungen und Erkenntnisse können einmal getroffene Entscheidungen rückgängig gemacht oder Lebensgewohnheiten überprüft werden, auch wenn dabei Verluste hinsichtlich der schon festgelegten Ressourcen in Kauf genommen werden müssen. Da es keine vermachteten Interessen mit Erpressungspotenzial (Verfügung über Produktionsmittel, Kreditvergabe, gesetzliche und militärisch-polizeiliche Mittel) gibt und hohe Bildung bei allen besteht, sind die Hindernisse verringert. Nicht-rationale Ergebnisse von Entscheidungen sind zu erwarten – wir erleben sie auch heute, sodass sich allein die Frage nach Ausmaß der Irrationalität und dem Umgang damit stellt. Unter demokratischen Bedingungen eines Grünen Sozialismus wären in der Tendenz alle an den Entscheidungen beteiligt, sie könnten dazu beitragen, Negatives zu vermeiden, könnten Positives anregen. Aus individueller Sicherheit, Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten und der egalitären Organisation der gesellschaftlichen Arbeit führt das zu allgemeiner Wohlfahrt. Irrationale Entscheidungen und ihre Kosten sind nicht auszuschließen, aber diese Kosten tragen alle. Da dies alle wissen, würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern. Das könnten sie, weil sie nicht um ihre Existenz, ihr Leben, nicht um ihre Freiheiten und ihre Beteiligungsrechte fürchten müssten.

LITERATUR

Marx, Karl, und Friedrich Engels: Werke. Berlin/DDR 1957ff., zitiert: MEW

1 Für kritische Kommentare danke ich Ulrich Brand, Christina Kaindl, Tadzio Müller, Rainer Rilling, Thomas Sablowski und Rahel Wolff.



»Schwabinggrad Ballett – Park Fiction, Platz der unbilligen Lösungen«, Rasande Tyskar

GRÜN PLANEN: POST-FOSSILER SOZIALISMUS

ELMAR ALTVATER

DIE SOZIALISTISCHE UTOPIE UND DAS GUTE LEBEN

In der Evolution gibt es kein fixiertes Terrain. Es gibt nur Übergänge. Daher ist eine Vorstellung von einem Kapitalismus der »Welt von heute« und eines Sozialismus der »Welt von morgen« – bzw. eines Sozialismus der »Welt von gestern« – wenn wir den roten Sozialismus des »kurzen« 20. Jahrhunderts von 1917 bis 1989 vor Augen haben – wirklichkeitsfremd und geschichtsblind. Übergänge sind immer auch Verzweigungen, die erst die Offenheit der Geschichte ermöglichen und daher auch den Farbwechsel, der sich in den Sozialismuskonzepten erkennen lässt: Der Sozialismus ergrünt, ohne die rote Farbe abzuwaschen.

Nun streben Länder wie Venezuela einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« an. Ecuador und Bolivien wollen gesellschaftliche Bedingungen für das »gute Leben« (*buen vivir*) schaffen. Doch diese Prozesse sind durchaus ambivalent. Denn der Verfassungstext des *buen vivir* in Ecuador und Bolivien ist nicht gleichbedeutend

mit der Verfassungswirklichkeit des »neuen Extraktivismus« (Gudynas 2012), der, so scheint es, Übergänge in das neue, in das »gute« Leben eröffnet. Der »alte« Extraktivismus des 20. Jahrhunderts war von der Rohstoffausbeute durch transnationale Konzerne und dem »säkularen Fall« der Austauschverhältnisse von Rohstoffen und Industrieprodukten (Terms of trade) gekennzeichnet. Die Folge war, dass die Menschen in den Rohstoffländern, von den Angehörigen der »Kompradorenbourgeoisie« abgesehen, immer ärmer wurden, je mehr Reichtümer aus dem Boden geholt wurden. Dieser als »Rohstofffluch« bekannte Sachverhalt scheint sich angesichts steigender Rohstoffpreise umzukehren. Dafür sind sowohl die steigende Nachfrage nach Rohstoffen als auch das knapper werdende Angebot angesichts des *Peak-everything* (Heinberg 2007) verantwortlich. Peak-everything, das ist der Höhepunkt der Rohstoffausbeute, jenseits dessen eine Steigerung des Angebots nicht mehr möglich und das Ende der Ausbeute absehbar sind. Er verweist auf die Vergänglichkeit einer auf Ressourcenextraktion basierenden Gesellschaft.

Bislang ist es zumindest den »linken« Regierungen in Lateinamerika gelungen, die Macht der transnationalen Konzerne einzudämmen und sich und der Bevölkerung ein größeres Stück vom Kuchen der Rohstoffausbeute zu sichern. Dieser kann für soziale Projekte der ärmeren Bevölkerung verwendet werden. Mindestlöhne werden eingeführt, die Alterssicherung wird verbessert, die Schulbildung gefördert, Universitäten errichtet, Nachbarschafts- und Stadtteilgruppen werden finanziert, Genossenschaften auf dem Lande werden subventioniert, öffentliche Dienste werden wiederbelebt, privatisierte öffentliche Güter re-kommunalisiert oder nationalisiert.

Das ist nicht wenig, aber es geht über den von Raymond Williams (1989, 213ff) so bezeichneten »Sozialismus der Umverteilung«, den ein bedeutender Teil der westlichen sozialistischen Linken im 20. Jahrhundert zu ihrem Programm erhoben hatte, nicht wesentlich hinaus. Tony Judt erinnert kurz vor seinem Tod an dessen historische Bedeutung: »Die erste Aufgabe radikaler Dissidenten besteht heute darin, ihr Publikum an die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu erinnern – und über die wahrscheinlichen Folgen des leichtfertigen Eifers zu reden, mit dem wir diese Errungenschaften zerlegen. Die Linke hat, um es ganz deutlich zu sagen, etwas zu bewahren.« (Judt 2010)

Das gilt in besonderer Weise für die Natur mit ihren »Rechten«, die man ja als Begrenzungen des menschlichen Handelns interpretieren kann. Diese werden nicht genügend respektiert. Auf die Gesetze der Evolution oder die thermodynamischen Hauptsätze, auf die Mengenbeschränkungen bei erschöpflichen Ressourcen oder auf die Schwellenwerte für toxische Substanzen, auf die »planetary boundaries« (Rockström et al. 2009) nehmen Entscheider im modernen Kapitalismus – vor allem die Akteure auf den globalen Finanzmärkten – keine Rücksicht. Ja, sie dürfen dies gar nicht, weil sie die Renditeziele verfehlen würden. Das ist ein Hinweis darauf, dass die moralischen Ressourcen in einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft aufgebraucht werden und dann eine moralische Ökonomie, die sich angesichts der natürlichen und gesellschaftlichen Restriktionen selbst begrenzt – bzw. in aristotelischer Sprache: unter Beachtung von Maß und

Mitte –, errichtet werden muss. Der Übergang zu einer Gesellschaft des *buen vivir* ist daher historisch notwendig. Dessen Radikalität und daher Dramatik hat die Linke, wie Naomi Klein (2012a/2012b) schreibt, nicht immer verstanden. Die Natur kann nur erhalten werden, wenn radikale gesellschaftliche Änderungen in Angriff genommen werden. Das Überleben der Menschheit hängt davon ab.

»GRÜNER SOZIALISMUS« JENSEITS DES FOSSILISMUS

Daher ist es nicht überraschend, dass zwei Jahrzehnte nach dem »Ende der Geschichte« der Urheber dieser Parole, Francis Fukuyama, der Aussage zustimmt: »We are All Socialists Now« (in einem Interview in Spiegel-online vom 1. Februar 2012). Auch wenn der reale Sozialismus nicht mehr real ist, der reale Kapitalismus hat keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Die Finanzkrise ist außer Rand und Band, und sie ist dabei, gleich mehrere Länder in den Staatsbankrott zu treiben und die Europäische Währungsunion in einem gigantischen Kladderadatsch aufzusprengen – mit nicht absehbaren Konsequenzen für die gesamte Welt.

Dieses Endspiel des Kapitalismus, wie wir ihn in Europa kennen, kann weder fortgesetzt noch neu gestartet werden. Es ist vorbei. Das Projekt des Sozialismus des 21. Jahrhunderts hat eine historische Chance. Es muss solidarisch und demokratisch sein, und es muss eine solare, eine nachhaltige Gesellschaft mit erneuerbaren Energieträgern und reduziertem Verbrauch von Rohstoffen, von Land und Wasser sein; denn nur mit diesen Inhalten kann daraus ein hegemoniales und der Zukunft zugewandtes Projekt werden. Anders als der Sozialismus des 20. Jahrhunderts darf sich der grüne Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht den fordistischen Konsummustern und Produktionsweisen verschreiben und damit die implizite Bindung an nicht-sozialistische Standards fortsetzen. Der Zentralismus der Planung und die Verdrängung von Marktbeziehungen ins Informelle sind ebenso zu korrigieren wie der Vorrang der Investitionsgüter- vor der Konsumgüterabteilung. Das ist eine logische Folge des »halben Fordismus«, weil – wie Robin Murray hervorhebt – der Massenproduktion keine Massennachfrage entspricht.

Der ökologische Sozialismus in grünroter Farbe ist nur möglich, wenn nicht mehr möglichst hohes Wirtschaftswachstum in einem letztlich für alle Beteiligten ruinösen Systemwettbewerb angestrebt wird. Das hat Konsequenzen. Es müssen weniger Güter für Investitionen und mehr Güter für den Ge- und Verbrauch produziert werden. Die Entwicklung von Technologie und Wissenschaft ist von dieser Richtungsentscheidung betroffen. Im 20. Jahrhundert haben die kapitalistische und die sozialistische Rationalität gleichermaßen die Natur und ihre Grenzen (von Ressourcen und Schadstoffsenken) nicht wahrgenommen. Auch die sozialistische Planung änderte nichts daran, dass mit aller Motorkraft alle Prozesse beschleunigt und dabei Treibhausgase en masse emittiert werden, die den Klimawandel zur Folge haben. Doch die durch den Markt koordinierte Planung großer Konzerne im kapitalistischen Westen ist auch nicht rationaler. Denn auch wenn die großen Konzerne in großem Stil und mit all den Techniken planen, die auch in der sozialistischen Planwirtschaft Anwendung finden, bleibt diese kapitalistische Planung



Plaza Catalunya, Barcelona, im Juli 2012, Fotomovimiento

im schmalen Horizont mikroökonomischer Rationalität befangen und kann weder makroökonomische, gesellschaftliche Ziele verfolgen, noch natürliche Schranken berücksichtigen. Die Einzelunternehmen sind der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterworfen und planen daher gegeneinander, und nicht nur das: Sie planen auch gegen die Natur. Nur das »Naturkapital«, dessen Eigentümer sie geworden sind, findet Berücksichtigung, noch nicht einmal das »Naturkapital« eines konkurrierenden Eigners. Daher handelt es sich bei der Konzernplanung sehr häufig um Nullsummenspiele. Alle Beteiligten planen rational, und dennoch enden die einen auf der Verliererbank, während die anderen das Siegertreppchen emporsteigen. Wer im globalen Raum gewinnt, hat dies oft Zufällen zu verdanken. Doch durch sie wird die Entwicklungsrichtung der Zukunft bestimmt, auf spontane Weise und nicht geplant. Verlierer ist auf jeden Fall die Natur – und mit ihr diejenigen, die sich Natur nicht kaufen können. Das können zwar auch nicht die Wohlhabenden auf Erden, aber sie wiegen sich in der Illusion, als könnten sie Natur durch Geld ersetzen.

Das ist ein starkes Argument gegen eine Gesellschaft von Privateigentümern und für kollektives Eigentum und dessen rationale, also auch makroökonomisch geplante Verwendung. Die Voraussetzung dafür, dass eine kollektive Rationalität zum Zuge kommen kann, ist die kollektive Verfügung über die materiellen Bedingungen des Arbeitens und Lebens, über die Produktionsmittel. Im Sozialismus des

20. Jahrhunderts sollte dies vor allem durch staatliches Eigentum gewährleistet werden. Im Sozialismus des 21. Jahrhunderts aber ist eine größere Vielfalt von Eigentumsformen verlangt: Genossenschaftliches Eigentum, das der großen Bedeutung von Genossenschaften in Geschichte und Gegenwart Rechnung trägt, kommunales und Staatseigentrum, das die Bereitstellung von öffentlichen Gütern gewährleistet, Gemeineigentum an der Allmende, auf das weder Private noch der Staat exklusiv Zugriff nehmen können, dem daher traditionelle, indigene inkludierende Nutzungsweisen angemessen sind. Auch privates Eigentum hat in einer pluralen Ordnung des Eigentums seinen Platz. Es ist notwendig, doch muss man Regeln erlassen, damit es, in Marxens Worten, seine »zersetzende« Wirkung nicht entfalten kann.

Im Sozialismus des 21. Jahrhunderts könne eine »Planwirtschaft auf der Höhe der Zeit« (Dunkhase/Feuerstein 2006) irrationale Fehlentwicklungen verhindern. »Auf der Höhe der Zeit«, das meint hier den Einsatz leistungsfähiger Computer, mit denen die Milliarden Entscheidungen auf Arbeits- und Gütermärkten – die Finanzmärkte werden strikt reguliert und nehmen daher auf den Festplatten der Computernetzwerke nur wenig Platz ein – abgestimmt werden sollen (vgl. Cockshott/Cottrell 2006). Doch die Vorstellung, die gesellschaftliche Wirklichkeit ließe sich auf einem Computer abbilden und die erratischen Nanosekundenbewegungen der Finanzmarkttransaktionen ließen sich noch mit menschlichem Sensorium erfassen, ist absurd – und nicht nur das, sie ist für einen solaren, solidarischen und demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht angemessen. Denn es werden die vielen Ansätze solidarischen Wirtschaftens, d.h. eine wirkliche Bewegung aus den kapitalistischen Verhältnissen heraus verkannt. Es kann nicht darum gehen, die Ökonomie planerisch zu simulieren, weil dies gar nicht gelingen kann. Und wenn es gelingen sollte, bestimmt der für den Plan eingesetzte Computer Produktion und Konsumtion.

Die Entbettung wird fortgesetzt, nun nicht mehr durch den Markt, sondern mittels des Plans. Die Planung muss nicht die Ökonomie als ein Objekt der Steuerung durch eine politisch eingesetzte Steuerungsbehörde definieren, sondern davon ausgehen, dass die Ökonomie Teil der Gesellschaft ist und eine politische Aufgabe darin besteht, dass sich weder Markt noch Plan aus der Gesellschaft entbetten.
Die Planung muss also der räumlichen und zeitlichen Reichweite der produzierten und genutzten Güter angemessen sein, und sie muss auf verschiedenen Ebenen, nicht nur zentral oder gar global erfolgen. Das wäre in der Gesellschaft insgesamt wie monokulturelle Plantagen in der Landwirtschaft. Nur Dezentralisierung und Diversität in Verbindung mit notwendigen zentralen Entscheidungen sichern eine erfolgreiche Regulation und daher auch die soziale und natürliche Evolution, und Evolution ist der wichtigste Wortbestandteil im Begriff der R-evolution. Es wäre hilfreich, die Reformdebatten der 1960er Jahre in den sozialistischen Ländern aufzuarbeiten, denn manches davon ist auch heute nützlich für die Gestaltung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts: die von Liberman 1962 in der Sowjetunion ausgelöste Debatte um die Autonomie von Betrieben im System makroökonomischer Planung, die Diskussionen über das neue ökonomische

System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR, die schon vorher von Fritz Behrens und Arne Benary in der DDR der späten 1950er Jahre ausgelösten Kontroversen, die Reformdebatten in Ungarn und der Tschechoslowakei um 1968, die mit dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen am 21. August 1968 brutal abgewürgt wurden, sowie die vielen Beiträge zum Sozialismus mit Markt und Plan und Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien oder das epochale Werk von István Mészáros zu Beginn der 1990er Jahre (Mészáros 1995) über eine *Theorie der Transition*. Dieses Werk, obwohl polyhistorisch angelegt, klammert ebenso wie die meisten übrigen Beiträge zur Debatte um eine Reform des planwirtschaftlichen Systems im real existierenden Sozialismus die Naturfrage, die sich »beyond capital« dringlich stellt, fast vollständig aus. Dass nicht nur die »Planung und Leitung der Ökonomie« effizienter und demokratisch werden sollte, sondern der Sozialismus ergrünen muss, wenn er eine Zukunft »beyond capital« haben soll, ist erst im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ein Thema.

Im 20. Jahrhundert scheiterte die sozialistische Planung nicht zuletzt an der »Gewalt des Geldes«, daran, dass sich die sozialistischen Länder gegenüber dem Finanzsektor der kapitalistischen Welt verschuldet hatten. Das war zu Beginn bequem, doch um den Schuldendienst leisten zu können, mussten Devisen erwirtschaftet werden. Die Wirtschaft musste also auf kapitalistischen Märkten wettbewerbsfähig sein. Das konnte nur gelingen, wenn die realsozialistischen Länder die Arbeitsorganisation, die Technologien und Vermarktungsmethoden des Westens übernahmen. So verwandelten sie sich schon Jahre vor dem Zusammenbruch 1989 in subalterne kapitalistische Ökonomien mit sozialistischen Residuen, die nach 1989 sehr schnell beseitigt werden konnten. Auch der Sozialismus des 21. Jahrhunderts entsteht in Nachbarschaft zum modernen, d.h. finanzgetriebenen Kapitalismus. Daher ist eine der wichtigsten Aufgaben die Eindämmung des Finanzsektors durch strikte Regulierung. Sonst werden sich die vielen schmalen Rinnsale aus Genossenschaften, indigenen Gemeinschaften, alternativen Praxen niemals zu einem Projekt des Sozialismus des 21. Jahrhunderts vereinigen können und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen durch einen auf kurzfristige Spekulation getrimmten Kapitalismus Einhalt gebieten.

LITERATUR

Cockshott, Paul, und Allin Cottrell, 2006: Sozialistische Planwirtschaft ist möglich, www.dcs.gla.ac.uk/publications/PAPERS/7954/planprojektb-idx.pdf

Dunkhase, Helmut, und Dieter Feuerstein, 2006: Planwirtschaft – auf der Höhe der Zeit, in: *Junge Welt*, 10.1.2006

Gudynas, Eduardo, 2012: Buen Vivir. *Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum*, in: Rosa Luxemburg Stiftung, Reihe Analysen, März 2012, www.rosalux.de/publication/38264/buen-vivir.html

Heinberg, Richard, 2007: *Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines*, Gabriola Island

Judt, Tony, 2010: Was ist lebendig und was ist tot an der sozialen Demokratie?, in: *Berliner Republik* 2/ 2010, www.b-republik.de/archiv/was-ist-lebendig-und-was-tot-an-der-sozialen-demokratie

Klein, Naomi, 2012a: Klima vs. Kapitalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2012, 75ff

Dies., 2012b: Der neue Antihumanismus. Der Klimawandel und die politische Rechte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2012: 112ff

Massuh, Gabriéla (Hg.), 2012: *Renunciar al bien común*, Buenos Aires

Mészáros, István, 1995: *Beyond Capital. Towards a Theory of Transition*, London

Nove, Alec, o. J.: *Die sowjetische Wirtschaft*, Wiesbaden, ca. 1963

Rockström, Johan, u.a., 2009: Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity, in: *Ecology and Society* 14 (2), www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32

Williams, Raymond, 1989: *Resources of Hope. Culture, Democracy, Socialism*, London, New York

GUTES LEBEN IM GRÜNEN SOZIALISMUS

RAUL ZELIK

In den Industriegesellschaften hat sich in den letzten Jahren das Bewusstsein durchgesetzt, dass das herrschende Energie-, Konsum- und Produktionsmodell grundlegend transformiert werden muss. Eine ökologische Wende scheint konsensfähig, wenn auch nicht ausgemacht. Im Mainstream-Diskurs wird dieser Politikwechsel v.a. unter den Stichworten *Green Economy* und *Green New Deal* verhandelt. Der grundlegende Widerspruch bleibt bei dieser Debatte jedoch ausgeblendet: Kapitalakkumulation braucht Wachstum. Wo weniger produziert und konsumiert wird, wird aber auch weniger in Wert gesetzt. Der Kapitalismus verträgt sich faktisch nicht mit *De-Growth*-Strategien.

Vor diesem Hintergrund drängt sich das Konzept »grüner Sozialismus« theoretisch geradezu auf. Eine ökologische Konversion würde implizieren, dass das Naturverhältnis der Gesellschaft (und damit auch ihre Arbeitsformen, Lebensgeschwindigkeit, Konsummuster usw.) nicht länger vom Zwang zur Kapitalverwer-

tung bestimmt wird, sondern umgekehrt die Gesellschaft über ihr Naturverhältnis entscheidet – eine klassisch sozialistische Idee.

GESCHICHTSDETERMINISMUS, TECHNIKKRITIK, AGRARKOMMUNISMUS …

Doch wenn die Verbindung so nahe liegend ist, warum haben sich die realen Sozialismen – vom Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts bis zum lateinamerikanischen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« – noch immer durch eine Naturzerstörung ausgezeichnet, die der im Kapitalismus in nichts nachsteht? Ein Grund ist sicherlich, dass sich der Sozialismus ideengeschichtlich als Fortschrittsprojekt verstand, bei dem die Entwicklung der Produktivkräfte die Funktion eines Motors hatte. Der Marxismus der Zweiten Internationale und zugespitzt der Sowjetmarxismus verwandelten das Marxsche Argument, wonach die technische Entwicklung die Tür zum Kommunismus aufschlägt, indem sie die Menschheit von Mangel befreit und die fragmentierten Unterklassen zu einem sozialen Subjekt verbindet, in ein deterministisches Gesetz. Aus der Marxschen *Möglichkeit* wurde historische Mechanik: Die Produktivkraftentwicklung treibt die Gesellschaft auf den Kommunismus zu. Im Umkehrschluss bedeutete das: Da Befreiung nur auf höchstem industriellen Stand möglich ist, muss die sozialistische Gesellschaft den technisch-industriellen Sprung in nachholender Entwicklung forcieren. Die Gewalttätigkeit des Stalinismus war in diesem Zusammenhang nur folgerichtig. Immerhin war die industrielle Modernisierung nicht nur in der UdSSR, sondern auch in bürgerlichen Gesellschaften oft ein gewalttätiges, teilweise sogar terroristisches Projekt (siehe etwa Armenhäuser im 19. oder die ostasiatischen Entwicklungsdiktaturen im 20. Jahrhundert).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts formierten sich starke antideterministische Gegenbewegungen, die Entwicklungsvorstellungen und teilweise auch das Naturverhältnis zu hinterfragen begannen. Dabei überlagerten sich verschiedene Debatten: In der westeuropäischen und nordamerikanischen Linken schlug die Frankfurter Schule eine alternative Marx-Lektüre vor, in der Naturverhältnis und Kritik der instrumentellen Vernunft eine zentrale Rolle einnahmen. Die Grundlage für diesen Perspektivenwechsel legten Horkheimer und Adorno bereits in der »Dialektik der Aufklärung«, in der sie u.a. anhand des Odysseus-Mythos veranschaulichten, wie das listenreiche bürgerliche Subjekt Fortschritt als eine Erweiterung des Herrschaftswissens begreift und gleichzeitig Natur und Weiblichkeit als zu unterwerfendes »Anderes« setzt. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen kam es auch zu einer Wiederentdeckung des jungen Marx und dessen Pariser Manuskripte, in denen die Entfremdungskritik – verstanden als Entfremdung des Menschen von seinem Produkt, der Gesellschaft und der Natur – im Mittelpunkt steht.

In Südeuropa, v.a. in Italien, waren es in den frühen 1960er Jahren neue Arbeiterkämpfe, die ein theoretisches Interesse an Arbeits*organisation* und Entfremdung begründeten. Unter den süditalienischen Inlandsmigranten hatte sich eine neue politische Subjektivität entfaltet, die den gewerkschaftlichen Lohn- und Verteilungskämpfen fremd gegenüberstand und die fordistische Fabrik als solche als

Gegner betrachtete. In diesem Kontext entwickelten italienische MarxistInnen auch eine radikale Technikkritik. Das Fließband wurde als Strategie interpretiert, mit deren Hilfe das Kapital die Belegschaften ihrer Autonomie berauben und die Arbeit hierarchisch steuern kann. Das bedeutete im Umkehrschluss, dass es – anders als von Lenin postuliert – keinen sozialistischen Taylorismus[1] geben könne. Eine revolutionäre Gesellschaft müsse sich jenseits der bestehenden Technik entwickeln und die kapitalistischen Arbeits- und Lebensprozesse als solche auf den Kopf stellen.

Diese These wiederum schien sich mit den Positionen maoistischer und guevaristischer Linker im Süden zu decken (vgl. Debatte in: Bettelheim/Castro/Guevara 1969), die die Möglichkeit eines eigenständigen Wegs zum Kommunismus postulierten. Was nach Entwicklungskritik klang und von europäischen Linken auch so (miss-)verstanden wurde, war in erster Linie jedoch innerkommunistischen Strategiekonflikten geschuldet. Da der Sowjetmarxismus davon ausging, dass Entwicklungsstadien historisch determiniert sind, setzten Moskau-treue Kommunisten in der ganzen Welt auf Reformbündnisse mit nationalen Entwicklungsbourgeoisien. Damit gerieten sie in Konflikt zu dem maoistischen und guevaristischen Revolutionsmodell, das den Aufbau von Guerillagruppen propagierte und von der Möglichkeit überzeugt war, die bürgerliche Phase überspringen zu können. Der Maoismus formulierte in Abgrenzung zum großindustriell strukturierten Sowjetmarxismus die Notwendigkeit eines eigenen, stärker bäuerlich geprägten kommunistischen Wegs.

DAS PRIMAT DER POLITIK UND DER IRRSINN DER IDEOLOGIE

Die verschiedenen Ansätze der Technik- und Modernismuskritik mündeten nicht minder in der Sackgasse als der traditionsmarxistische Technikfetischismus. In der europäischen und nordamerikanischen Neuen Linken gewannen anthropologische Vorstellungen von »Ursprünglichkeit« die Oberhand, die – vom bürgerlichen Diskurs des »freien Wilden« kaum zu unterscheiden – die Subsistenzformen von Indigenen, Dorfgemeinschaften, Roma etc. idealisierten und bruchlos an die Esoterik anschlussfähig waren.

Noch dramatischer verlief die Geschichte des Maoismus. Auch wenn es diesem nie um ein alternatives Naturverhältnis, sondern um eine Veränderung der Beziehungen von Stadt und Land sowie von Kopf- und Handarbeit gegangen war, illustriert seine Geschichte doch, was geschehen kann, wenn auf ideologischer Grundlage alternative Entwicklungswege definiert werden. So versuchten die Revolutionsführer im maoistischen China und im Kambodscha der Roten Khmer, die kapitalistische Moderne durch eigene Fortschrittsparadigmen zu ersetzen. In China bspw. propagierte man während des »Großen Sprungs nach vorn« (1958–1961) die Möglichkeit einer dezentralen, nicht-fordistischen Entwicklung, ließ Stahl in Hinterhof-Öfen kochen und stellte die landwirtschaftlichen Anbaumethoden radikal um. Die Kampagne war ein völliges Fiasko und zog schwere Hungersnöte nach sich. Noch drastischer war die Entwicklung in Kambodscha: Hier führte der Kampf gegen die hierarchische Trennung von Kopf- und Handarbeit zur Zwangsumsiedlung

der Stadtbevölkerung und zu einer wahren Hexenjagd auf Intellektuelle. Das Primat der Politik schlug in offenen Terror um.

Betrachtet man diese Entwicklung von Fortschritts- und Modernismuskritik, so wird nachvollziehbarer, warum deutsche Linke – prominent Dath (2008) oder Dath/Kirchner (2012) – inzwischen wieder ungebrochen technikfreundlich argumentieren. In »Implex« insistieren Dath und Kirchner auf der Marxschen Unterscheidung zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, sprich zwischen technischer Innovation und gesellschaftlichen Verhältnissen. Simpel ausgedrückt: Nicht die Pharmatechnik ist das Problem, sondern ihre profitorientierte Aneignung durch das Kapital.

Doch die neoleninistische Volte beantwortet die Frage, in welchem Verhältnis Technik, Entwicklung, Herrschaft und Emanzipation denn nun eigentlich stehen, nicht wirklich. Was bei Antibiotika noch einleuchten mag (allein dass es sie gibt, ist ein gewaltiger emanzipatorischer Fortschritt), wird beim Thema Gentechnik schon komplizierter. Es gibt eben durchaus Wissen, das *strukturell*, also auch jenseits der profitorientierten Aneignung, Herrschaftswissen ist.



Plaza Catalunya, Barcelona, im Juli 2012, Fotomovimiento

FORTSCHRITT OHNE ENTWICKLUNG?

Was hat die Modernismuskritik nun aber mit dem grünen Sozialismus zu tun? Meine These wäre, dass eines der zentralen Probleme des Staatssozialismus (ebenso wie des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«) darin bestand, dass er kein eigenes Entwicklungsmodell (vielleicht auch Nicht-Entwicklungs-Modell) hervorbrachte. Der Sowjetmarxismus kopierte das kapitalistische Akkumulationsmodell einschließlich dessen energetischer Basis, Konsumverständnis, tayloristischer Arbeitsorganisation und utilitaristisches Naturverhältnis. Andererseits scheiterten aber auch die Versuche, sich aus dieser Umklammerung zu befreien. Die neulinke Entfremdungskritik postulierte, zumindest implizit, einen Begriff der »Eigentlichkeit«, der eine vermeintlich menschliche Natur zum Ausgangspunkt nahm: Wenn die Verhältnisse »entfremdet« sind, dann muss es auch einen »Naturzustand« geben, zu dem es zurückzukehren gilt. Die Experimente hingegen, auf ideologischer Grundlage alternative Entwicklungsvorstellungen zu formulieren, mündeten – wie im Maoismus – in voluntaristischem Erziehungsterror.

Wo also neu ansetzen? Zunächst einmal scheint mir der Marxsche Entwicklungsoptimismus doppelt widerlegt. Die in der technischen Entwicklung angelegte Möglichkeit der Emanzipation (in Daths/Kirchners Worten: »des sozialen Fortschritts«) ist geringer als von Marx erhofft. Wissensfortschritt bedeutet unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen eben doch v.a. eine Intensivierung von Herrschaft. Zum anderen, und dieses Argument wiegt vielleicht noch schwerer, stellt sich die Frage, ob es jenen Überfluss, der für Marx das Ende der Ökonomie und damit die Grundlage des Kommunismus einläuten sollte, überhaupt geben kann. Die natürliche Begrenztheit des Planeten Erde impliziert, dass stoffliche Güter nicht endlos zur Verfügung stehen können.[2]

Wenn man davon ausgeht, dass *Communismus* eine Aneignungsbewegung ist, in der die Gesellschaft dafür sorgt, dass Arbeitsformen, Lebensgeschwindigkeit, Konsummuster und Naturverhältnis nicht länger vom Zwang zur Kapitalverwertung, sondern in demokratischer Übereinkunft bestimmt werden, dann steht der grüne Communismus vor einem begrifflichen Problem: Die technische Entwicklung hat den Überfluss, den Reichtum für alle, arbeitstechnisch möglich gemacht; die Begrenztheit der Natur jedoch wirft uns auf die ökonomische Frage »Was brauchen wir und zu welchem Preis?« wieder zurück.

In den Verfassungen Ecuadors und Boliviens ist in den vergangenen Jahren ein alternativer Wohlstandsbegriff verankert worden. Als Antwort auf das ökonomisch-alternativlose Enteignungsregime des Neoliberalismus haben sich soziale Bewegungen auf das »gute Leben« (*sumak kawsay*) besonnen, wie es von indigenen Gemeinschaften propagiert wird (vgl. Larrea 2010). Der ecuadorianische Indígena-Aktivist Floresmilo Simbaña (2012, vgl. Prada 2012) definiert den Begriff folgendermaßen: 1) Reziprozität (Sozialbeziehungen, die nicht auf Tausch, aber doch auf ausgleichender Wechselseitigkeit beruhen), 2) Gemein(schafts-) eigentum, 3) die Verbindung mit der Natur (im Gegensatz zur Trennung von Mensch und Natur im modernen Denken), 4) soziale Verantwortung, 5) Konsens in den Gemeinschaften.

In der Realität der linksregierten Länder Lateinamerikas spielen diese alternativen Parameter keine echte Rolle. Trotz der ökosozialistischen Rhetorik ist das rohstoffzentrierte, weltmarktorientierte Akkumulationsmodell in Ecuador, Bolivien und Venezuela im letzten Jahrzehnt sogar weiter vertieft worden (CEPAL 2012, 97). Zudem hat der Begriff des *sumak kawsay* auch konzeptionelle Probleme: Er argumentiert auf der Grundlage traditioneller Gemeinschaften, die erstens auch nicht widerspruchsfrei sind und die es zweitens jenseits der ruralen Welt kaum noch gibt.

Trotzdem scheint es mir erfolgversprechend, die Debatte um den grünen Sozialismus mit diesem, aus einer ganz anderen Denktradition stammenden Konzept kurzzuschließen. Denn das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischer Fortschrittsbegeisterung und antiimperialer Modernisierungs- und Entwicklungskritik wird sich nicht einfach auflösen. Es ist beides richtig: Marx hatte Recht, wenn er ganz in der Tradition der Aufklärung behauptete, dass gesellschaftliches Wissen überhaupt erst die Befreiung von Mangel und Unmündigkeit ermöglicht. Es stimmt aber eben auch, was

antikoloniale Bewegungen und Intellektuelle im Süden (wie z.B. Escobar 2007) betonen: dass nämlich der Entwicklungsdiskurs selbst Teil des imperialen Herrschaftsparadigmas ist. Die Vorstellung, Gesellschaften *müssten* tradierte Formen und Lebensvorstellungen überwinden, ist selbst schon Teil neokolonialer Herrschaft.

Die Herausforderung für einen grünen Sozialismus lautet, eigenständige Ziele von Arbeit, Kooperation und Ökonomie zu formulieren. Wir sollten uns dabei allerdings daran erinnern, zu welchem Horror das »Primat der Politik« in der Lage ist. Der Maoismus war ja nicht nur deswegen schrecklich, weil er autoritär war, sondern auch weil er den Kommunismus jenseits der stofflichen und sozialen Realität aus dem puren Willen zur »Andersheit« begründen wollte.

Wenn man akzeptiert, dass Sozialismus ein radikaldemokratisches Vorhaben ist, dann wird auch klar, welche gewaltigen Konfliktpotenziale die demokratische Verständigung über dieses Projekt birgt. Der Widerspruch zwischen der sozialistischen Forderung nach größerer materieller Teilhabe und dem ökologischen Verständnis, dass sich der stoffliche Konsum der wohlhabenden 30 Prozent der Weltbevölkerung verringern muss, liegt auf der Hand. Dass unsere Lebens- und Kulturvorstellungen von kapitalistischen Verwertungszwängen geformt sind und gerade den stofflichen Konsum als Ausdruck von Lebensqualität begreifen, macht die Sache nicht einfacher. Der grüne Sozialismus wird also radikal unterschiedliche Sprachen, Wissensarten und Perspektiven zusammenbringen müssen. Eine einfache Synthese, in der sich die Widersprüche dialektisch aufheben lassen, wird es nicht geben. Auch das ist Teil der Herausforderung: lernen, die Koexistenz unterschiedlicher Logiken in einem gesellschaftlichen Projekt zuzulassen. Wir wollen Reichtum für alle, aber weniger Konsum. Technische Innovation, aber eben auch die Freiheit, tradierte gemeinschaftliche Lebensformen beizubehalten. Stete Veränderung, aber ohne Entwicklung. Das mag widersprüchlich sein, ein Hybrid – aber mit Sicherheit realistischer als Kapitalismus ohne Wachstum, als globale Inwertsetzung ohne Naturzerstörung.

LITERATUR

Bettelheim, Charles, Fidel Castro, Ernesto Guevara u.a., 1969: *Wertgesetz, Planung und Bewusstsein – Die Planungsdebatte in Cuba,* Frankfurt/M

Binswanger, Hans-Christoph, 2006: Die Wachstumsspirale, Marburg

CEPAL, 2012: *Transformación del Estado para el Desarollo,* Santiago, Chile

Dath, Dietmar, 2008: *Maschinenwinter*, Frankfurt/M

Ders., und Barbara Kirchner, 2012: *Der Implex*, Berlin

Escobar, Arturo, 2007: *La invención del Tercer Mundo,* Caracas

Larrea, Anna Maria, 2010: *»Buen vivir« als gegenhegemonialer Prozess,* in: *LuXemburg* 2/2010, 62ff

Prada, Raúl, 2012: El vivir bien como alternativa civilizatoria: Modelo de Estado y modelo económico, in: M. Lang u. D. Mokrani (Hg.): *Más allá del Desarrollo*, Fundación Rosa Luxemburg, Quito

Roesler, Jörg, 2010: *Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal,* in: Supplement Sozialismus 9/2010, Hamburg

Simbaña, Floresmilo, 2012: El sumak kawsay como proyecto político, in: M. Lang u. D. Mokrani (Hg.): *Más allá del Desarrollo*, Quito

1 Als Fordismus wird ein auf Massenproduktion und -konsum beruhendes Akkumulationsmodell bezeichnet. Der Begriff Taylorismus beschreibt eine Arbeitsorganisation, in der Handlungen und Bewegungen der Belegschaft »wissenschaftlich-effizient« gestaltet werden.

2 Michel Bauwens, Theoretiker der freien Software-Bewegung formuliert die These, dass die Ökonomie deshalb perspektivisch in zwei Teile zerfällt. In der digitalen und Wissenswelt werde sich, so Bauwens, das Prinzip des Teilens durchsetzen; Märkte erfüllten hier ökonomisch keine Funktion mehr. Was die stoffliche Welt angehe, müsse die Gesellschaft hingegen eine Form entwickeln, mit der Begrenztheit von Gütern umzugehen. Diese ökonomische Form müsse wachstumslos, d.h. nicht-kapitalistisch sein.

DIE LINKE UND DIE NATURFRAGE

GESPRÄCH MIT DIETER KLEIN UND WOLFGANG METHLING

LuXemburg: Es hat in der Geschichte der Linken immer eine umkämpfte und bekämpfte Debatte zur »Naturfrage« gegeben. Warum war das eine so komplizierte und lange Auseinandersetzung?

Dieter Klein: Ich glaube, für die längste Zeit kapitalistischer Entwicklung gilt, dass insbesondere für die Lohnabhängigen die sozialen Fragen die größten Sorgen bereitet haben. Sie waren Hauptgegenstand der Kämpfe um Löhne, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Versorgung. Im Verhältnis dazu traten der Qualm der Fabriken, der Verbleib der Abwässer und des Abfalls und der rücksichtslose Umgang mit den Ressourcen nahezu zwangsläufig zurück. Die Prioritäten der Linken haben das immer widergespiegelt. Das hatte eine bestimmte Rationalität.

Und dann befand sich der Staatssozialismus, der überwiegend in Ländern mit starkem ökonomischen Rückstand und niedrigem Lebensstandard begann und zeitweilig siegte, von vornherein in einer Aufholjagd um ein Mehr an

Produktionszuwachs und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Große Teile der Bevölkerung waren fixiert auf westliche Lebensstandards, die auf Mehrheiten erstrebenswert wirkten. Diese Jagd nahm rasch die Gestalt eines »koste es, was es wolle« an – zu diesen Kosten gehörte die Umweltzerstörung. Ich erinnere mich, dass Ulbricht zur Vorbereitung des 8. Parteitags der SED 1971 einer Arbeitsgruppe auf den Weg gab zu klären, wie es zu schaffen sei, 1980 hinsichtlich der Arbeitsproduktivität in der Spitzengruppe der Welt zu sein. Das war damals die zentrale, alles andere überlagernde Frage. Die Linke heute hat es mit einem System zu tun, in dem Entscheidungen durch das Diktat der Profitdominanz in aller Regel kurzfristig angelegt sind und Wahlzyklen weite Horizonte nicht honorieren; der Charakter der Umweltprobleme verlangt genau das Gegenteil. Die ökologischen Prozesse sind nicht so unmittelbar überschaubar, da ihre Wirkungen sehr vermittelt sind.

Wolfgang Methling: Ich kam von der Tierhygiene, das ist der Teil der veterinärmedizinischen Wissenschaft, der sich mit der Wirkung der Umwelt auf die Tiergesundheit und -leistung befasst. Auch hier war die Sicht auf die Umwelt zunächst von der Frage beherrscht »Was nützt uns das? Wie können wir Leistungen erhöhen und dafür die Gesundheit stabilisieren?« Die Frage nach der Bewahrung der »Gesundheit der Natur« war in diesen Jahren sekundär, obwohl man das wissenschaftlich komplex (die Ökologie als Haushaltswissenschaft) betrachtet hat. Mit der Zeit habe ich immer mehr die ökologische mit der hygienischen Frage verbunden und nach Wirkungen des Menschen auf die Umwelt und umgekehrt gefragt. In der DDR spielte die ökologische Frage aber keine Rolle, wenn es um die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« ging. Ein Agrarwirtschaftler und Sozialreformer wie Johann Heinrich von Thünen etwa diente nicht als Vorbild einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Zugleich waren wir kurioserweise weiter als im Westen, was die Notwendigkeit der Entwicklung staatlicher Strukturen und der Gesetzgebung angeht. Wir hatten früher ein Umweltministerium, eine vorbildliche Umweltgesetzgebung – mit dem Landeskulturgesetz gleichsam ein Umweltgesetzbuch, was es heute in der Bundesrepublik noch nicht gibt. Doch das »koste es, was es wolle« war dominant. Der technische Umweltschutz wurde vernachlässigt und in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde deutlich, dass es so nicht weitergeht.

DK: Die Opposition in der DDR artikulierte dagegen Umweltprobleme weit stärker. Heute sind es vor allem Milieus der Mitte, auch der Intellektuellen, die ökologische Fragen auch in ihrer materiellen Bedeutung reflektieren, während die linken Parteien sich stark an Schichten in prekären Lagen orientieren. Sie nehmen die ökologischen Fragen zwar programmatisch auf – in der Realität der Politik aber rutscht dies zu oft wieder weg. Ihre Aufnahmefähigkeit für Impulse aus sozial und ökologisch verantwortlich denkenden Schichten und Milieus ist immer noch zu gering.

»Sozialistische Politik, die nicht ökologisch ist, ist keine sozialistische Politik«

WM: Das traf in gewisser Weise auch auf die DDR zu – langfristige Konzeptionen zur Bearbeitung ökologischer Fragen gab es nicht. Ich bin daher sehr froh, dass doch auch Schluss-

folgerungen daraus gezogen wurden und grundsätzlich unbestritten ist, dass eine linke Partei diesen »ökologischen Zweig« verinnerlichen muss – sonst kann es keine sozialistische Politik geben. Sozialistische Politik, die nicht ökologisch ist, ist keine sozialistische Politik. Auf den ersten Parteitagen hatten wir eine Losung: »Sozial – solidarisch – ökologisch«. Das ist später etwas untergegangen. Warum war das so? Wir hatten auch in der PDS letztlich eine andere Prioritätensetzung, und natürlich spielt dabei nicht nur die wenig ausgeprägte wissenschaftliche und ideologische Tradition eine Rolle, sondern auch, ob die führenden Leute in der Partei oder etwa die wissenschaftlichen Einrichtungen das verinnerlicht hatten. Auch aktuell gibt es die Problematik – wir stehen in der programmatischen und politischen Vorbereitung der Bundestagswahl, die Frage ist, ob der sozialökologische Umbau eine zentrale Rolle spielen soll. Und ich merke, dass es dagegen Widerstand gibt nach der Devise »Dafür werden wir nicht gewählt«. Wenn wir das so betreiben, werden wir für gar nichts mehr gewählt. Die Zentralität der ökologischen Frage, die dankenswerterweise im Programm verankert ist, erfordert auch eine zentrale Antwort! Das ist nicht beiläufig. Man kann dieses Profil nicht von heute auf morgen entwickeln, aber man muss es wollen, sonst ist man weg vom Fenster.

»Fortschritte und gravierende Rückfälle«

DK: Ich erinnere mich an den Gründungsparteitag der PDS 1989. Ich habe das programmatische Referat gehalten. Wir hatten bei der Vorbereitung einen gewissen Vorlauf durch das Projekt »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität (vgl. Kirschner 2009), eine theoretische Vorstellung. Aber wir hatten auch Waschkörbe! Es wurden ganze Waschkörbe von Briefen, Papieren, Positionen, Ausarbeitungen angeschleppt, und es stellte sich heraus, dass auch die SED-Mitglieder in hohem Maße die ökologische Frage reflektierten. So kam es, dass der zweite Punkt der fünf programmatischen Punkte, die wir vorschlugen, lautete: »[...] der andere, nicht vom Monopolprofit und nicht vom Machtmonopol der Partei bestimmte Weg ist ein solcher, in dem die Wiederherstellung und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts, der solidarische Umgang mit der Natur auch im Interesse unserer Kinder und Kindeskinder ein erstrangiges Gewicht haben. [...] Entsprechend zentral, und das ist neu für unser Land, muss die Aufmerksamkeit für die Umweltpolitik in unserer Programmatik und Gesamtpolitik sein. Das ist ein zentrales Problem für die Wirtschaftsreform, für die Wirtschaftspolitik, aber auch für das öffentliche Problembewusstsein. [...] Allgemeiner, unsere gesamte Konsumtions- und Lebensweise ist auf ihre Vernunft hin in öffentlicher Diskussion gründlich zu prüfen.« (Hornbogen u.a. 1999) Es gab in der Folge eine Reihe von programmatischen Ausarbeitungen (etwa den »Kommentar« zur PDS-Programmatik (Brie u.a. 1997); wir waren immer etwas weiter, als es die Führung dann umsetzte. Das erste Kapitel behandelte die demokratische Frage und das zweite den sozialökologischen Umbau der Bundesrepublik. Im August 1999 gab es Gregor Gysis »12 Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus«, in denen die Umweltproblematik als zentrale für eine moderne linke Partei bestimmt wurde. Dann gab es Rückfälle.

Ein Beispiel war 2003 die Verabschiedung der »Agenda Sozial« durch den Parteivorstand – in diesem Papier gab es keinen einzigen Satz zu Umwelt und Ökologie. Oder bei der Eröffnung des politischen Jahrs 2012 gab es drei Hauptreferate, in denen die ökologische Problematik überhaupt nicht auftauchte (Politisches Jahr 2012). Jetzt dreht sich das etwas – das erste größere konzeptionelle Papier »Plan B« aus der Bundestagsfraktion hat einen ganz anderen Atem (die LINKE im Bundestag, 2012). Es bricht mit der Auffassung, dass eine Behandlung der grünen Frage letztendlich nur den Grünen zugute käme.

»Keine Alleinstellungsmerkmale linker Politik in der Ökologie?«

WM: Das wäre nur dann so, wenn es keine Alleinstellungsmerkmale linker Politik in der Ökologie gäbe. Aber wir verbinden die Zielsetzungen ökologischer Politik mit den Politikfeldern, die entscheidend sind für die konsequente Realisierung dieser Zielsetzungen: mit Eigentum, der Demokratie, Frieden. Der letzte Parteitag hatte einen anderen Fokus, keine/r der SpitzenkandidatInnen hat diese Problematik deutlich aufgenommen. Aber ich denke, dass wir diese Thematik verstetigen können, wie dies Bernd Riexinger in seinem Schlusswort getan hat. Programmatisch ist uns dieser grüne Faden im roten Programm besser und besser gelungen. Das hat auch mit der Arbeit der Luxemburg-Stiftung, mit der ökologischen Plattform, der Bundesarbeitsgemeinschaft, den Umweltpolitikern und vielen anderen zu tun. Wir sind oft in den ersten Runden in den Vorständen gescheitert, aber auf den Parteitagen haben wir uns dann durchgesetzt. In der politischen Praxis wurde es freilich nur selektiv umgesetzt und bei den oftmals zitierten »roten Linien« spielte das Ökologische keine Rolle.

DK: Wir haben uns bemüht danach zu fragen, welche ganz wenigen zentralen Leitideen für jedes Feld linker Politik gelten müssten: gerechte Umverteilung (die ökologische Problematik ist in hohem Maße eine Umverteilungsproblematik), sozialökologischer Umbau, demokratische Umgestaltung und umfassende internationale Solidarität – die »vier U« haben wir dies genannt (vgl. www.rosalux.de/publication/38491/alternativen-4u.html). Die LINKE muss ihren Zeithorizont erweitern und nicht nur darauf achten, was kurzfristig Punkte bringt. Es ist ein gravierender Fehler, Tagesfragen nicht mit den strategischen Fragen zu verbinden.

WM: Ein Alleinstellungsmerkmal ist es, Gleichheit und Gerechtigkeit ins Spiel zu bringen: des Zugangs, der Reichtumsverteilung, der Einkommens- und Steuerpolitik, des Eigentums. Eine grundlegende sozialökologische Veränderung der Mobilität ist ohne eine ebensolche Veränderung der Eigentumsverhältnisse nicht möglich. Dazu gehört auch, öffentliches Eigentum im ökologischen Sinne zu nutzen, ob es sich um die »Deutsche Bahn« oder um Kommunaleigentum handelt. Dazu gehören Dezentralität und regionale Ressourcen, durch die Teilhabe in der Region gesichert wird. Linke Umweltpolitik muss Spielräume für solche Akteure öffnen und den Kampf um solche Spielräume unterstützen. Sicherlich muss man beim Versuch solcher Einbeziehung auch vorsichtig sein, aber man kann gute Beispiele setzen, die weitere Perspektiven eröffnen – vielleicht das, was man »Transformation« oder

»Merkmale sozialistischer Politik im Kapitalismus« nennen könnte (vgl. *LuXemburg* 1/2012).

»Die Verbindung von ökologischem Umbau und dem Öffentlichen«

DK: Die Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft war immer eine Doppelbewegung zwischen der Profitdominanz und dem Versuch und der Praxis einer sozialen, ökologischen, demokratischen »Bändigung« des Kapitalismus – und in dieser Bewegung steckt die Möglichkeit eines Zweiten, eines den Kapitalismus Transformierenden und Transzendierenden, eines Stücks Sozialismus. Es kommt darauf an, diese Tendenz zu unterstützen und zu verhindern, dass sie in die bestehenden Herrschaftsmechanismen integriert wird. Sie muss offen gehalten werden für nächste Schritte und den Weg aus dem Kapitalismus hinaus. Das ist gleichsam das Hineinholen der radikal verändernden »Großen Transformation« (Polnanyi) in die gegenwärtige innerkapitalistische Transformation. Das gilt auch für die Umweltbewegung und -politik. Zu entwickeln oder zu unterstützen gilt, was sich prinzipiell heraushebt aus dem Kapitalismus und ganz anders ist als das, was die Grünen oder die SPD in aller Regel machen. Man bewegt sich in der Gesellschaft – über sie hinaus. Aktuell in Thüringen ist das der politische Ansatz der LINKEN, gemeinsam mit der kommunalen Energiebeteiligungsgesellschaft Thüringen AG, den Stadtwerken und anderen Akteuren zu versuchen, die Eigentumsverhältnisse zu verschieben, weg vom Mehrheitseigentümer EON. Das bedeutet, dass ein Netz in der Perspektive nicht mehr den Profitmaximen ausgesetzt wäre wie heute, Quersubventionierungen sind möglich, und die öffentliche Daseinsvorsorge kann öffentlicher und sozialer gemacht werden. Ich glaube überhaupt, dass die Verbindung von ökologischem Umbau und dem Öffentlichen (also sowohl dem Eigentum an energiepolitisch relevanten Unternehmen und etwa Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen als auch öffentliche Räume oder öffentliche Beteiligungsverfahren) etwas ganz Zentrales für eine linke, strategisch operierende Umweltpolitik ist. Nicht zuletzt, um Umweltpolitik angstfrei zu machen. Das Öffentliche zu betonen, ist aber nicht das Geschäft der SPD, der Grünen, schon gar nicht der CDU/CSU oder der FDP. Es ist gut, dass der neue »Plan B« aus der Bundestagsfraktion genau diese Verbindung zwischen Ökologischem und Öffentlichem stark macht.

WM: Wie kann man heute solche Beispiele setzen? Grundsätzlich hat die LINKE hier Anerkennung von Umweltverbänden, Initiativen etc. gewonnen – aber es gibt zu viel Papier und zu wenig Projekte. Und: es hat keinen Sinn, wenn Kommunen Anteile an Eigentum erwerben (oder Rekommunalisierungen finanzieren), aber ihre Energie- und Eigentumspolitik nicht in eine soziale, ökologische und demokratische Richtung ändern. Kommunal und regional gibt es sicher Beispiele für Dinge, die bleiben, die sozusagen nachhaltig sind. Etwa in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Energiepolitik das Exempel Energiedörfer oder die Agenda 21 des Bundeslandes als Beispiel dafür, dass es letztlich gelang, auch das Wirtschaftsressort oder das Innenressort oder das Finanzresort einzubeziehen. Oder die Schaffung der Akademie für Nachhaltige Entwicklung.

»Grüner Sozialismus – ist der Begriff taktisch klug?«

LuX: Zum Abschluss: Als Linke und als Partei reden wir bei bestimmten Gelegenheiten vom »Sozialismus«. Dann gibt es noch die Rede vom »demokratischen Sozialismus«, in unserem Zusammenhang (Stichwort PDS, Die LINKE) zu einem konkreten, historischen Zeitpunkt entstanden, der ganz offenbar in diese terminologische Richtung drängte. Nun könnte man sagen: Die Bedeutung der Umweltfrage ist – unabhängig von der eingangs skizzierten auch stark konjunkturellen Anrufung der Umweltfrage in der ausgehenden DDR und der neuen PDS – mittlerweile weitaus gewichtiger als noch vor einem Vierteljahrhundert, und das ist weitaus mehr Menschen klar als damals. Auch in der Linken und der LINKEN. Weshalb es sinnvoll sein könnte, zu diesem »demokratischen Sozialismus« auch noch das Wort »grün« hinzuzunehmen, um diese Veränderung politisch aufzugreifen.

DK: Oft wird der Begriff Sozialismus vorwiegend als Kennzeichnung einer ganz anderen Gesellschaft nach dem Kapitalismus verstanden, von vielen noch dazu mit der Erinnerung an den gescheiterten Staatssozialismus. Da würde das Hinzufügen des Wörtleins »grün« nicht viel helfen. Ganz anders, wenn »Grüner Sozialismus« als Prozess verstanden wird, als demokratische Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Gegenwärtigen für die soziale Bewahrung der Natur, als machbare Veränderungen – die sich noch weitertreiben lassen.

WM: Ob der Begriff taktisch klug ist? Diese Debatte gab es auch bei der Namensgebung des Projekts »Plan B« – die Rede von einem grünen Projekt kann Sympathie erwecken, aber auch das Gegenteil bewirken. Immerhin gibt für nicht wenige der Begriff »Ökosozialismus« wenig Anreiz. Sicherlich geht es um die Einbringung des Themas in die Schwerpunktsetzungen der Politik für die kommenden Wahlen. Neben der Energiepolitik ist auch die Ökologisierung der Mobilität und des Wohnungswesens ein Schlüssel für eine linke Zukunftspolitik, die Soziales und Ökologisches verbindet. Aber zentral ist für mich eine Politik, die einlädt zum selbstbestimmten Handeln. Dabei das Öffentliche herauszuheben, ist ein wichtiger Punkt – weshalb seine Aufnahme in das »120-Tage-Programm« der neuen Parteiführung sehr zu begrüßen ist. Es gibt viele Leute, die das sympathisch finden.

LITERATUR

Brie, André, u.a., 1997: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus: Ein Kommentar*, Berlin

Die LINKE im Bundestag, 2012: Plan B. Das rote Projekt für einen sozialökologischen Umbau, Berlin, https://www.plan-b-mitmachen.de

Eröffnung des Politischen Jahrs 2012, www.youtube.com/playlist?list=PL414CC36F7AA393E8&feature=view_all

Hornbogen, Lothar, u.a. (Hg.), 1999: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin

Kirschner, Lutz, u.a., 2009: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Bericht_SED-Reformdiskurs.pdf

Polanyi, Karl, [1944] 1978: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M

Wolfgang Methling war 1998 bis 2006 Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern und ist seit 2007 im Bundesvorstand der Partei die LINKE. Er ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie und Verkehr Der Linken.

Dieter Klein, Ökonom, ist Fellow und Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ÖKOSOZIALISMUS

EINE PARTEILICHE GESCHICHTE

FRIEDER OTTO WOLF

Geologen sprechen davon, dass die Menschheit gleichsam aus eigener Kraft in ein neues erdgeschichtliches Zeitalter eingetreten ist – in das »Anthropozän«: Das charakteristische Merkmal ist nicht etwa, dass die Menschheit jetzt endlich »die Natur beherrscht«, sondern vielmehr, dass ihre Handlungen erdgeschichtliche Konsequenzen entfalten, die nicht länger von »der Natur«, also von Ökosystemen der planetaren Biosphäre stillschweigend kompensiert, regional bzw. lokal begrenzt oder abgefedert und ausgehalten werden können. Der Beginn des neuen Zeitalters wird häufig auf die »industrielle Revolution«, also die weltweite Durchsetzung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, datiert.[1]

Die menschlichen Herrschaftsverhältnisse – mit der besonders »dynamisierenden« Rolle des Kapitalverhältnisses –, wirken breit und über vielfältige Mechanismen. Dieses neue Zeitalter konfrontiert alle menschlichen Gesellschaften mit neuen Anforderungen – und aus sozialistischer Perspektive schafft es

eine neue Begründung für die Notwendigkeit, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden: Die Herstellung eines verantwortlichen, sich der Begrenztheit menschlicher Kontrolle über die biosphärischen Prozesse bewussten und daher auch »fehlerfreundlichen« Umgangs mit biosphärischen und planetaren Ressourcen.

Derlei verantwortlicher Umgang ist – wie die Geschichte der globalen Nachhaltigkeitspolitik seit Rio 1992 deutlich zeigt – auf der Grundlage der »planlosen Planung«, wie sie Wirtschaft und Politik unter der Herrschaft des Kapitals prägt, erfahrungsgemäß nicht möglich. Einen grün-sozialistischen Übergang durchzusetzen ist langfristig die einzig redliche Antwort auf die Herausforderungen des neuen erdgeschichtlichen Zeitalters.

Diese Einsicht muss innerhalb der »Menge der Vielen« durchsetzungsfähige Trägerkonstellationen zunächst für eine Abwehr der dringendsten Gefahren und dann zunehmend für einen künftigen grün-sozialistischen Übergangsprozess auf dem gegenwärtigen Stand der Produktivkraft- bzw. der damit untrennbar verknüpften Destruktivkraftentwicklung der Menschheit finden, verdichten, vernetzen und mit aufbauen.

GESCHICHTE DES ÖKOSOZIALISMUS[2]

Als deutlich geworden war, dass weder die Krise des »westlichen« Fordismus noch die des »östlichen« Realsozialismus zu einer wirklich sozialistischen Alternative drängten, wurde fraglich, ob die Herausforderungen mit »sozialistischer Übergang« bzw. »sozialistische Transformation« noch hinreichend formuliert werden konnten.

Umweltkrisen und die historische Sackgasse des »Atomzeitalters« drängten dazu, die Ökologie als das Fehlende in den unterschiedlichen Sozialismus-Konzeptionen zu sehen – wobei »Ökologie« auch so weit gefasst wurde, dass feministische, anti-rassistische, antiimperiale und radikal-demokratische Anliegen »mit gemeint« sein sollten. »Ökosozialismus« wurde auf diese Weise zum umkämpften Begriff einer ganzen Reihe von Ansätzen und Strömungen – zunächst im deutschen und französischen Sprachraum, dann auch auf der iberischen Halbinsel, in Italien und Griechenland und im angelsächsischen Sprachraum. Ein erstes »ökosozialistisches Manifest«[3] hat dann Ende der 1980er Jahre von Frankreich, Deutschland und England aus diese erste Phase der Debatte zusammenzufassen versucht.

Der zentrale Mangel dieser Debatte bestand darin, dass sie die eigenständige Materialität und Widersprüchlichkeit der unterschiedlichen mit der Kapitalherrschaft verbundenen Herrschaftsverhältnisse nicht ausreichend analysierte und in ihrem »Anti-Kapitalismus« weitgehend theoretisch schwach blieb und sich meist mit den in der kommunistischen Arbeiterbewegung entwickelten Vereinfachungen der Imperialismus- und Kapitalismus-Analyse zufrieden gab. Auch die mechanische Übertragung der maoistischen »Nebenwiderspruchsdebatte« (die auf das Verhältnis von bäuerlichen und proletarischen Kämpfen gezielt hatte) sowie der trotzkistischen Debatte über »Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit« (in der es um internationale Differenzen zwischen unterschiedlichen Gesellschaften gegangen war) auf das Verhältnis der unterschiedlichen

Dimensionen von Herrschaftsverhältnissen waren wenig hilfreich. Das führte dazu, dass einerseits eine pragmatische Verflachung einsetzte – vor allem im Zuge der Integration von Trägern ökosozialistischer Positionen durch die deutschen, französischen und englischen Grünen[4] –, während sich andererseits sektiererische Zuspitzungen durchgesetzt haben, deren Umsetzung in wirkliche Politik blockiert blieb. Auch dieser Versuch, aus der Krise des Fordismus heraus den Weg zu einem neu bestimmten sozialistischen Übergang zu finden und durchzusetzen, scheiterte letztlich daran, dass es den ihn tragenden Kräften weder gelungen ist, eine hinreichende Einheit der linken Kräfte auf erneuerter Grundlage zu schaffen, noch den gewalttätigen und zugleich »innovativen« Gegeninitiativen der Herrschenden wirksam entgegenzutreten.

Mit dem Scheitern der Transformationsversuche aus der Krise des Fordismus heraus, der Durchsetzung und dem Aufstieg des neoliberalen Politikmodells und der abrupten Beendigung des Realsozialismus traten die ökosozialistischen Ansätze zunächst völlig in den Hintergrund. Vor allem in den USA und der anglophonen Weltöffentlichkeit entfaltete sich jedoch eine bedeutende ökosozialistische Debatte getragen etwa von Jim O'Connor und der von ihm begründeten Zeitschrift *Capitalism, Nature, Socialism*, auch von John Bellamy Foster und Paul Burkett. International bedeutend wurden vor allem die feministischen Versuche, sozialistische Radikalität mit feministischer Analyse zu verbinden, für die exemplarisch die Engländerin Mary Mellor und die Australierin Ariel Salleh stehen. Erst nachdem die Widersprüche neoliberaler Politik global erfahren wurden, entfaltete sich um Michael Löwy und Joel Kovel herum eine ernsthafte ökosozialistische Diskussion mit gesellschaftspolitisch eingreifender Intention.[5] Mit globaler Unterstützung wurde ein ökosozialistisches Manifest vorgelegt; der beeindruckende gedankliche Reichtum konnte noch keine politischen Initiativen ergreifen oder mittragen.

Woran hat es gelegen, dass diese Aktualität des Ökosozialismus bis heute bestenfalls virtuell geblieben ist? *Erstens* hat die Linke insgesamt immer noch ein unzureichendes Verständnis von der Dynamik und Gewalt der Kapitalherrschaft und unterschätzt daher die Schwierigkeit, ihr von unten eine wirksame »Einheit in den Kämpfen« entgegenzustellen und offensiv zu wenden. Das galt auch für die Vertreter ökosozialistischer Positionen. *Zweitens* hat sich die nach-fordistische Linke eine falsche Alternative aufreden lassen: entweder an der Marxschen Kritik der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise festzuhalten oder aber andere gesellschaftliche Bewegungen gegen Herrschaftsstrukturen als solche anzuerkennen und als notwendige Verbündete für eine Überwindung der Kapitalherrschaft in konkreten historischen Gesellschaftsformationen zu begreifen. Diese Alternative muss zurückgewiesen werden – beides ist dringend erforderlich, um eine emanzipativ transformatorische gesellschaftliche Kraft aufzubauen.

STRATEGISCHE KONSTELLATIONEN

In der aktuellen Krise muss – global – eine Strategie entwickelt und umgesetzt werden, mit der die sozialistische Überwindung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise mit der feministischen Überwindung modernisierter

patriarchalischer Herrschaftsstrukturen, mit der antirassistischen und antiimperialen Überwindung internationaler Abhängigkeitsverhältnisse und mit der radikalökologischen Durchsetzung eines verantwortlichen und pro-ökologischen Umgangs mit der Rolle der Menschheit im Anthropozän verbunden wird.

Diese Aufgabe reicht bis in die Basisstrukturen der Gesellschaften, muss also von wirklichen sozialen Bewegungen in Angriff genommen werden, bevor sie intellektuell artikuliert, zivilgesellschaftlich organisiert, parteipolitisch zugespitzt und durch Staatsgewalt in ihrer breiten Umsetzung ermöglicht werden kann.

Zentrale Kriterien für derartige Vorstöße und Eingriffe sind *zum einen* ihr möglicher Beitrag zur Überwindung der tiefer liegenden Krisen – der Kapitalakkumulation, des Metabolismus der Menschheit als erdgeschichtlicher Kraft, der herrschaftlichen Prägungen von Geschlechter- und Generationenverhältnissen und der imperialen Prägungen der globalen Konstellation von Staaten und Staatenverbündeten; *zum anderen* ihre mögliche Rolle in der Entfaltung der demokratischen Handlungsfähigkeit der unterschiedlichen »Mengen der Vielen« (*multitudo*). In der gegenwärtigen »großen Krise« ist ein grün-sozialistisches Projekt durch die umkämpften Versuche eines weitreichenden »Umbaus von oben« herausgefordert, durch den die herrschenden Eliten »alles zu verändern« suchen, damit »alles so bleiben« kann. Dagegen sind sozialökologische Umbauprojekte zu propagieren und zu verankern – in deren Erkämpfung schrittweise die Konstellation von Akteuren aufgebaut werden kann, die einen ökosozialistischen Übergangsprozess einleiten können.[6]

Das geht weit über Koalitionsdebatten hinaus. Auch ein bewegungsoffenes »Cross-over« unterschiedlicher linker Parteien wird nicht ausreichen, um die notwendige Kräftekonstellation aufzubauen. Wir brauchen eine Debatte über die Strategien eines grün-sozialistischen Transformationsprojekts als Ergebnis von vielfältigen Kämpfen gewerkschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und parteipolitischer Kräfte. Ein Projekt, das dem »passiven« Transformationsprojekt der Herrschenden den Durchbruch zu einer radikal demokratischen Transformation von unten abringen kann, das den Akkumulationszwang des Kapitals – und die wachsende Belastung der planetaren Ökosysteme – wird brechen müssen, um eine ganz neue gemeinsame gesellschaftliche Perspektive auf ein gutes Leben entfalten zu können.

---

1 Simon Dalby (Anthropocene Geopolitics: Globalisation, Empire, Environment and Critique, in: *Geography Compass* 1/1 [2007]: 103–18, 111–4: »*6 Anthropocene geographies*«) hat die von Paul Crutzen in Gang gebrachte Debatte kritisch kontextualisiert, aber die hier vertretene Grundthese verstärkt.

2 Meine eigenen Stationen im Zusammenhang von Ökologie und Sozialismus in Stichworten: Die Kasseler »Sozialistische Konferenz« 1980, die Gründung der »Modernen Zeiten« 1981, Trampert und Ebermanns »Zukunft der Grünen« 1983, das erwähnte »ökosozialistische Manifest« der Gruppe um Pierre Juquin. Vgl. Frieder Otto Wolf, 1994: »Ökosozialismus als politische Perspektive«, in: Richard Faber (Hg.), Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg.

3 In Deutschland veröffentlicht als »Eine grüne Alternative für Europa«, Hamburg 1990. Parallele Veröffentlichungen auf Portugiesisch, Baskisch, Kastilisch, Katalanisch, sowie 1995 auf Englisch. Zuerst auf Französisch verfasst (veröffentlicht Paris 1989) von dem aus der PCF ausgetretenen »Erneuerer« Pierre Juquin.

4 Vgl. Frieder Otto Wolf, *Socialist Register* 2006, dt. 2007: »Lehren aus dem grünen Parteibildungsprojekt«, in: *Sozialistische Hefte 14*, 16–27.

5 Vgl. Frieder Otto Wolf in *ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 536 v. 20.2.2009.

6 Vgl. Frieder Otto Wolf, Judith Dellheim, Lutz Brangsch und Joachim Spangenberg, 2012: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin.

GESPRÄCH ÜBER GRÜNEN SOZIALISMUS

VERMESSUNG EINES DISKURSIVEN RAUMS

FABIAN DEUS, ANNA-LENA DIESSELMANN, LUISA FISCHER UND CLEMENS KNOBLOCH

Es treten auf:
Die idealistische Ökosozialistin (IÖK)
Die sozialpolitische und skeptische Realistin (SKR)
Die Zynikerin (ZYN)

IÖK: Klimawandel, Ressourcenübernutzung, Biosphäre – gesellschaftliche Naturverhältnisse sind ein Menschheitsthema, vielleicht *das* Menschheitsthema der kommenden Jahrzehnte. Wenn wir in die Vorhand kommen wollen, müssen wir klar machen, dass Menschheitsthemen *unsere* Themen sind, dass keines dieser Probleme im neoliberalen Kapitalismus gelöst werden kann.
SKR: Alle Parteien reden von Ökothemen, Ökothemen sind absolut zustimmungspflichtig, preiswerter Konsens, billiger geht's nicht. Warum sollten wir uns kopfüber auf ein Spielfeld stürzen, auf dem alle anderen sich schon über die Füße stolpern? Warum beackern wir nicht besser *unser* Spielfeld, das die anderen Parteien fluchtartig geräumt haben: Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit?
ZYN: Warum eigentlich nicht auch den Sozialismus begrünen? Nötig hätte er's. Wo doch hier alles schon so schön grün ist, vom Achtzylinder über die Energiekonzerne und sämtliche Volksparteien bis hin zur Export-

wirtschaft. *Greenwashing* allenthalben. Und der Sozialismus braucht's besonders dringend, weil seine Ökofassade ziemlich grau und schmuddelig aussieht. Bitterfeld, die sowjetischen Atom-U-Boot-Friedhöfe im Eismeer und …

SKR: Habt ihr das Lehrstück von der diskursiven Bändigung der »grünen Gefahr« aus den 1980er und 90er Jahren schon vergessen?

ZYN: Bei den Grünen gab's in der Anfangsphase mehr Sozialisten als heute bei der LINKEN… Inzwischen sind sie die perfekten Moralpartner der kühlen Kapitalverwertung, die mit »Biosprit« genau so gerne verdient wie mit Waffenhandel. Und Angela Merkel wird für den »Atomausstieg« gefeiert, DAS Thema, das die Grünen stark gemacht hat.

SKR: Zuerst kam die hysterische Ausgrenzung der grünen Störer. Holger Börner, damals SPD-Ministerpräsident in Hessen, wollte den Grünen mit der Dachlatte zu Leibe rücken. Als man merkte, dass Ökologie von rechts bis links populär war, kam die viel effektivere Umarmung. Geboren war eine neue Konsensfiktion mit einem Thema, das allen gehört und darum von den Stärksten bewirtschaftet werden kann. Von heute auf morgen wurde alles Öko.

IÖK: Und was lernen wir daraus? Doch wohl nicht, dass Sozialisten dieses Menschheitsthema einfach liegen lassen sollen?

SKR: Nein, aber diskursiv bleibt vom grünen Sozialismus nur der Sozialismus. »Grün« kann weggekürzt werden, weil es überall steht. Widersprüchlich ist der Versuch einer Außenseiterpartei, von dem zu profitieren, was für die hegemonialen Mitspieler konsenspflichtig ist. Die Nachricht lautet dann: »Wir wollen auch mitspielen« – und das ist ein Zeichen von Schwäche, das den Machtprofis nicht entgehen wird.

IÖK: Okay, das heißt aber nur: Wenn grüner Sozialismus, dann nur so, dass die Mitte aufheult! Kein Eingemeinden der gängigen Moral-, Verzichts- und Prestigethemen, sondern Ökologie als Kapitalismuskritik. Eigentumsformen, Kapitallogik, Selbstorganisation und Gegenwehr der Betroffenen. Das Grün des grünen Sozialismus wäre eine andere Farbe als das Grün des Mehrheitsdiskurses.

ZYN: Solche Feinheiten der politischen Farbenlehre begeistern das Publikum…

IÖK: Eben darum ist der grüne Sozialismus unentbehrlich. Kein Ende der Naturzerstörung ohne ein Ende der Kapitallogik. Hegemonial wird, wer zu allen großen Themen etwas zu bieten hat – und wer zeigen kann, wie die großen Themen zusammenhängen.

SKR: Den Kapitalismus schaffen wir nicht ab – jedenfalls nicht in nächster Zukunft –, aber grüne Ideen können jetzt schon verankert werden. Mit den besseren Ideen zu grünen Themen können wir sogar das Projekt Sozialismus bewerben. Eine linke Strategie muss darin bestehen, die tendenziell progressiven Ansätze einer linken Ökologie in die bestehenden Verhältnisse zu implementieren.

ZYN: Vom grünen Sozialismus sprechen tut nur Not, wenn sich die Sprecherin nicht traut, vom Sozialismus selbst zu sprechen. Einschränkende Adjektive sind immer defensiv.

IÖK: Geht vom Sozialismus reden überhaupt, ohne das kapitalistische Verhältnis von Mensch und Natur infrage zu stellen? Ist demnach Sozialismus nicht immer grün, bzw. muss er nicht ökologisch sein? *Nachhaltigkeit bedarf deshalb einer neuen Art von Sozialismus.*

An die Stelle immer sinnloseren und zerstörerischen Wachstums, das sich aus der kapitalistischen Konkurrenz ergibt, muss bewusste Planung dessen treten, was, wie viel und wie wir produzieren wollen.

ZYN: Ach wirklich? Darum steht wohl der ökologische Teil des Parteiprogramms der LINKEN unter dem schamhaft-anmaßenden Titel »Die Zentralität der ökologischen Frage« wahrhaftig an zentraler Stelle gut versteckt: als zehnter Unterpunkt des zweiten Kapitels. Da heißt es dann: *Der Kapitalismus wird sozialen Bedürfnissen, ökonomischen Herausforderungen und ökologischen Lösungen nicht gerecht. Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre basierte vor allem auf der Nutzung fossiler Energieträger, zunächst der Kohle und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von Erdöl und Erdgas.* Das klingt, als seien die Energieträger schuld. Ihr wollt den Sozialismus mit dem Attribut der Nachhaltigkeit bewerben? Dann willkommen auf dem nächsten Glatteis!

IÖK: Die Parole vom grünen Sozialismus könnte vermitteln, was viele Ökologen schon wissen: Umsichtige und nachhaltige Naturaneignung braucht neue Formen des Eigentums für Gemeingüter. Zu Marx' Zeiten galt die Natur als eine nicht ausschöpfbare Ressource…

ZYN: Jetzt kommt bestimmt gleich der berühmte Kalenderspruch aus dem »Kapital«, mit dem der arme Marx immer als Protoökologe ausgewiesen werden soll: von der *kapitalistischen Produktion*, die nur läuft, *indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.*

IÖK: … der Kapitalismus hat sie, Schritt für Schritt, in Wert gesetzt. Wenn jemand Grund hat, über neue Organisationsformen von Gemeinwirtschaft nachzudenken, dann die Linken und die Sozialisten. Warum hört man so wenig von der sozialistischen Linken in den Debatten um die *commons*, um die Bewirtschaftung von Gemeingütern, um neue Formen der kollektiven Verwaltung von natürlichen Ressourcen und menschheitlichen Grundbedürfnissen wie Wasser, fossiler Energie, Biodiversität? Ist Eigentum an Produktionsmitteln nicht der heiße Kern des sozialistischen Programms? Und gerade da passt der Sozialismus gegenwärtig und erklärt sich für unzuständig!

SKR: Die *Commons*-Bewegung ist das Gegenteil von Sozialismus. Sie ist Naturlyrik und idealistische Weltverbesserung. Die wundersamen »Märkte« werden sie, wenn es darauf ankommt, ebenso zügig verschlingen, wie sie aus den selbstausbeuterischen Bioläden der 80er Jahre Kleinkonzerne gemacht haben, die von billiger osteuropäischer Arbeitskraft leben und das Biolabel vermarkten. Das diskursive Kapital der *Commons*-Kämpfer ist ihr frischer Idealismus, und der ist – mit Verlaub – der einzige nachwachsende Rohstoff der kapitalistischen Landnahmewirtschaft – vom Silicon Valley über die Berliner Kreativwirtschaft bis zum Green New Deal.

ZYN: Ganz meine Meinung! Wenn *Commons*-Aktivisten eine aufgelassene Streuobstwiese in gemeinsame Bewirtschaftung nehmen, dann macht das bestenfalls eine nette Medienstory. 60 Prozent der Menschheit leben in Großstädten und sind mit der Aussicht auf die erneuerte kollektive Subsistenzwirtschaft, aus der moderne *Land Grabber* ihre Eltern soeben vertrieben haben, kaum zu locken.

IÖK und SKR im Chor: Aber die brasilianische Landlosenbewegung!

ZYN: … ist vor Ort ein revolutionäres Projekt, das jede Unterstützung verdient. Aber in den sogenannten entwickelten Ländern sind es kaum 2 bis 4 Prozent der Bevölkerung, die in und von der Landwirtschaft leben.
IÖK: Ihr habt ’nen Knall! Die *Commons*-Bewegung mag zwar mit ihrer großen moralischen Erzählung von den Gemeingütern der Menschheit naiv und idealistisch sein. Aber sie ist die einzige politische Kraft, die der neoliberalen Landnahme im Bereich öffentlich organisierter Angelegenheiten – von Bildung über Umwelt und Gesundheit bis hin zu kommunalen Dienstleistungen – überhaupt etwas mit programmatischem Anspruch entgegensetzt. Wenn es eine Parole gibt, die gegen neoliberale Privatisierungsobsessionen punkten kann, dann die der neuen und alten Gemeingüter, die es zu schützen und auszuweiten gilt. Und dass hinter dieser Parole Naturressourcen *und* soziale Errungenschaften marschieren, ist ihr großer Vorzug. In Zukunft wird alles Grüne sozialistisch und alles Sozialistische in diesem Sinne grün sein (müssen).
ZYN: Ach so! Jetzt liegt man sich in den Armen, weil man plötzlich entdeckt hat, dass Sozialismus und Ökologie eigentlich genau dasselbe sind. So kann man es sich auch bequem machen…
IÖK und SKR im Chor: Im Gegenteil. Ökologisch bewusste Politik kann natürlich auch heute ganz praktisch angegangen werden, dafür gibt es viele Beispiele, ganz ohne Verzichtspredigten und ohne Einschränkung der Demokratie.
[IÖK, SKR und ZYN schauen sich einen Moment erleichtert und dann doch wieder befremdet an …]
IÖK: Die zumindest im linken Spektrum starke Wachstumskritik bietet aktuell eine Möglichkeit, den Diskurs sowohl in Richtung Sozialismus als auch in Richtung Begrünung zu beeinflussen. Insbesondere zugunsten der LINKEN, denn die Grünen scheinen davon beseelt, den Kapitalismus mit Naturfragen in Einklang bringen zu wollen. Die Frage muss also lauten: Was wollen wir produzieren und was nicht? Und wie?
SKR: Wachstum bedeutet für die Kapitalisten zuerst, dass Geld zu mehr Geld werden muss. Das ist eine praktische Sache und hervorragend geeignet, Rechtfertigung und Allheilmittel für alle möglichen Krisen zu werden. Wachstum, und sei es eins mit grünem Mäntelchen, ist zum letzten Hochwertwort des Systems geworden.
IÖK: Aber während im hegemonialen Diskurs Wachstum als universaler Heilsbringer gilt, wird auch die Kritik an der Fokussierung auf unbedingte wirtschaftliche Zunahme lauter. Diese Stimmen sollten bei der Begrünung des Sozialismus nicht ignoriert werden.
SKR: Jetzt seien wir doch mal ganz realistisch. Es gibt bei uns drei Spielarten von resonanter, massenwirksamer Öko-Ideologie. Die erste lautet: Prestigekonsum, d.h. Bioladen, Elektroauto, Niedrigenergiehaus, Nase hoch und gleichzeitig gerümpft über die armen Schlucker, die abgepacktes Gemüse bei Aldi/Lidl kaufen (müssen) und in schlecht isolierten Mietwohnungen hausen. Hier ist Öko allein eine Frage der Kaufkraft und sozial-reputative Abgrenzung nach unten. Die zweite Spielart hat ihren Kern bei neoasketischen Verzichts- und Vereinfachungspredigern, die im härenen Gewand der Wachstumskritik darüber schimpfen, dass

niemand mehr selbst Kartoffeln anpflanzen und Schränke schreinern kann. Auch das ist – zu Recht – kein breitenwirksam verkäufliches Weltbild. Vorkapitalistische Ideale taugen nicht für nachkapitalistische Zeiten. Und die dritte ist …

IÖK: Halt! Das ist mir zu einfach. Nur politische Geisterfahrer bestreiten, dass Klima, Ressourcenschutz, Umwelt auch für eine gerechtere Gesellschaft Großprobleme wären, die sich nicht einfach wie Morgennebel auflösen, wenn es ein bisschen mehr Verteilungsgerechtigkeit gibt. Dass der Kapitalismus auf diese Probleme kapitalistisch reagiert, ist banal – und kein Argument für vornehme Zurückhaltung in Sachen grüner Sozialismus. Ganz im Gegenteil – hier müssen wir alternative Lebensstile aufzeigen.

SKR: … und die dritte Spielart entspringt einem grün eingefärbten Marktvertrauen, für das sich mit Umweltthemen vor allem die Hoffnung verbindet, dass in verkrustete ökonomische Strukturen wieder Bewegung kommt. Diese Spielart ist der beste Freund des Emissionsrechtehandels, des Ökostroms, der ohne Subventionen auskommt, und der Konsumenten, die sich alle zwei Jahre ein neues, aber spritsparendes Auto kaufen. Alle drei Spielarten der Ökoideologie sind nicht nur kompatibel mit dem hegemonialen Sachzwangkapitalismus, sie ergänzen ihn ganz wunderbar. Wo bleibt nun also das diskursive Einfallstor, das dem Sozialismus aus der politischen Nische heraushilft?

IÖK: Der moralische Treibstoff der Ökologiebewegung ist universalistisch und weltweit verbindend: die gemeinsame Verantwortung für globale Gemeingüter und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Dass die LINKE öffentlich bloß mit dem nationalen Sozialstaat identifiziert wird, ist doch wohl Teil des Problems.

SKR: Von den »Grenzen des Wachstums« über das »Waldsterben« bis zur »Klimakatastrophe« sind alle großen Ökothemen alarmistische Angstmacher. *Immer wieder ist es fünf vor zwölf.* Sie erzeugen ein menschheitliches Wir-Gefühl durch gemeinsam geteilte Bedrohung – und lähmen es zugleich. Zum gemeinsamen Handeln ist die Bedrohung immer mindestens eine Nummer zu groß. Und außerdem ist der drohende Kollaps seit Jahrzehnten unser ganz normaler Medienbegleiter. Endzeitstimmung lähmt – und legitimiert die Absenkung sozialer und demokratischer Normalitätsstandards. Und dabei willst du mitmachen?

IÖK: Wie willst du denn im dritten Jahrtausend einen Sozialismus unter die Leute bringen, der zum drohenden Kollaps aller gesellschaftlichen Naturverhältnisse vornehm schweigt? Oder hat es nichts mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu tun, wenn der globale Durst nach »Bio«-Treibstoffen (im Verein mit der blühenden Spekulation auf die Preise von Nahrungsmitteln) Millionen mit Hunger bedroht? Ist es nicht offensichtlich, dass globale ökologische Fragen längst auch in die kleinste Frage lokaler Sozial- und Gerechtigkeitspolitik hineinreichen? Und das willst du einfach aussitzen? Na dann: gute Nacht! Sozialistische Programme müssen grün werden, wenn sie rot bleiben wollen…

SKR: … und rot bleiben, wenn sie grün werden wollen.

ZYN (nörgelnd): Höre ich da nicht schon wieder das harmonieselige Lied vom »guten Leben« im Einklang mit dem neuen Rechtssubjekt »Natur«? Die »gute« Natur mit ihren vermeint-

lichen Gleichgewichten ist ebenso unsere Projektion wie die »böse«, rücksichtslose, ausbeuterische, auf den Kampf aller gegen alle gestellte Natur. Im Einklang mit der Natur lebt auch der zynische *Bioliberale, der das Marktgeschehen von Angebot und Nachfrage mit dem evolutionären Selektionsdruck unter Pflanzen und Tieren verwechselt*. Die Natur ist als Gewährsmann für alle politischen Programme zu haben. Sie ist käuflich...

SKR: Wenn grüne Themen nur in Katastrophenabwehr bestünden, dann könnten sie definitiv kein linkes, emanzipatorisches Programm sein. Müsste nicht die Linke grüne Themen aus der Defensive locken, um sie zu linken Themen zu machen?

IÖK: Der alte Sozialismus war attraktiv, weil er die unendliche Fortsetzung der Naturausbeutung versprach – nur eben im langfristigen Interesse der Allgemeinheit. Einen neuen Sozialismus wird's nur geben, wenn wir glaubhaft umsteuern und die Produktivkräfte nicht nur aus dem Zwang zur kurzfristigen Plusmacherei befreien, sondern sie auch den Zielen eines dauerhaften Naturverhältnisses weltweit unterordnen: dezentrale erneuerbare Energien, Ressourcenschonung, Klimaschutz. Konservativ ist jede Umwälzung darin, dass sie den herrschenden Automatismus unterbricht. Und der verkoppelt Kapitalverwertung und Naturzerstörung!

ZYN: Früher haben die Sozialisten von der großen Industrie und der zentralen Planung geschwärmt und wollten alles weitertreiben, heute wollen sie alles stoppen und dezentralisieren. Und damit wollt ihr punkten? Nach dem »Zurück zum Sozialstaat!« jetzt auch noch das »Zurück zum kleinen Schrebergartenglück«? Vorwärts ist gewiss auch keine Richtung, aber zurück?

IÖK: Die grüne Rede mag defensiv sein (oder gar konservativ), die grüne Praxis wird es nicht bleiben können. *Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts war im Wesentlichen fossil, der des 21. Jahrhunderts kann nur mit Hilfe von Photo- und Thermovoltaik, Wasserkraft, Wind- und Wellenenergie, Biomasse gelingen. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird also solar, also ökologisch sein – wie umgekehrt auch Ökologen ihren Zielen nur näher kommen, wenn sie sozialistisch sind.* Solidarische Ökonomie und nachhaltige Naturverhältnisse gehen nur zusammen ...

ZYN: unter ...

IÖK: ... und im Kleinen wie im Großen gehen sie nur gegen Markt und Kapitalexpansion. Stabile Naturverhältnisse sind die wichtigste Voraussetzung für eine gerechte Verteilung des Reichtums.

ZYN: Aber beileibe keine Garantie dafür.

LITERATUR

Kursiv gesetzte Passagen stammen aus:

Altvater, Elmar, 2012: »Genossenschaft und gutes Leben. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, in: *Blätter,* Heft 4, 53–64

Dath, Dietmar, und Barbara Kirchner, 2012: *Der Implex. Sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee*. Berlin: Suhrkamp

Die »Initiative Ökosozialismus« – Wer wir sind, was wir wollen. www.oekosozialismus.net/wer.html, 3.7.2012

»Die Zentralität der ökologischen Frage«, in: *Programm der Partei die LINKE. II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation.* Berlin 2011, www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderparteidielinke/iikrisendeskapitalismuskrisenderzivilisation/diezentralitaetderoekologischenfrage

Flemming, Jana, Beate Friedrich und Tobias Schmitt, 2012: »Immer wieder fünf vor zwölf. Die Fixierung auf Katastrophenszenarien verfestigt den Status Quo kapitalistischer Naturaneignung anstatt ihn aufzubrechen«, in: *Analyse & Kritik* 572 vom 18.5.

Marx, Karl: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, Berlin/DDR 1957ff, Werke Bd. 23

Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. (Luxemburg Argumente, Nr. 3) Berlin 2012

MEHR ALS EIN NEUER ANSTRICH

HANS THIE

Grüner Sozialismus. Das riecht nach Malerschweiß und Pinsel; sieht aus wie ein Anstrich in trendigem Format. Das klingt wie politischer Raub. Und das nährt den Verdacht, dass – oberflächlich renoviert – ein brüchiges Gebäude vermietet werden soll, statt es abzureißen. Wer von grünem Sozialismus spricht, muss mit Häme rechnen, mit übler Nachrede und mit dem Sarkasmus des farblichen »Originals«, das sich sein Markenzeichen, eben das Grüne, nicht wird nehmen lassen wollen.

Wäre grüner Sozialismus tatsächlich der Versuch, den alten roten Kern unverändert zu retten und nur das Design ein wenig aufzupeppen, hätte vernichtende Kritik zu Recht ein leichtes Spiel. Der neue grüne kann mit dem alten Sozialismus noch Normen und Werte, wohl auch manche Theoreme gemeinsam haben, aber nicht die verbrauchte Leitidee, dass die vereinigte Front der Arbeitenden das Kapital zur Seite schiebt, die Ökonomie lenkt und leitet, auf dass danach die Eroberung der Natur umso besser und umfassender gelinge.

Aus der schrittweisen Eroberung der »Natur« ist längst ein Feldzug geworden, der kohlenstoffsaure Luft, verdorrte Erde und giftige Gewässer zu hinterlassen droht. Die ökologischen Herausforderungen in ihrer ganzen Wucht zu erkennen, ist folglich der grünen Sozialistin erste Tat. Statt zu beschwichtigen, spricht sie aus, was Beobachtungen und Modellrechnungen belegen: Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Urbanisierung und die fossilen Energien, die all das in Bewegung halten, sind in einer Weise intensiviert worden, dass die Regeneration nahezu aller wichtigen Öko-Systeme gefährdet ist.

Für die Arbeiterbewegung war die Beherrschung der Natur, die ständige Entwicklung der Produktivkräfte der unhinterfragte Motor der Geschichte. Irgendwann, so die Überzeugung, werde diese Kraft so stark, dass sie nicht mehr mit privatwirtschaftlichem Dünkel, sondern nur noch mit gesellschaftlichem Eigentum bewältigt und weiter vorangetrieben werden könne.

Bertolt Brecht konnte noch behaupten, dass die Realität in die Funktionale gerutscht sei. Ob der Hammer der Kunst dient oder zum Werkzeug des Mordes wird, sei dem unschuldigen Hammer nicht anzusehen, sondern nur der ihm vom Menschen zugedachten Funktion zu entnehmen. Heute wissen wir, dass zwar viele Wahrheiten noch immer in der Funktionalen stecken, dass aber gleichzeitig die Wahrheit auch in die Materiale, in die Energie- und Stoffkreisläufe, gerutscht ist. Selbst alltäglicher Konsum ist dem Verdacht des »zu viel«, »zu giftig« und »unverantwortlich« ausgesetzt. Und die Produktion, die dahinter steckt, erscheint wie eine Maschinerie, die bei allem Nützlichen, das sie hervorbringt, eben auch die Lebensgrundlagen zerstört. Folglich gilt für den grünen Sozialismus: Nicht die Produktivkräfte der bürgerlichen Epoche übernehmen und vergesellschaften, sondern grundlegend ändern: Nicht Natur dominieren, sondern ökologische Grenzen respektieren; nicht das Primat der Ökonomie und die permanente Steigerung der Einkommen als Ziel setzen, sondern allgemeine Bedarfsdeckung im Einklang mit der Natur.

Deshalb gehört das Studium des reichhaltigen ökologischen Systemwissens zu den vornehmsten Pflichten. Erst auf dieser Grundlage wird sichtbar, dass grüner Sozialismus keine modische Fassade ist, sondern ein ernsthaftes Konzept werden kann. Wenn nämlich die Aneignung der Natur maßvoll und sanft sein soll, wenn gleichzeitig allen wichtigen Bedürfnissen aller Menschen Geltung zu verschaffen ist, dann erscheint in grünem Licht und in zeitgemäßer Fassung vieles von dem auf der Agenda, was Linke seit langem fordern – vor allem das »magische Viereck« Kooperation, Gleichheit, Planung und Souveränität.

Globale Öko-Probleme zu bewältigen, verlangt globale Kooperation. So oder ähnlich steht es in allen großen Proklamationen, die sich mit Klimaerwärmung, Überfischung und Vergiftung der Weltmeere, beschleunigtem Artensterben, Bodenerosion, Wasserknappheit, überfüllten Schadstoffsenken und versiegenden Rohstoffquellen befassen. All diese Herausforderungen sind letztlich nicht gegeneinander zu bewältigen, sondern nur in Zusammenarbeit. In den internationalen Beziehungen wird deshalb, soweit es um diese

gemeinsamen Aufgaben geht, Kooperation zum Leitstern. Konkurrenz, Zwang, Diktat, Erpressung, angedrohte oder tatsächliche Waffengewalt – diese alten Machtmittel beginnen wirkungslos zu werden, wenn das Ziel die gemeinsamen Lebensgrundlagen sind.

Ökologische Themen mäßigen – je ernster sie genommen werden, umso mehr –die Staatenwelt. Sie sind – das ist noch nicht Realität, aber der Fluchtpunkt der Entwicklung – ein antiimperialistisches Programm. Nicht jeder für sich und alle gegeneinander auf der Jagd nach den Reichtümern dieser Welt. Nicht nach den Maßstäben der Macht erobern und unterdrücken. Nicht grenzenlos profitieren. Sondern überzeugen, aushandeln, Grenzen setzen, auf Kooperation drängen und auf allen Ebenen beispielhafte Projekte verwirklichen – das ist die innere Logik ökologischen Handelns. Mit anderen Worten: Was Linke seit langem im Sinne von Gerechtigkeit und friedlicher Konfliktlösung fordern, wird in ökologischer Hinsicht zu einer praktischen Notwendigkeit.

Viele Linke werden nun sagen: Kooperation – mein Gott, ein nettes, aber harmloses Wort. In der Tat ein Wort ohne Biss, wenn es – wie bislang meistens – beim Verschwenden diplomatischer Tinte bleibt und keine Taten folgen. Der Zwang zu kooperieren kann auch – wie der Kyoto-Prozess zeigt – zur Ausflucht verkommen. Man müsse gemeinsam handeln – aber dabei, so heißt es dann, seien die Langsamsten nun mal diejenigen, die das Tempo bestimmen. Gegen diese teils zynische, teils hilflose Entschuldigung ist um echte und wirkungsvolle Kooperation zu kämpfen. Dass globale Kooperation sich auf die Tagesordnung zu setzen beginnt, hebt Konflikte und Kämpfe nicht, zeigt aber die Richtung an, die gerade Linke aufnehmen und stärken sollten.

Machtgewohnte Herrschaften wissen, dass Kooperation der Gegenpol zur Konkurrenz ist und dass Kooperation eine für sie beängstigende Grundlage hat: Gleichheit. Wer über die Weltökologie spricht und – in einzelnen Themenfeldern – bereits verhandelt, braucht ein Kriterium für das, was gelten soll. Dieses Kriterium kann, solange nicht offen reaktionär oder rassistisch gesprochen wird, solange nicht Pragmatismus das Grundsätzliche vernebelt, nur Gleichheit sein. Gleichheit der Schutzpflichten und Gleichheit der Nutzungsrechte. Am Horizont erscheint ein neues, ökologisches Menschenrecht: Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf ein Quantum Umweltraum, das mit der Reproduktion der Natur vereinbar ist. So erhält das demokratische Prinzip – *one (wo)man, one vote* – seine ökologische Ergänzung: *one (wo) man, one piece of nature.*

Inwieweit dieses Recht, das in seinen Anfängen nur als vage moralische Norm und diplomatische Floskel auftritt, zu einem durchsetzungsfähigen Lebensanspruch wird, hängt von harten Auseinandersetzungen ab. Denn ökologische Gleichheit im Sinne tatsächlich gleicher Nutzungsrechte und gleicher Schutzpflichten ist ein Fundamentalangriff auf die gewohnte bürgerliche Ordnung. Ökologische Gleichheit definiert den Platz des Menschen nach Maßen verträglicher Naturnutzung. Nicht nach Eigentumstiteln, nicht nach ererbten Positionen, nicht nach dem zufälligen Status, in einem reichen Land geboren zu sein.

Wenn der fällige Umbau zu einer grünen Produktions- und Lebensweise auf demokratische und zivilisierte Art gelingen, wenn das Interesse daran massenwirksam werden soll, dann müssen die Prinzipien von Kooperation und Gleichheit letztlich nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch in ihnen gelten. Krasse Ungleichheiten, die bislang nur der sozialen Anklage ausgesetzt sind, werden dann auf umfassende, eben ökologische Weise illegitim. Dann ist nicht mehr akzeptabel, dass der Multimillionär mit seinem Privatjet und seinen weiträumigen Anwesen die Erde tausend Mal mehr in Anspruch nimmt als sein Gärtner oder seine Putzfrau. Sein Lebensstil ist dann nicht nur ein ärgerliches Privileg, sondern ein Verbrechen.

Konsequente Ökologie hatte immer schon starke antikapitalistische Züge. Aber ihre Schwäche ist das Pro, das Andere, das wenigstens in Grundzügen aufscheinen sollte. Die Abteilung Moral will penetrant im Inneren wirken und dort die Seele erweichen. Die Abteilung Technik hat allein das Äußere im Blick und hofft, die Welt der Konsumgüter und Produktionsmittel durchgrünen zu können. So bleibt am Ende fast immer ungenannt, worum es doch eigentlich gehen müsste: Wirtschaft und Gesellschaft inklusive ihrer grundlegenden Institutionen, ihrer Eigentumsrechte und Unternehmensformen, ihrer Gratifikationen und Sanktionen, so einzurichten, dass sie aus eigenem Antrieb naturverträglich werden.

Hier könnte nun – mit dem Rückenwind von Kooperation und Gleichheit – die Stunde eines grünen Sozialismus schlagen. Der Zeitgeist ist nicht mehr abgeneigt, große Würfe zu studieren, wenn sie erhellende Gedanken bieten. Diese Aufgeschlossenheit erklärt sich aus dem Dilemma, das Umfragen immer wieder belegen: Die herrschende Wirtschaftsordnung wird mehrheitlich abgelehnt, aber überzeugende Alternativen sind nicht in Sicht. Die Frage lautet also: Gibt es vor dem Horizont (und nicht dahinter, wo die phantastischen Utopien blühen) neue Phänomene, die schon das Potenzial anderer Verhältnisse enthalten? Es gibt sie – massenhaft, häufig verborgen, bisweilen unüberhörbar. Sie zeigen sich als bunte Vielfalt egalitärer Kooperationen, die stärker werden, wenn die ökologischen Fundamentalprobleme zivilisiert bewältigt werden sollen. Und sie werden kenntlich mit den Begriffen Planung und Souveränität.

Große Systeme, sei es der Energie, des Verkehrs oder der industriellen Massenfertigung, bedurften immer schon der gesellschaftlichen Rahmenplanung. Im Zeitalter der ökologischen Großgefahren und des absehbaren Rohstoffmangels durchdringen der Zwang zur Planung und die Angewiesenheit auf politische Garantien nahezu die gesamte Ökonomie. Die propagandistische Redevom Markt als optimalem Entscheider zieht nicht mehr. In allen wichtigen Ressourcenfragen liegt der Markt falsch. Er sorgt ständig für schlechte Ergebnisse. Übernutzung und Überausbeutung sind seine Hinterlassenschaft. Das ist kein Zufall, weil die Unternehmen und die Wirtschaftswissenschaft, die ihnen zur Seite steht, immer noch zwei Dogmen predigen: Das eine heißt *Diskontierung* und meint, dass die Zukunft umso wertloser ist, je weiter sie weg liegt. Das andere heißt *Substitution* und soll bedeuten: Es gibt immer Alternativen zu dem, was zu Grunde geht. Diese Dogmen und

die Vernichtungspraxis, die ihnen entspricht, kann sich eine endliche, gefährdete Welt nicht mehr leisten. Planung, Vorausschau und Vorsorge werden wieder zu großen Themen mit positivem Klang.

Der neue Hang zu strategischem Handeln ist allerdings kein Garant für ökologische Rationalität. Auch hier gilt: Wer entscheidet in wessen Interesse? Wer erhält Planungssicherheit und wer nicht? Wird der Rohstoffbezug der deutschen Industrie geplant oder eine Wirtschaftsstruktur, die ihren Energie- und Ressourcenverbrauch drastisch reduziert? Werden die nationalen Champions planerisch begleitet, wie etwa die deutsche Autoindustrie, oder kommen neue ökologische Verkehrssysteme zum Zuge, in deren Zentrum öffentliche Anbieter stehen? Die Renaissance der Strukturplanung ist kein emanzipatorischer Selbstläufer, aber eine Einladung ist sie, gerade für Linke, allemal. Erstmals seit Jahrzehnten ist ein Politikfeld wieder offen, das von Marktrhetorik verbarrikadiert worden war: die bewusste, begründungs- und rechenschaftspflichtige Beeinflussung sektoraler Entwicklung. Finanzen und Energie sind Beispiele, die sich einem breiten Diskurs über das »Wozu« und »Wohin« nicht mehr entziehen können.

Mehr Kooperation, Gleichheit als Handlungsmaß und stärkere Planung – in dreifacher Weise präsentiert sich in dem von ökologischen Themen geprägten Zeitalter der Trend als Genosse. Vorsichtiger formuliert: Wenn der Umbau unserer Produktionsweise friedlich und auf demokratische Weise gelingen soll, dann geht das nur mit Antworten im linken Geist. Damit solche Antworten Gehör finden, müssen Sozialistinnen und Sozialisten nicht nur in »ökologischer Sprache« sprechen. Sie sollten auch ein viertes Moment erkennen, das zu einem modernen, grünen Sozialismus passt: die deutliche Forderung nach Souveränität über das eigene Leben und mehr direkter Demokratie.

Auf Politik herkömmlicher Art ist kein Verlass. Sie mag fähig sein, Interessen zu moderieren und ein Mindestmaß an Rechtssicherheit und sozialem Ausgleich zu gewährleisten. Aber allzu häufig ist sie überfordert, korruptionsanfällig und erpressbar. Reine Repräsentation, die Überlassung lebenswichtiger Entscheidungen an gewählte Vertretungen und Regierungen, ist deshalb keine zukunftstaugliche Idee. Denn der Wille, das eigene Leben souverän zu gestalten und an wichtigen politischen Entscheidungen unmittelbar teilzunehmen, ist ebenso gewachsen wie die Möglichkeiten, diesen Souveränitätsanspruch mittels passfähiger, dezentral verfügbarer Technologien auch verwirklichen zu können.

Eine neue Qualität von Kooperation, Gleichheit und Planung vorausgesetzt, wäre eine Bürgerschaft, die souverän und maßvoll über elementare Angelegenheiten ihres persönlichen und gesellschaftlichen Lebens selbst entscheidet, keine Utopie, sondern Tagesprogramm. Lauten Streit und harten Kampf wird es auch dann noch geben. Bilder einer großen Harmonie, wie einst vom »sozialistischen Kitsch« gemalt, haben im grünen Sozialismus keinen Platz. Sein Anliegen ist auf revolutionäre Weise konservativ: Wirtschaft und Gesellschaft umfassend zu verändern, damit die Erde als lebenswerter Ort erhalten bleibt.



Plaza Catalunya, Barcelona, im Juli 2012, Fotomovimiento

AM ENDE WAR DAS WORT

NICOLA BULLARD

Die Geschichte ist voll von Wörtern, die von rechts gekapert und entleert, von der Werbeindustrie sterilisiert und aller Bedeutung beraubt, schließlich auf den Schrottplatz fehlgeschlagener politischer Projekte geworfen wurden.

Freiheit, das schönste Wort von allen, genießen nur Finanzmärkte. Der Rest von uns darf sie nur im Supermarkt erleben, wo wir die Wahl zwischen 45 Sorten Shampoo haben. Revolution ist schick (besonders wenn sie diese arabischen Diktatoren trifft), solange keine Probleme für Militärbasen oder Öllieferungen entstehen und die Muslimbrüder nicht gewählt werden. Sozialismus war einmal eine wunderbare Utopie. Heute ist er ein hässlich trister Ort, mit leeren Regalen in den Supermärkten (an dem es Freiheit definitiv nicht gibt). Ein ähnliches Schicksal hat auch jüngere Einträge im Wörterbuch emanzipatorischer Bewegungen ereilt. Nachhaltige Entwicklung ist kaum mehr als ein Deckmantel für die Täuschungsmanöver von Großunternehmen.

Und das Einzige, was an der grünen Ökonomie wirklich grün ist, ist die Farbe der Dollars, die mit ihr verdient werden sollen.

Wie steht es um den »grünen Sozialismus«? Ich bin keineswegs gegen die Idee. Aber mir ist nicht ganz klar, was das sein soll. (Oder wie ein Freund mal spottete: »Ich mag meinen grünen Sozialismus mit Walnussöl.«) Ernster gefragt: Ist eine Sache wirklich leichter zu erlangen, wenn wir ihr einen Namen geben? Oder wird dadurch nicht nur eine Trennlinie geschaffen, die dafür sorgt, dass Linke (bzw. bestimmte linke Fraktionen) sich die Idee zu eigen machen? Setzt es uns Angriffen von rechts aus, während es die Diskussion mit allen anderen abwürgt? Ich komme nicht aus einer linken Parteitradition (und manche werden darin den Grund sehen, dass sie mit dem Folgenden nicht übereinstimmen). Ich bin nicht daran interessiert, minutiös darüber Rechenschaft abzulegen, welcher linken Minifraktion ich entstamme. Tatsächlich glaube ich, dass die Linke sich keinen Gefallen tut, wenn sie auf Etiketten beharrt, anstatt die wirklichen Probleme zu beschreiben, und mit Gesprächen und politischer Bildungsarbeit den notwendigen strategischen Dialog mit unpolitischen oder nicht engagierten Menschen beginnt.

Brauchen wir das Etikett »grüner Sozialismus«? Der Zweck von solchen Namensgebungen ist doch, Gedanken Wirklichkeit zu verleihen und Unterstützung für unsere Vorschläge zu gewinnen. Doch es gibt vielleicht noch andere Wege, dies zu erreichen, die zugleich die Dynamik verändern und die Debatten bereichern. Was wäre, wenn wir das Ganze einfach umkehrten? Anstatt der Sache zuerst einen Namen zu geben, könnten wir damit beginnen, die Sache selbst zu erschaffen. Was wären Ideen und Prozesse, die uns dabei weiterbringen?

Nüchtern betrachtet hat es die Linke nicht geschafft, den neoliberalen Kapitalismus zu schwächen. Da dies nach wie vor notwendig ist, weil kein anderer Weg aus der bestehenden (unnachhaltigen und ungerechten) ökologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung hinausführt, müssen wir Mittel und Wege finden, breitere Unterstützung für einen Systemwechsel zu gewinnen. Wir müssen Alternativen erarbeiten, die attraktiv genug sind, um uns aus unseren Fesseln zu lösen (als Konsumenten und als Arbeiter).

Die Herausforderung besteht darin, Verfahren zu erarbeiten und Debatten anzustoßen, die geeignet sind, die breite Gesellschaft (»die 99%«) einzubinden und die erst noch zu benennende Sache auf unserem Weg gleich mit zu erschaffen. Die Einbindung muss praktischer Natur sein. Sie muss im wirklichen Leben der Menschen verankert sein und gleichzeitig Türen und Tore für emanzipatorisches Denken und neue Ideen öffnen.

Es geht mir nicht darum, in »Fokusgruppen« den kleinsten gemeinsamen Nenner des politisch Machbaren zu bestimmen. Ich schlage vor, Verfahren und Raum dafür zu schaffen, Diskussionen mit Ideen zu öffnen, statt sie durch Etikettierung zu schließen. (Mich erinnert das an »altmodische« Konzepte wie Arbeiterbildung oder lebenslanges Lernen, die mehr sind als Politgruppentreffen.)

Derzeit lassen sich drei wichtige Ideen ausmachen, die in verschiedenen Kontexten und Ländern Zugkraft gewinnen und etwas von dem Zeitgeist unserer chaotischen

Gegenwart einfangen: » buen vivir« (das gute Leben und die Rechte der Natur), die (praktische) Wiederaneignung von Gemeingütern (commons bzw. commoning) und die Idee der wahren bzw. partizipativen Demokratie (Chomsky 2012). Sie überschneiden sich und keine ist gänzlich neu oder originell. Doch sie antworten auf je unterschiedliche Weise auf unsere größte Herausforderung: Wie können wir unsere Gesellschaften sowie unsere Beziehungen zueinander und zur Natur auf nachhaltige und gerechte Weise (re-)organisieren? Sie könnten das Fundament für eine andere Zukunft bilden, sofern noch eine dringend benötigte Dosis Feminismus hinzukommt (mehr dazu unten).

AUF DER SUCHE NACH DEM BUEN VIVIR

Indigene Bewegungen und Intellektuelle in Lateinamerika haben der Idee des buen vivir internationale Aufmerksamkeit verschafft. Sie ist ein Gegenentwurf zu westlichen Vorstellungen vom »guten Leben« und zu Entwicklungsvorstellungen, die sich zerstörerisch auf Natur und Gesellschaft auswirken. Zusammen mit dem Begriff der »Rechte der Natur« steht buen vivir dafür, das Verhältnis zwischen den Menschen und dem Nicht-Menschlichen, zwischen Gesellschaft und Natur als Harmonie und Gleichgewicht statt als Unterwerfung und Wettbewerb zu denken. Schon die Frage: »Was bedeutet es, gut zu leben?«, nötigt uns, andere Kosmologien, andere Weltbilder und Sichtweisen anzuerkennen. Sie zwingt uns, aus unserem eurozentrischen, westzentrierten und anthropozentrischen Standpunkt herauszutreten und Vielfalt und Pluralismus anzuerkennen. Buen vivir ist in einem spezifischen Kontext und aus spezifischen Traditionen entstanden (vgl. LuXemburg 2/2010). Der Begriff sollte nicht mit dem des »Bruttonationalglücks« in einen Topf geworfen werden, und es geht auch nicht um eine neue »Heilslehre«. Dennoch: »die in Lateinamerika gemachten Erfahrungen sollten uns eine Einladung zum Dialog sein. Wir stehen erst am Anfang der neuen Wege, die wir erkunden. Wir sollten uns stets des Kontexts bewusst sein, in dem buen vivir entstand. Allerdings müssen wir nicht zum Pachamamismus konvertieren oder Mutter-Erde-Kultstätten in unseren Kleingärten einrichten, um am Dialog teilzunehmen.« (Fatheuer 2011, 29)

WIEDERANEIGNUNG VON GEMEINGÜTERN

Ob naturgegeben oder vom Menschen gemacht, ob lokal oder global, ein Gemeingut kann per definitionem weder warenförmig sein, noch andere Personen von der Nutzung ausschließen. Der Begriff passt zu unserer Ablehnung, Leben zu privatisieren und zur Ware zu machen, drückt aber keine simple »Anti-Haltung« aus. Die Nutzung und Reproduktion von Gemeingütern ist im Süden nach wie vor weit verbreitet und auch im Norden erstaunlich langlebig. An diese Tradition ließe sich anknüpfen. Gleichzeitig entstehen neue Formen der Erzeugung von Gemeingütern, etwa in der Produktion und Verbreitung von Wissen. Versuchen, Gemeingüter dem Staat und dem profitorientierten Privatsektor wieder zu entreißen, wohnt erhebliches Transformationspotenzial inne. Die Ausdehnung natürlicher, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Gemeingüter – durch Genossenschaften, nicht gewinnorientierte Banken, Gemeinde-



Plaza Catalunya, Barcelona, im Juli 2012, Fotomovimiento

gärten, Kinderbetreuung usw. – kann einzelne Wirtschaftssektoren aus der Geldzirkulation herausnehmen und dadurch Lohnabhängigkeit reduzieren. Außerdem setzt die Erzeugung von Gemeingütern direkte Partizipation oder zumindest aktives Delegieren voraus. Sie ist daher geeignet, Demokratie zu vertiefen. Der wichtigste Punkt aber ist: Das Wesen der Reproduktion von Gemeingütern besteht darin, auf sie acht zu geben, damit sie nicht erschöpft werden und anderen Gemeindemitgliedern sowie zukünftigen Generationen auch noch zur Verfügung stehen (Aguiton 2012).

WAHRE DEMOKRATIE PRAKTIZIEREN

Die Bewegung der Platzbesetzer in Europa und USA, Indignad@s und Occupy Wall Street (OWS), haben sich von den Aufständen des arabischen Frühlings inspirieren und vom Ärger über die Macht des Finanzkapitals zum Handeln bewegen lassen. Sie werden auch von dem Wunsch nach »wahrer« Demokratie befeuert. Der Slogan »Wir sind die 99%« hat Anklang in der ganzen Welt gefunden. Er hat dem tief sitzenden Gefühl Ausdruck verliehen, dass mit »dem System« etwas ganz fundamental nicht stimmt. Die Praktiken der Indignad@s und von OWS – vom »Mic Check« über nicht-hierarchische und konsensorientierte Verfahren, das Sprechen im eigenen Namen (statt als Repräsentant einer Organisation oder Gruppe), bis hin zu praktischen Aktionen zur Wiederaneignung von Gemeingütern – stehen für ein lebendiges

Experimentieren mit neuen Formen des Demokratischen. Ihr Potenzial, strapazierfähige Formen partizipativer Demokratie zu erschaffen, die über die Einzelperson und den jeweiligen Moment hinausgehen, ist jedoch begrenzt. Sie in diese Richtung weiterzuentwickeln, ist eine gewaltige Herausforderung.

HEGEMONIALE MÄNNLICHKEIT ÜBERWINDEN

Wohlgemerkt: Die Idee des buen vivir mit Leben zu füllen, Gemeingüter wiederanzueignen und wahre Demokratie zu praktizieren, reicht nicht aus, um neue Formen der Politik und Ethik zu erschaffen. Diesem ohnehin turbulenten Ideengebräu muss dringend eine öko-feministische Agenda hinzugefügt werden. Meine Inspiration hole ich mir hierzu bei Ariel Salleh und der mittlerweile verstorbenen Teresa Brennan (2003).

Unsere ökologischen und gesellschaftlichen Probleme sind nicht nur Resultat des Kapitalismus, sondern auch von Patriarchat und Männlichkeit. Salleh argumentiert, dass die Erderwärmung durch die »Lebensstile wohlhabender weißer Männer« betrieben wird (Canavan et al. 2010, 183ff). In diesem System ist Wettbewerb wichtiger als menschliches Wohlergehen, Produktion wichtiger als Reproduktion und Akkumulation wichtiger als ein intaktes Ökosystem.

Das »Ende des Kapitals ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Nachhaltigkeit. Der Kapitalismus ist lediglich eine moderne Version patriarchaler Gesellschaftsformen. Es braucht gleichzeitig eine Dezentralisierung politischer Macht. Mit anderen Worten: das Band zwischen hegemonialer Männlichkeit und der Abwertung von Frauen und Natur muss erst zerschnitten werden.« (Ebd., 187)

Für die Linke ist dies eine gewaltige Herausforderung. Wenn Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit unsere wichtigsten Ziele sind – und warum sonst sollte man die Wörter »grün« und »Sozialismus« zusammenfügen –, dann ist die Überwindung von Patriarchat und hegemonialer Männlichkeit hierfür eine Vorbedingung, nicht zweitrangig. Ich schlage vor, dass wir die neuen Begriffe und Praxen, die in den Bewegungen indigener Völker, bei Occupy Wall Street und bei Gemeingutaktivisten entstehen, begeistert aufgreifen und sie als Anlass und Ort für eine Praxis nutzen, die die geschlechterdifferenzierende Funktionsweise von Kapitalismus und Produktivismus aktiv dekonstruiert und überwindet und die Eingebettetheit des Menschen in die Natur wieder anerkennt. Hierfür aber müssen wir unsere Ideen aus den Konferenzräumen hinaus in die Gesellschaft tragen – in der Hoffnung, am Ende Wörter zu finden, die die Menschen tatsächlich verstehen.

Aus dem Englischen von Julian Müller

LITERATUR

Aguiton, Christophe, 2012: Biens communs, sphère publique et »gauche de transformation sociale«, http://vecam.org/article1259.html , 22.7.

Brennan, Teresa, 2003: Globalization and Its Terrors: Daily Life in the West, London

Canavan, Gerry, Lisa Klarr und Ryan Vu, 2010: Embodied Materialism in Action: An Interview with Ariel Salleh, in: *Polygraph* 22, 183ff

Chomsky, Noam, 2012: Destroying the Commons: How the Magna Carta became the Minor Carta, www.tomdispatch.com/blog/175571, 29.7.2012

Fatheuer, Thomas, 2011: Buen Vivir: A brief introduction to Latin America's new concepts for the good life and the rights of nature, Heinrich Böll Stiftung, Schriften zur Ökologie, Bd. 17, www.boell.de/publications/publications-buen-vivir-12636.html



Plaza Catalunya, Barcelona, im Juli 2012, Fotomovimiento

SEMANTIKEN RADIKALER TRANSFORMATION

ULRICH BRAND

Kann der Begriff »grüner Sozialismus« helfen, emanzipatorische gesellschaftspolitische Perspektiven auf der Höhe der Zeit zu formulieren? Es scheint darum zu gehen, mit dem Begriff die unterschiedlichen Teilkritiken und spezifischen praktischen Auseinandersetzungen – institutioneller wie außer-institutioneller Art – in Beziehung zu setzen, um ihnen als »Kompass für die sozialistische Intervention in transformatorischer Perspektive« (Candeias in diesem Heft) zu dienen – revolutionäre Realpolitik im Sinne Rosa Luxemburgs. Und er soll gegenüber anderen progressiven Positionen innerhalb der Mosaiklinken, die oft explizit oder implizit im Horizont einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus bleiben, eine eigenständige Position konzeptionell und praktisch formulieren helfen.

Der Begriff des grünen Sozialismus soll – so etwa Rainer Rilling in *LuXemburg 3/11* – der Entnennung der Gesellschaft als kapitalistische etwas entgegensetzen und die mögliche Hegemonie eines grünen Kapitalismus auch

als solche benennen (und nicht etwa als grüne Ökonomie beschönigen), soll im linken Spektrum ein kritisches und emanzipatorisches Verständnis der ökologischen Krise als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse stärken und einen Horizont umfassender radikaler Veränderung gegen inkrementelle Politiken aufspannen, ohne aber die Realpolitik aus den Augen zu verlieren.

Dieser Anspruch ist zentral. Spezifische Ansatzpunkte sind etwa, die Eigentums- und damit verbunden die Demokratiefrage dahingehend zu stellen, dass nicht nur das Politische im engeren Sinne, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt von den Menschen selbstbestimmt und kollektiv gestaltet werden. Dafür müssen der kapitalistische Wachstums- und Akkumulationszwang gebrochen sowie die diesem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Handlungsdispositive verändert werden. Dabei geht es auch um die Umverteilung von Macht und Vermögen, um die schrittweise Konversion der kapitalistischen Wirtschaft und ihres ausbeuterischen Umgangs mit der »Natur«, um die Regionalisierung der politischen Ökonomie und die Stärkung der Reproduktionsökonomie. Das soll der Begriff des grünen Sozialismus, wenn er denn weiter ausgearbeitet wird, sinnvollerweise leisten.

Der Sozialismus-Begriff trägt ein schweres Erbe – und wird in Lateinamerika auf eher problematische Art und Weise aktualisiert (als tendenziell paternalistischer und auf Verteilungsfragen eng geführter »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Venezuela; vgl. Zelik in diesem Heft). Das spricht nicht dagegen, die herrschaftskritischen und befreienden Ansprüche und Erfahrungen freizulegen und sie auf der Höhe der Zeit zu reformulieren. Dass sozialistische Perspektiven verächtlich gemacht werden, wäre ein Grund mehr, sie in demokratischer Absicht zu stärken.

Dennoch impliziert der Begriff einige problematische Semantiken, sind einige Fragen zur Konturierung des Begriffs zu klären. Nicht, weil er als perspektivisch angelegter Begriff möglichst umfassend »definiert« werden müsste, »damit ja nichts vergessen wird«. Historische und aktuelle Ansprüche und Erfahrungen müsste er aber aufnehmen und ihnen eine übergreifende Perspektive für emanzipatorische Veränderungen der Produktions- und Lebensweise geben.

Das Adjektiv »grün« steht zu sehr für ökologische Modernisierung und ist damit zahnlos oder – Stichwort *green economy* – sogar schädlich, da damit eine neue Runde gesteigerter Naturbeherrschung eingeläutet werden soll. »Grün« zeigt derzeit im Reigen politischer Semantik keine Transformationsperspektive an, sondern eine der kapitalistischen Modernisierung. Das spricht nicht gegen Versuche, den Begriff anders aufzuladen, soll aber auf ein stark strukturiertes begriffliches Terrain hinweisen.

»Grüner Sozialismus« ist als Gegenbegriff zum grünen Kapitalismus intendiert. Bislang sind das aber zwei unterschiedliche Einsatzpunkte: Wer von grünem Kapitalismus spricht, der meint das (meistens) kritisch; es soll angezeigt werden, dass eine wichtige, möglicherweise sogar dominant werdende Krisenstrategie in einer weiteren Runde der Inwertsetzung der Natur liegt. Grüner Kapitalismus ist (in der Regel) keine Selbstbezeichnung bestimmter Spektren und keine explizite Strate-



gie (wohl aber eine implizite). Das ökologisch-modernisierungsfreudige Establishment spricht affirmativ von grüner Ökonomie, um die zerstörerische Realität des Kapitalismus – wieder einmal – begrifflich zu entsorgen.

Eine politisch-ökologische Perspektive sollte gestärkt werden, die Gesellschaft und Natur nicht äußerlich gegenübergestellt sieht, sondern als herrschaftlich formierte gesellschaftliche Naturverhältnisse. Herrschaftskritische und emanzipatorische Perspektiven können so am ehesten formuliert werden (vgl. Demirović in diesem Heft). Herrschaft über Natur und Herrschaft über Menschen sowie über das eigene Subjekt gehen Hand in Hand. Es geht also nicht nur um die Einhaltung des 2-Grad-Zieles in der Klimapolitik, um den Schutz von biologischer Vielfalt und Ozeanen, um Politiken innerhalb »planetarischer Grenzen«, sondern um die gesellschaftlichen Ursachen der Naturzerstörung. So kann dem – auch in der (keynesianischen) Linken verbreiteten – Ansatz der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus entgegen getreten werden sowie einem Katastrophismus, der Naturschutz und Umweltpolitik priorisiert und das Projekt der Selbstbestimmung und Emanzipation samt der demokratischen Gestaltung der Naturverhältnisse aus dem Blick verliert. Es öffnen sich Perspektiven solidarischer Mobilität, der Ernährungssouveränität, nichtkapitalistischer Stadtentwicklung, transparenter und demokratischer Forschung und Technologieentwicklung und vieles mehr. Es zeigt sich, dass staatliche Politik und Steuerung wichtig sind, aber nur ein Teil umfassender Prozesse.

PRAKTISCHE KRITIK DER IMPERIALEN LEBENSWEISE?

Die imperiale Lebensweise wird kaum in Frage gestellt. Der Begriff soll den hegemonialen und entpolitisierten Charakter der naturzerstörenden und andere Menschen ausbeutenden Produktions- und Lebensweise hervorheben, die insbesondere über den Weltmarkt und den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse reproduziert wird (vgl. Brand/Wissen 2011). Die imperiale Lebensweise hängt mit machtvoll gesetzten Produktionsnormen und unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen stattfindenden Innovationszyklen zusammen. Sie hat patriarchalen, rassistischen und Klassencharakter. Und sie wird praktisch gelebt, aktiv oder zumindest passiv akzeptiert. Diese hegemoniale Dimension müsste mit



Beide Fotos: Demonstration für EU-Rettungspaket, Spanien, Juni 2012, Fotomovimiento

»gegen-hegemonialen« Strategien und Praxen politisiert und verändert werden.

Mit dem Sozialismusbegriff hat die imperiale Lebensweise im globalen Norden insofern zu tun, als stofflicher Wohlstand und und der Wohlfahrtsstaat als historische Erfolge der Arbeiterbewegung gesehen werden, die in der Systemkonkurrenz der »Marktwirtschaft« bzw. des »Kapitalismus« gegen den »Realsozialismus« durchsetzbar waren. Diese Erfahrungen orientieren bis heute die meisten gesellschaftspolitischen, besonders keynesianische Perspektiven und prägen die eher negative Konnotation des Sozialismusbegriffs. »Imperiale Lebensweise« soll darauf hinweisen, dass diese wohlfahrtsstaatliche und fordistische Erfahrung aus internationalistischer und sozialökologischer Perspektive nicht unproblematisch ist. Die Semantik des »grünen Sozialismus« fokussiert auf Macht- und Eigentumsfragen und greift für eine solche Kritik (noch) nicht.

Wie können analytische und politische Anschlüsse an feministische Positionen geschaffen werden, die neben der Ungerechtigkeit zwischen Geschlechtern sowie der herrschaftlichen Herstellung von Arbeitsteilung und Identitäten auch die kapitalistisch-patriarchale Rationalität der Naturbeherrschung kritisieren (Stichwort: Reproduktionsökonomie)? Emanzipatorische Ansätze entlang dieser feministischen und antirassistischen Achsen können und sollten innerhalb der Mosaiklinken nicht woanders hin sortiert werden.

Wachstumskritik ist ein Einsatz, um die imperiale Lebensweise in Frage zu stellen (*LuXemburg* 1/2011). Doch mit »sozialistisch« wird in diesem politischen Spektrum gerade nicht eine radikale Perspektive verbunden, sondern eher klassische Wachstumsorientierung. Wie kann emanzipatorische Wachstumskritik jenseits von Verzichtsforderungen aussehen und was ist dabei ein herrschaftskritischer und emanzipatorischer sozialistischer Beitrag auf der Höhe der Zeit?

Der Sozialismusbegriff spielt derzeit in den Bewegungen keine Rolle. Soziale Bewegungen arbeiten mit Begriffen wie (Klima-)Gerechtigkeit, (Ernährungs-)Souveränität oder (Energie-)Demokratie, die keine Einzelforderungen sind, sondern in den radikaleren Spektren auf eine umfassende Transformation der Gesellschaft zielen. Die übergreifende Perspektive ist also nicht die *differentia specifica* des Sozialismusbegriffs.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION(EN)

Es scheint angemessener, von »sozialökologischer Transformation« zu sprechen, ggf. ergänzt durch »radikal«, an die Wurzeln gesellschaftlicher Macht- und Eigentumsverhältnisse gehend. Interessant ist, dass der Transformationsbegriff eine prozedurale Semantik hat und nicht die vereinheitlichende Konnotation eines »-ismus« mitschleppt. Das Terrain der Debatte ist pluraler, da sich andere Konfliktlinien und Kämpfe darin finden können, insbesondere feministische. Anschlüsse innerhalb der Mosaiklinken, etwa an keynesianische Perspektiven, können eher hergestellt werden, ohne den radikalen und emanzipatorischen Kern aufzugeben, also eine Position zu markieren und inhaltlich zu füllen. Das Feld ist weiter, um unterschiedliche Orientierungen und Erfahrungen aufzunehmen. Der Transformationsbegriff scheint über die Linke hinaus an den Unmut im links-liberalen, bis ins nicht-neoliberale konservative Spektrum anschlussfähig. Zwar besteht die Gefahr, dass dieses Andocken dazu führt, dass eigene Positionen überdeckt werden. Wenn im rot-grünen Spektrum von einer »großen Transformation« gesprochen wird, dann sind die wichtigsten Punkte eines emanzipatorischen Programms außen vor: Macht- und Eigentumsfragen, eine Problematisierung staatlicher Politik, ein umfassendes Demokratieverständnis, die Kritik von Weltmarkt und Wettbewerbsfähigkeit. Insofern ist es sinnvoll, den Begriff des grünen Sozialismus auszuarbeiten.

Sowohl der »grüne Sozialismus« als auch die »sozial-ökologische Transformation« zielen auf umfassende Gesellschaftsveränderung, haben aber der herrschenden Zerstückelung der Krisendimensionen (hier die Finanz- und Wirtschaftskrise, dort die ökologische Krise, irgendwo auch noch die Krise der Repräsentation) nichts entgegensetzen können. Das hängt weniger an den Begriffen, sondern an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. »Grün« oder »sozial-ökologisch«, so der neoklassische wie der keynesianische Konsens, hat bislang wenig mit dem »ökonomischen Kerngeschäft« zu tun. Diesen Konsens konnte bislang noch nicht mal der Begriff der grünen Ökonomie ankratzen. Es ist also noch einiges zu tun.

LITERATUR

Brand, Ulrich, und Markus Wissen, 2011: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise, in: Alex Demirović u.a. (Hg.): *VielfachKrise*, Hamburg





Syntagma Platz, Mai 2012, Dimitris Alexakis

GRIECHENLAND: SYRIZA WECKT HOFFNUNGEN

HILARY WAINWRIGHT

Sie gleicht einem Schwan, der mit entspannter Zuversicht vorwärts gleitet, während seine Füße unter der Oberfläche wütend wirbeln: Die linksradikale Koalition Syriza begegnet riesigen Herausforderungen gelassen, aber mit gesteigerter Aktivität.

Im Parlamentsgebäude Griechenlands eröffnet Alexis Tsipras, Syrizas Vorsitzender, die erste Fraktionssitzung der 71 neuen Abgeordneten in seiner charakteristischen Art, kühl und jovial. Zur gleichen Zeit organisieren Syriza-Aktivisten in ganz Griechenland Nachbarschaftsversammlungen, unterhalten »Solidaritätsküchen« und Basare, arbeiten in medizinischen Sozialzentren, beschützen Migranten vor Angriffen der Chrysi Avgi (der neuen faschistischen Partei), bauen neue Syriza-Organisationen an der Gewerkschaftsbasis auf und initiieren den Übergang einer Koalition aus zwölf verschiedenen Gruppen (und 1,6 Millionen Wählern) zu einer neuen Form von Partei.

Inmitten all dieser Aktivitäten finden sie noch Zeit, um gemeinsam auf einem dreitä-

gigen anti-rassistischen Festival zu kochen, tanzen, debattieren und Politik zu machen. Das jährliche Festival, das bereits zum 16. Mal stattfindet, wurde von 40 Organisationen ins Leben gerufen, um »das Anwachsen von Nationalismus und Rassismus seit den frühen 1990er Jahren aufzuhalten«, erklärt Nicos Giannopolous, einer der treibenden Kräfte hinter dem Festival. In seinen Zielen, Organisationsprinzipien und seiner pluralen Kultur symbolisiert es die Stärke der internationalistischen Zivilgesellschaft, deren Förderer und Produkt Syriza in vielerlei Hinsicht ist. Mittlerweile sind mehr als 250 Organisationen und Parteien an dem Festival beteiligt, und über 30 000 Menschen jeden Alters und verschiedenster ethnischer Zugehörigkeiten strömen in den noch-öffentlichen Goudi Park in Athen.

Alle Aktivitäten beschäftigen sich auf ihre Weise mit der Frage, wie die Unterstützung der Wähler für Syriza zur Basis selbstorganisierter gesellschaftlicher Veränderungsprozesse werden kann – und gleichzeitig den parlamentarischen Weg zur Regierung ebnen. Als Syriza bei der Parlamentswahl am 6. Mai 17 Prozent der Stimmen gewann, waren die meisten Aktiven überrascht (vor drei Jahren waren es noch 4,7 Prozent). Als Syriza in der zweiten Wahl am 17. Juni 27 Prozent gewann, hatten die Mitglieder sich bereits dem Gedanken geöffnet, dass ihre Koalition die Regierung stellen könnte.

Der neue Syriza-Abgeordnete Dimitri Tsoukalas beschreibt das Wahlergebnis als »Ausdruck einer Notwendigkeit«. Seine jüngere Geschichte ist bezeichnend für den Zerfall der sozialdemokratischen Pasok und die damit einhergehenden Machtverschiebungen innerhalb der Gewerkschaften: Er war Vorsitzender der Bankangestelltengewerkschaft und seit ihrer Gründung 1974 Mitglied der Pasok. Am Tag, nachdem der damalige Premierminister Giorgos Papandreou das Memorandum zur Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der Troika aus IWF, EZB und der Europäischen Kommission unterzeichnete, trat er aus der Partei aus. Tsoukalas schloss sich der Koalition »Nein zum Memorandum« an, um in den Regionalwahlen in Attica gegen die Pasok anzutreten, die bei diesem Wahlgang das erste Mal von 40 auf 23 Prozent der Stimmen abstürzte.

Tsoukalas sieht die Erfolge Syrizas nüchtern: »Stimmen können wie Sand im Wind sein.« Der wird wohl nicht zu Pasok zurück geweht. Aber Griechenlands größte rechtsgerichtete Partei, Nea Dimokratia, konnte von der Angst profitieren, die sie mithilfe der feindselig eingestellten kommerziellen Medien schürte, um einen Wahlsieg Syrizas zu verhindern. Sie wurde bei den Wahlen im Juni zur stärksten Partei. Diese Prozesse scheinen sich noch weiter zu verschärfen. Außerdem stellt die Chrysi Avgi eine zunehmende Gefahr dar. Sie wurde in den 1990ern als halblegale faschistische Organisation gegründet und findet in letzter Zeit auf den Straßen wie an den Wahlurnen immer größeren Zuspruch. Sie belebt explizit faschistische Traditionen wieder und antwortet mit Fremdenhass und anti-migrantischen Ressentiments auf die soziale Notsituation, die von den Maßnahmen der Troika verursacht wurde.

WURZELN DER VERÄNDERUNG

Bis jetzt ziehen vor allem Syriza und die Linke aus den Auswirkungen der Schuldenkrise Stärke. Wie entstand diese politische Organisation, die sowohl fest in den sozialen Bewegungen

verwurzelt ist, als auch eine ernsthafte Umstrukturierung des Staates anstrebt? Was ist ihr organisatorischer und kultureller Charakter? Die Strukturen der neuen Partei werden in den nächsten sechs Monaten erst von ihren Mitgliedern und alten wie neuen Unterstützern ausgehandelt werden. Aber es ist möglich, einige der Eigenschaften zu skizzieren, mit denen sie in diese neue Phase eintritt. Die Grundzüge der Organisation sollten sich dabei nicht verändern, betonten alle griechischen Gesprächspartner.

Syriza, die Koalition der radikalen Linken, wurde 2004 gegründet, nachdem es jüngeren Aktivisten wie Alexis Tsipras und Andreas Karitzis gelungen war, die Führung der linken Partei Synaspismos zu übernehmen. Diese Generation war von der globalisierungskritischen Bewegung der 2000er Jahre geprägt worden, vor allem von den Massendemonstrationen in Genua und den europäischen Sozialforen. Die Erfahrungen aus den Sozialforen, insbesondere dem griechischen, haben entscheidend zu einem Wandel der griechischen neuen Linken beigetragen – weg von der Loyalität zu einer bestimmten Ideologie, hin zu Pluralismus, demokratischer Zusammenarbeit, Offenheit und ihrem Glauben an die Wichtigkeit von Alternativen.

Die neue Kultur traf auf fruchtbaren Boden. Die jungen Aktivisten und Intellektuellen, die Syriza mit gründeten, entstammten der ersten Generation von Antikapitalisten nach dem Zerfall der Sowjetunion. Sie stießen zur Linken unabhängig von einer »real existierenden« Alternative. Bei ihrem Engagement in Bewegungen und Kämpfen ging es ihnen darum, neue Alternativen zu entwickeln, anstatt eine bereits definierte Alternative zu bewerben. Sie wussten, dass eine Regierung von oben nicht funktionierte – aber nicht, was funktionieren würde. »Wir suchen andere Wege«, sagt Karitzis. »Ich glaube, wir brauchen staatliche politische Macht. Aber es ist entscheidend, was wir in der Gesellschaft und den Bewegungen machen, bevor wir Macht erlangen. 80 Prozent der gesellschaftlichen Veränderungen können nicht durch Regierungen erwirkt werden.«

Synaspismos bot einen geeigneten Rahmen für solche praktischen, aber prinzipiengeleiteten Suchprozesse nach einer neuen Form von Sozialismus. Sie entstanden aus verschiedenen Spaltungen kommunistischer Politikansätze. Dabei brachen sie mit dem Stalinismus und hörten gleichzeitig auf, sich mit dem Kapitalismus zu arrangieren. Viele ältere GenossInnen, die Synaspismos bereits in die globalisierungskritische Bewegung eingebunden hatten, begrüßten die neue junge Führung.

Aus der tiefen Überzeugung, dass die radikale Linke zusammenarbeiten muss, kooperierten Alte und Junge mit den Organisationen, mit denen Synaspismos das griechische Sozialforum gegründet hatte. Das umfasste andere politische Organisationen (z.B. maoistische und trotzkistische) und grüne, feministische, LGBTQ- (Lesbian, Gender, Bisexual, Transgender and Queer) und andere Netzwerke, die für soziale Rechte kämpfen. Sie gründeten zusammen das Bündnis Syriza mit seiner roten, grünen und lila Fahne. Die dogmatische kommunistische Partei Griechenlands KKE stand unbeweglich im Abseits und wähnte sich in der Sicherheit einer zunehmend imaginären inneren Stärke. Damals hatte sie

7,5 Prozent der Stimmen. Im Juni waren es nur noch 4,5 Prozent.

Als sich neun Jahre und viele Bewegungen später die jüngsten Kräfte gesellschaftlichen Wandels auf dem Syntagma Platz sammelten, kamen auch Mitglieder von Syriza. Sie kamen, um die Bewegung aufzubauen, nicht um für ihre Partei zu werben, eine Linie durchzusetzen oder Kontrolle an sich zu reißen (vgl. Tasos Koronakis in *LuXemburg* 4/11). Yanis Almpanis, der bei Syriza und dem Netzwerk für soziale und politische Rechte aktiv ist, beschreibt ihre Teilnahme: »Oft kamen kleine Gruppen von uns auf dem Platz zusammen, entweder, weil wir uns kannten, oder weil wir inhaltlich übereinstimmten.« Sie teilten Prinzipien, z.B. keine antimigrantischen Slogans zuzulassen, und folgten ihnen, um in der allgemeinen Diskussion praktische Lösungen zu entwickeln. Am ersten Tag etwa kamen viele Menschen mit griechischen Fahnen zu der Demonstration und ließen keine Parteifahnen zu. Nach ein paar Tagen und vielen Diskussionen entstand die Idee, andere Fahnen zuzulassen, unter anderem die des arabischen Frühlings. »Es veränderte den Charakter der Aktion«, sagt Almpanis. »Auf diese Weise können wir eine radikale politische Bewegung aufbauen.« Dieses prinzipiengeleitete Sich-Einlassen und Eintauchen in die Bewegungen, auch in die Aufstände nach der Ermordung Alexandros Grigoropoulos' durch die Polizei, weckte bei vielen Menschen die Hoffnung, mit Syriza das Land vom Memorandum befreien zu können. »Syriza war immer mit uns«, sagt Tonia Katerina von der Koalition für eine Offene Stadt. Diese Einschätzung begegnete mir immer wieder.

Als Tsipras erklärte, Syriza sei bereit, eine Regierung zu bilden, um das Memorandum aufzuhalten und die bestehende Ordnung zu durchbrechen, verknüpfte er Wut mit Hoffnung. Das Parlamentsgebäude liegt direkt gegenüber vom Syntagma-Platz. Syriza verpflichtete sich, einen wechselseitigen Macht-Kanal zu öffnen: von den Plätzen und der Gesellschaft ins Parlament und zurück.

POLITISIERTE SOLIDARITÄT

In der außerparlamentarischen Arbeit liegt eine Priorität von Syriza darauf, Netzwerke systematisch aufzubauen und zu unterstützen, die informelle gegenseitige Selbsthilfe, wie sie in der griechischen Gesellschaft tief verankert ist, praktizieren. Nachbarn kommen zusammen, um Bedürftigen zu helfen; andere bringen Solidaritätsküchen mit Lebensmittelproduzenten zusammen; Ärzte und Krankenschwestern reagieren auf die Krise in der Gesundheitsversorgung, indem sie medizinische Sozialzentren aufbauen; Unterstützungs-Aktionen verhindern, dass Menschen der Strom abgeschaltet wird; Rechtsbeistand hilft bei der Herabsetzung von Kreditzahlungen. Viele Mitglieder Syrizas drängen auf ein Engagement in diesem Bereich, weil sie sich der Gefahr bewusst sind, die von Chrysi Avgi ausgeht. »Wenn die keinen sozialen Zusammenhalt aufbaut, wird es jemand anderes tun.« (Andreas Karitzis)

Die Faschisten bauen schon eigene soziale Infrastrukturen auf, die Griechen vorbehalten sind und Migranten verdrängen sollen. Am 23. Juni zum Beispiel überfiel eine Gruppe Schläger der Chrysi Avgi einen Gemüseladen im Arbeiterviertel Nikea, der

von Pakistanern betrieben wurde: Sie hätten eine Woche Zeit, um zu verschwinden, sonst… Syriza hatte in Nikea 38 Prozent der Stimmen gewonnen. Nach dem Überfall half die Partei, eine Demonstration mit 3000 Teilnehmern in Solidarität mit den Ladenbesitzern zu organisieren. Solche Solidaritätsnetzwerke, in denen Syriza nur eine unter vielen Teilnehmenden ist, funktionieren nach den Grundsätzen demokratischer Selbst-Organisation. »Wir ermutigen Menschen, sich zu beteiligen und selbst zu Organisatoren zu werden; wir erklären ihnen, dass Solidarität eine Sache des Gebens und Nehmens ist.« (Tonia Katerini).

Die Netzwerke ersetzen den Sozialstaat nicht. »Viele Menschen müssen mittlerweile um ihr Überleben kämpfen«, erklärt Andreas Karitzis. »Wir können diese Probleme nicht lösen, aber wir können helfen, sie zu gesellschaftlichen Anliegen zu machen. Die Solidaritätsinitiativen können wichtige Ausgangspunkte für Kämpfe für den Wohlfahrtsstaat sein. Die Ärzte und Pfleger, die in den medizinischen Sozialzentren aktiv sind, kämpfen z.B. auch innerhalb der Krankenhäuser für mehr Ressourcen und die kostenlose Behandlung von Patienten. Wir möchten das Selbstbild der Menschen von dem, was sie erreichen können, verändern – mit ihnen zusammen das Verständnis ihrer eigenen Fähigkeit zur Macht entfalten.« In diesem Sinne ist die Festigung der Syriza-Wähler auf einer tieferen Ebene auch eine Regierungsvorbereitung: »Wenn wir in ein paar Monaten die Regierung stellen, werden die Menschen eher bereit sein, für ihre Rechte zu kämpfen und es mit den Banken aufzunehmen.«

REGIERUNGSVORBEREITUNGEN

Auch die Syriza-Mitglieder, die enger mit staatlichen Institutionen zusammenarbeiten, begreifen die Oppositionszeit als Chance für Regierungsvorbereitungen. Aristedes Baltas beschreibt die Arbeit eines Komitees, das schon jetzt die Arbeit des Bildungsministeriums kontrolliert und alternative Gesetzentwürfe erarbeitet. Es setzt sich aus Abgeordneten, Experten, Beamten und Organisationen aus der Zivilgesellschaft zusammen: »Mit der Unterstützung von Mitgliedern Syrizas, die im Staatsdienst direkt in den Problembereichen arbeiten – 50 Prozent der Beamten gaben uns ihre Stimme – identifizieren wir Hindernisse, finden heraus, auf wen wir uns verlassen können, und wie wir den Ideen derjenigen Mitarbeiter eine Plattform bieten können, denen es auch wirklich um das Gemeinwohl geht.«

Diese Komitees sind bewusst als Kollektive angelegt, anstatt einzelne »Schattenminister« zu berufen. Die Offenheit der Ausschüsse und ihre engen Verbindungen mit den sozialen Bewegungen sollen auch der Tendenz parlamentarischer Institutionen entgegenwirken, die Repräsentanten selbst radikalster Parteien von den Bewegungen zu entfernen, denen sie eigentlich als Ressourcen zur Verfügung stehen sollten. Baltas ist Aktivist und gleichzeitig Professor für Philosophie und gehört der älteren Generation der größten Partei innerhalb Syrizas, der Synaspismos, an. Er koordinierte die kollektive Formulierung eines 400 Seiten starken Programms für Syriza, das Mitglieder des Bündnisses und Unterstützer aus allen gesellschaftlichen und politischen Sphären gemeinsam erarbeiteten. Dieser Prozess bestärkte die Organisation in ihrer Suche nach

positiven Lösungen und lässt sie einer Regierungsbildung selbstbewusst entgegenblicken. Eines der vier Kapitel des Programms erläutert die »Umstrukturierung des Staates«.

Syriza plant, diesen neu entwickelten Ansatz in allen Ministerien umzusetzen. Ihre ambitionierte Strategie zielt darauf, den institutionell korrupten Staat zu demokratisieren. Gleichzeitig ficht sie das Vorhaben der Troika an, den griechischen Staat durch Privatisierung zu modernisieren. Die Komitees bereiten sich vor, die Bollwerke der Korruption wegzufegen und die Arbeit in allen Ministerien für die lange brach liegenden Fähigkeiten der Staatsbediensteten zu öffnen. Dabei bauen sie auf die Ehrlichkeit der Beamten – sie glauben, dass diese als Potenzial in ihnen allen schlummert und wollen sie fördern.

In Regierungen der Pasok und der Nea Dimokratia bringen alle Minister je 40 bis 50 Berater mit, die alles kontrollieren. »Das ist eine tödliche Struktur. Sie unterdrückt jegliche Initiative und schafft überall im System Einfallstore für Korruption«, sagt Baltas. »Wir würden keine solche Berater-Kaste mitbringen, sondern eine Generalversammlung aller Beschäftigten eines Ministeriums einberufen, um ihnen die neue Situation zu erklären und sie zu ermutigen, Initiativen zu entwickeln, die den Staat an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten.« Er hofft, dass dies »Menschen ermutigt, sich zu erheben, beteiligen und Ideen zu entwickeln. Das wird das erste Mal sein, dass sich so etwas in Griechenland ereignet.«

ALTE HERAUSFORDERUNGEN NEU ANGEHEN

Im Zuge dieser inner- und außerparlamentarischen Regierungsvorbereitungen sind sich die Aktivisten der Gefahr sehr bewusst, ihre sozialen Wurzeln zu verlieren und »eine weitere Pasok« zu werden. Der neue Abgeordnete Theano Fotiou bezeichnet es als gemeinsames Anliegen, »Strukturen zu schaffen, die es den Menschen immer ermöglichen, mit der Partei in Verbindung zu stehen und – auch wenn sie keine Mitglieder sind – Kritik und neue Erfahrungen einfließen zu lassen«.

Ein wichtiger Faktor, der zuvor dazu beitrug, die parlamentarischen Repräsentanten radikaler und bewegungsorientierter Parteien zu korrumpieren, sind die vom Staat zur Verfügung gestellten Ressourcen. Gleichzeitig verlieren die Parteien viele ihrer Schlüsselfiguren an die parlamentarische Routine. Nach ihrem Wahlerfolg erhält Syriza 8 Millionen Euro – fast das Dreifache ihres bisherigen Budgets –, und jedem Abgeordneten stellt das Parlament fünf Mitarbeiter zur Seite. Wie übersetzt sich Syrizas Ausrichtung auf gesellschaftliche Kämpfe in die Verteilung dieser Ressourcen? »Der größte Teil der neuen Gelder soll in unsere Stadtteilarbeit fließen. Um z.B. Leute für Initiativen wie die medizinischen Sozialzentren einzustellen, die Wissen um Erfolge und Misserfolge weitertragen, oder Gruppen von Stadtbewohnern mit landwirtschaftlichen Produzenten in Kontakt bringen. Oder um Vernetzungsarbeit im Internet zu erleichtern. Zusätzlich diskutieren wir, wie wir die Kapazitäten der Partei im Parlament stärken können.« (Andreas Karitzis) Von den fünf Mitarbeitern, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen, arbeiten zwei direkt für den Abgeordneten. Einer arbeitet für ein Gesetzgebungs-Komitee und zwei in den Bewegungen und Stadtteilen.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass die Syriza-Führung mit Ausnahme einiger starker Frauen zur überwältigenden Mehrheit aus Männern besteht. Sissy Vovou, Mitglied der 200 Personen starken Leitung Syrizas und ihres Frauen-Netzwerks, beobachtet die Tendenz, dass Geschlechtergerechtigkeit als etwas angesehen wird, das »warten müsse, bis man an der Regierung sei«. Aber es gibt auch neue Dynamiken. Ein Drittel der Abgeordneten Syrizas sind Frauen, die nach einem Proporz-System über offene Listen gewählt wurden. Sie wurden also aufgrund ihrer lokalen Führungsqualitäten berufen. Sie ließen bei jener ersten Fraktionssitzung, die Alexis Tsipras eröffnete, keinen Zweifel, dass die Gleichberechtigung von Frauen nicht auf später verschoben werden kann.

Auch innerhalb der Gewerkschaften öffnen sich neue Räume für Radikalität. Der dramatische Zusammenbruch der alten politischen Ordnung könnte die Gewerkschaften tief erschüttern, deren Strukturen eng mit den alten Parteien Pasok, KKE, und Nea Dimokratia verknüpft sind. Außerdem entstehen in Athen, wo über die Hälfte der Landesbevölkerung lebt, radikale unabhängige Gewerkschaften. Die Konsequenzen dieser Veränderungen sind für Syriza noch nicht abzusehen. Aber sie eröffnen Möglichkeiten für intensive Gewerkschafts-Arbeit an der Basis, die wiederum den radikalen Charakter Syrizas stärken könnte – vor allem in möglichen Regierungsprojekten.

Auch wir sind zum Handeln aufgefordert. Im Zusammenhang mit der Niederlage Sarkozys in Frankreich hat der Aufstieg Syrizas dem Widerstand gegen die Austeritätspolitik in ganz Europa ein neues Moment verliehen und die Machtverhältnisse innerhalb der EU verschoben. Doch es reicht nicht aus, zu applaudieren und dann den Saal zu verlassen. Die vermeidbare Katastrophe, die der griechischen Bevölkerung auferlegt wurde, verschlimmert sich jeden Tag. Syriza stellt klar, dass das Memorandum nicht allein durch griechischen Widerstand revidiert werden kann.

Die effektivste Form europäischer Solidarität wäre es, von Syriza zu lernen und in unseren jeweiligen Ländern neue politische Organisationsformen zu entwickeln, die zu starken populären Kräften werden können. Sie sollten all jenen die Teilhabe ermöglichen, die auf (von vielen als sozialistisch definierten) Werten beruhende Alternativen zum Kapitalismus entwickeln wollen. Sie sollten jedoch keine starren Modelle als Zielvorstellungen formulieren.

Syriza zeigt, wie bewegungsorientierte Politik mit disziplinierten Interventionen in das politische System vereint werden kann, um die grundlegenden sozialen und politischen Rechte zu verteidigen, die von den Mainstream-Parteien als verzichtbar angesehen werden. Wir können ihrem Beispiel folgen, das unter dem Druck der extremsten Formen neoliberaler Austerität entstand. Eine grundlegende Veränderung der politischen Geographie Europas könnte sich mit weitreichenden Folgen auf Griechenland auswirken – und es Syriza ermöglichen, Hoffnungen nicht nur zu wecken, sondern auch zu erfüllen.

Dieser Artikel erschien unter dem Titel »Syriza shines a light« auf www.redpepper.org.uk. Aus dem Englischen von Tashy Endres





Oben: Syntagma Platz, Mai 2012
Unten: Wahlzentrale in Kypseli, Athen, Dimitris Alexakis

ZWEI JAHRE MOBILISIERUNGEN

PERSPEKTIVEN EINES DEMOKRATISCHEN BRUCHS IN SPANIEN

LUIS JUBERÍAS, EDGAR MANJARÍN, QUIM CORNELLES, AYOZE ALFAGEME UND CELESTINO SÁNCHEZ

Am 19. Juli 2012 gingen mehrere hunderttausend Menschen in über 80 Städten Spaniens auf die Straße. Sie folgten dem Aufruf der gesamten Gewerkschaftsbewegung (inklusive der nationalistischen Gruppen), von Berufsverbänden, Parteien, Kollektiven, Nachbarschaftsversammlungen und vielen anderen Bewegungen. Es war beeindruckend, die Polizisten als aktivste und entschiedenste Demonstranten zu erleben. Umfragen zufolge unterstützten 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Aufruf, auch 40 Prozent der Wähler des Partido Popular (PP). Sie demonstrierten gemeinsam gegen das Maßnahmenpaket der PP-Regierung, das die Arbeitslosenunterstützung kürzt, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel erhöht und eine zusätzliche Lohnzahlung aller Beamten streicht. Diese Reformen schienen vor kurzem noch undenkbar – trotzdem wäre es eine Illusion, anzunehmen, dass sich diese Kräfte plötzlich formiert hätten.

Was lässt sich über das Zusammentreffen verschiedener Kräfte auf den Straßen beim

Generalstreik am 29. März 2012 sagen?
Der Streik wurde zum ersten Mal von Gewerkschaften wie von sozialen Bewegungen getragen; Aktivisten und Studierende übernahmen bei den Blockadeaktionen Schlüsselrollen; mit einem Konsumstreik, Hacker-Aktionen und großen Mobilisierungen, sowohl in den sozialen Netzwerken als auch auf den Straßen. Immer mehr Bereiche des Sozialen politisieren sich, je enger sie sich von der Krise umstellt sehen: Mobilisierungen fürs Gesundheits- und Bildungssystem und die öffentlichen Universitäten, Verteidigung der Grundrechte, gegen Umweltzerstörung, der Marsch der Bergarbeiter, den die Bergbaugewerkschaften initiierten. Viele Formen der Kooperation, Synergien, Bündnisse und Gesten der Solidarität entstehen aus diesem abrupten Erwachen. Analysen, die lediglich einige Akteure der gesellschaftlichen Linken betrachten, würden der Inklusivität dieses andauernden Prozesses gesellschaftlicher Veränderung nicht gerecht werden.

KLASSENKOMPROMISS ZERBROCHEN, INSTITUTIONEN DELEGITIMIERT

Der Klassenkompromiss war nach dem Sieg über den Faschismus aus einem Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterbewegung und vor der Drohkulisse der kommunistischen Alternative entstanden. Zweifellos befinden wir uns derzeit auf dem Höhepunkt des Scheiterns der kapitalistischen Strategien, die seit ungefähr drei Jahrzehnten implementiert werden, um die Profitraten zu steigern: (Re-) Globalisierung der Ökonomien, Neoliberalismus (mit Privatisierungen und Angriffen auf die Gewerkschaften) und Finanzialisierung. Sie festigten die Vorherrschaft der Finanzoligarchie und die immensen sozialen Gegensätze: Die Reallöhne stagnierten und die Einkommensunterschiede vergrößerten sich immer weiter. Infolge der Krise von 2008 erlöschen die letzten Funken politischer Selbstbestimmung, der Wirksamkeit begrenzter Demokratie (und der Währungshoheit), die wir in Westeuropa genossen haben. Die einseitige Aufkündigung des Klassenkompromisses von oben zerstört die materiellen Grundlagen der bestehenden Institutionen, der demokratischen Entscheidungsspielräume, der Grundrechte. Die sozialen Kämpfe werden wieder in all ihrer Brutalität ausgetragen.

Mindestens zwei Momente sind besonders wichtig:

Am 10. Mai 2010 vollzieht Präsident Zapatero eine politische Kehrtwende. Zuvor hatte er stets versichert, Spanien würde von der Krise verschont bleiben und die spanischen Banken seien die stabilsten der Welt. Er kokettierte mit seinen antizyklischen Investitionen in Infrastrukturprojekte. Nun verkündet er, dass man den Gürtel enger schnallen müsse, um eine Intervention der Troika zu vermeiden. Er setzt eine Lohnsenkung um durchschnittlich 5 Prozent für alle Staatsbeamten durch und »flexibilisiert« den Arbeitsmarkt, was vor allem Entlassungen erleichtert. Die Gewerkschaften rufen für den 29. September zu einem Generalstreik auf, dem viele Menschen folgen. Erstmals gibt es in den Stadtteilen Unterstützungskomitees. Der Kurs der Regierung blieb unverändert. Aber die Gewerkschaften können in Verhandlungen Zugeständnisse bei der Vereinbarung über die Anhebung des Rentenalters auf 67

Jahre erreichen. Zu Beginn des Jahres 2011 fühlen sich die Gewerkschaften wieder als gesellschaftliche Verhandlungspartner respektiert und beginnen, eine – angesichts der gegebenen Machtverhältnisse möglichst gute – Umsetzung der »schmerzhaften Maßnahmen« auszuhandeln. Ihre Argumentation folgt der Logik des kleineren Übels. Sie gehen davon aus, dass sich die Beschäftigten und der Rest der Bevölkerung nicht ausreichend für die Verteidigung ihrer Rechte mobilisieren ließen und von der Krise gelähmt würden. Diese Einschätzung erweist sich als komplett falsch.

Der zweite entscheidende Moment: Am 20. Juli 2012 unterzeichnet die Regierung das Memorandum mit den Gläubigern der Hilfskredite (der Troika) zur Rettung des spanischen Finanzsektors. Es verpflichtet das Land zu einer Reihe politischer Auflagen, die vor allem auf die Beschneidung von Rechten und eine Senkung öffentlicher Ausgaben abzielen. Dies provoziert die Proteste vom 19. Juli. Der Wortlaut des Memorandums wird der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Es sickert nur über Internetseiten anderer Länder an die Öffentlichkeit und muss erst von Bürger-Plattformen ins Spanische übersetzt werden. Als Präsident Rajoy Tage zuvor dem Kongress das Maßnahmenpaket vorgestellt hatte, hatten die Abgeordneten der PP begeistert geklatscht. Als die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung angekündigt wurde, rief die PP-Abgeordnete Andrea Fabra: »Que se jodan!« (wörtlich etwa »Sollen sie sich doch ficken!«). Die sozialen Netzwerke liefen Sturm, vor dem Kongress und dem Sitz der PP – aber auch dem der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE – wechselten die Demonstrationen einander ab, und *#quesejodan* wurde zum Erkennungsmerkmal aller Gegner des Sparpaketes und des Memorandums.

Beide Szenen zeugen von der Unfähigkeit, Korruption und der daraus folgenden Delegitimation der Akteure[1] und des institutionellen Rahmens der sogenannten Übergangsphase – wie die spanische Kopie eines demokratischen Sozial- und Rechtsstaates genannt wird, der aus dem Klassenkompromiss nach Francos Tod hervorging. In Folge dessen vollzog sich in den letzten zwei Jahren ein intensiver Politisierungsprozess, in dem große Teile der Bevölkerung auf die Straße gingen und sich die organisierte Linke nicht weiter an der Taktik des kleineren Übels festhalten konnte. Es scheint, dass nur ein Bruch mit dem System, das als korrupt und hinfällig wahrgenommen wird, und die Ausrichtung auf einen gesellschaftlichen Wandel, der die Demokratie vertieft und die Rechte der Bevölkerung verteidigt, noch ein gangbarer Weg wäre.[2]

DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DER BEWEGUNG 15-M

Wir erleben nicht nur einen Zerfall der Institutionen, sondern sind auch Teil eines Mobilisierungsprozesses, in dem die Spielregeln neu verhandelt werden. Die Bewegung verändert sich unaufhörlich. Die Konventionen und die politische Kultur des »Übergangs« sind ausgehöhlt, die Bewegung steht im Zentrum der Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Grundkonsenses und neuer soziopolitischer Räume.

Kurz vor den Kommunalwahlen und nach mehreren Monaten, in denen der Unmut sich noch keine Wege bahnen konnte,[3] riefen soziale Netzwerke zur Demonstration des 15.



Gewerkschafts-demonstration, Spanien, Juli 2012, Fotomovimiento

Mai 2011 auf. Daraus entstand die »Bewegung der Plätze«, die die Massenmedien »Los Indignados« (Die Empörten) tauften. Die polizeiliche Räumung einiger Dutzend Menschen, die auf der Plaza del Sol in Madrid ein Lager aufgeschlagen hatten, löste eine massive Protestwelle gegen die Sparpolitik aus, die von Brüssel diktiert und von der Regierung unterzeichnet wurde. »Echte Demokratie, jetzt! Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern!«, »Sie repräsentieren uns nicht!«, die Kritik am Zweiparteiensystem »PPSOE«[4] und dem ungerechten Wahlrecht waren nicht zufällig die zentralen Slogans der Bewegung, die im Mai 2011 entstand. Direkter ziviler Ungehorsam gegenüber den Institutionen wurde zu einem Massenphänomen.

Die Gründe der Mobilisierung sind leicht zu verstehen: 25 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos. Bei den Unter-35-Jährigen ist es sogar jeder Zweite – der Rest arbeitet in prekären Verhältnissen. Jeden Tag werden hunderte Menschen zwangsgeräumt. Die Studiengebühren wurden exorbitant erhöht, die öffentlichen Leistungen gekürzt. Täglich kommen neue Korruptionsskandale in der Politik und der Finanzwelt ans Licht.

Die Interpretationen der Geschehnisse sind meist oberflächlich, wenn nicht herablassend. Die Bewegung wird oft nur mit den Camps und Versammlungen in Verbindung gebracht oder als Akteurin gesehen, mit der man verhandeln, der man etwas beibringen und von der man etwas fordern könne. 15-M

lässt sich darauf nicht reduzieren – auch nicht auf die Vielzahl aktivistischer Gruppen reduzieren, die in der Kontinuität der Mobilisierungen von 2011 stehen. Wir verstehen die Bewegung als tiefen gesellschaftlichen Impuls. Sie ist ein Werden, eine tiefe Strömung, die sich quer zu Klassen- und Milieuzugehörigkeiten durch alle Strukturen der Zivilgesellschaft zieht. Sie ergreift auch die Parteien und Gewerkschaften, die auf einmal intensive Debatten führen und ihr Verhalten ändern.
Die Bewegung formuliert Gegenvorschläge zu den Machenschaften der politischen und wirtschaftlichen Kräfte – und zeigt die Notwendigkeit, kollektiv neue Perspektiven für weite Teile der Gesellschaft zu entwickeln. Sie sahen, dass das Undenkbare unausweichlich wurde und sich alte Gewissheiten in Luft auflösten.

Die Mobilisierungen explodierten: Die »Bewegung der Plätze« und hunderte Camps entstanden; aktivistische Kollektive wurden überall neu gegründet und Aktivismus verbreitete sich in sozialen Netzwerken; die »Plattform der Betroffenen von Hypotheken« (PAH) wuchs; der internationale Aktionstag am 15. Oktober internationalisierte die Mobilisierungen; es kam zu etlichen Demonstrationen z.B. für das Gesundheitssystem und öffentliche Bildung, und viele anderen Initiativen entstanden. Umfragen zeigten, dass die Proteste während der ganzen Zeit bei ca. 70 Prozent der Bevölkerung auf Zustimmung stießen. Es war und ist mehr als nur ein Symptom. Die Praxen sozialer Kämpfe wurden erweitert, neue Organisationsformen entwickelt und materielle und kulturelle Ressourcen erschlossen: Mobilisierung durch soziale Netzwerke, kollektive Organisation von Diskursen und Mobilisierungen durch Twitter, Überschwemmung des Internets mit Inhalten, die sich schnell verbreiten, ziviler Ungehorsam, die Besetzung öffentlicher Plätze und Räume…, um nur einige von ihnen zu nennen.

Am 29. März 2012 rief die gesamte Gewerkschaftsbewegung zum Generalstreik auf. Das erklärte Ziel des Streiks war es, die Arbeitsmarktreform und die Demontage des Tarifrechts aufzuhalten. Er wurde zum Anlass, die breite politische Ablehnung der Bankenrettungen, Kürzungen und der Privatisierung öffentlicher Leistungen auszudrücken. Verschiedene Kräfte trafen zusammen und begannen sich – nicht ohne Widersprüche – zu verbünden. Auf der Grundlage gleicher Kämpfe, die sich im Laufe der Zeit konsolidiert hatten und zu Bezugspunkten geworden waren, begann sich ein Programm von Alternativen abzuzeichnen, das im Rahmen der Aktionstage am 12. bis 15. Mai 2012 weiter konkretisiert wurde.

MÖGLICHKEITEN FÜR DEMOKRATISCHE BRÜCHE

In den nächsten Monaten werden sich voraussichtlich drei Dynamiken verstärken und die Möglichkeitsbedingungen für einen demokratischen Bruch festigen:

1 | Das Experimentieren, die Konfrontation, die Formulierung von Alternativen und die Koordinierung verschiedener Erfahrungen und Ausdrucksformen von Mobilisierung werden sich fortsetzen.[5]

2 | Die stetige Mobilisierung, getragen von den Gewerkschaften zusammen mit anderen Organisationen, wird an Masse und Intensität zunehmen und zumindest in einem Generalstreik gipfeln.[6]

3 | In den Organisierungsprozessen wird sich die Möglichkeit einer politischen Bewegung eröffnen, die auf institutionelle Veränderungen und die Verteidigung der Rechte der Bevölkerung abzielt.

Die Prozesse sind ergebnisoffen und entstehen aus der Praxis. Anders lässt sich Politik in diesen instabilen Zeiten nicht begreifen. Drei Aspekte sind zentral, um neue Mehrheiten zu mobilisieren: institutionelle Veränderungen sind in den Blick zu nehmen; die Taktik des geringeren Übels ist in der Krise; und: Wir müssen ein Klima schaffen, in dem ein anderer gesellschaftlicher Grundkonsens und soziopolitische Räume definiert werden können.[7]

Aus dem Spanischen von Tashy Endres

---

1 Die linken Parteien und Gewerkschaften, die sich selbst als Repräsentantinnen bestimmter Interessen oder Ideologien begreifen und organisieren, werden als Teil dieses krisenhaften institutionellen Systems gesehen und daher abgelehnt.

2 Diese Ausrichtung der Mobilisierung auf institutionelle Veränderung wird z.B. durch das Wohlwollen illustriert, mit dem sie auf die Entscheidung linker Gruppen im Parlament reagierte, den Kongress zu verlassen, als die Regierung am 19. Juli 2012 über ihr Kürzungspaket abstimmen ließ. Diese lehnten dadurch eine Komplizenschaft ab und zeigten Möglichkeiten institutioneller Brüche auf. Das Vorgehen ist vergleichbar mit der Weigerung der katalanischen Linken, sich am 15. Juni 2011 an der Abstimmung über den Haushalt zu beteiligen, der massive Einschnitte bei den Sozialleistungen, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich, vorsah. Angesichts des Aufrufs der »Bewegung der Plätze«, die Zugänge zum Parlament zu blockieren, um die Teilnahme der Abgeordneten an der Abstimmung zu verhindern, weigerten sich die linken Parteien, die Legitimität des Parlamentes zu verteidigen.

3 Während dieser Zeit hatten eine Reihe von Initiativen und aktivistischen Gruppen an Momentum gewonnen. Dabei ist besonders die Plattform der Betroffenen von Hypotheken (PAH) zu erwähnen, die das Recht auf Wohnraum verteidigt, Zwangsräumungen verhindert und die sogenannte *dación en pago* fordert. (Bei dieser Regelung werden Menschen, die ihre Hypotheken nicht mehr abzahlen können, ihre Schulden erlassen, wenn sie ihre Wohnung der Gläubigerbank überschreiben – anstatt nach einer Zwangsversteigerung weiterhin den Kredit bedienen zu müssen. Anm. d. Übers.) Ab April nahmen Mobilisierungen gegen die Kürzungen im Öffentlichen Dienst massiv zu, die die frisch gewählte katalanische Regierung vor allem im Gesundheitssektor vorantrieb. Die Mitarbeiter der medizinischen Einrichtungen organisierten sich in Betriebskomitees und blockierten Autobahnen. Mehrere tausend Pflegerinnen folgten Aufrufen der sozialen Netzwerke auf die Straße. In der zweiten Maiwoche war die gesellschaftliche Agitation überall zu spüren, die Initiativen und Proteste vervielfachten sich. Die gesamte politische, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Linke rief zu einer Demonstration gegen die Kürzungen auf und am 14. Mai zog eine riesige Demonstration durch die Straßen Barcelonas.

4 »PPSOE« zieht ironisch die abgekürzten Namen der beiden großen Parteien – Partido Popular (PP) und Partido Socialista Obrero Español (PSOE) – zusammen. Anm.d.Übers.

5 In diesem Sinne ist die Formulierung eines »Plan de Rescate Ciudadano« (in etwa: »Rettungsschirm für die Bevölkerung«), der ihre wichtigsten Ziele zusammenfasst, ein wichtiger Schritt im Entwicklungsprozess und für die Wirksamkeit der Bewegung.

6 Wir möchten jedoch noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Gewerkschaften bis heute vor allem als institutionelle Akteure begreifen, die der Kooperation und Konzertation verpflichtet sind. Teile der PSOE-Führung befürworten einen Aufruf zu nationaler Einheit in Form einer Einheitsregierung und der Wiederauflage der »Abkommen von Moncloa« (die die Politik des »Übergangs« nach Francos Tod begründet hatten, Anm. d. Übers.). Würde die Gewerkschaftsführung einem solchen hypothetischen Aufruf folgen, verlöre sie sowohl bei der Gewerkschaftsbasis als auch in der Bevölkerung massiv an Legitimität. Sie sollten nicht vergessen, dass die Zerstörung der Gewerkschaften und ihrer Verhandlungsmacht wichtiger Bestandteil des oligarchischen Programms zur Beendigung der Krise ist.

7 Angesichts des Niedergangs des Zweiparteiensystems ist es unumgänglich, eine politische Perspektive auf katalanischer sowie auf nationaler und europäischer Ebene zu eröffnen. Sonst überließe man der extremen Rechten ein politisches Feld. (Bei den letzten Wahlumfragen beabsichtigten nur insgesamt 40 Prozent der Befragten, für die PSOE oder die PP zu stimmen, wobei die PSOE am meisten verlor.) Um einen europäischen Ausweg aus der Krise, ein anderes Europa gestalten zu können, sind Prozesse der Massenmobilisierung auf europäischer Ebene notwendig. Jeder Versuch einer koordinierten Antwort der europäischen Arbeiterbewegung muss große Herausforderungen bewältigen. Daher müssen wir eine Initiative ins Leben rufen, die es erlaubt, Allianzen und gemeinsame politische Praxen zu entwickeln. In aktivistischen Kreisen wird unter großer Zustimmung die Einrichtung eines Sozialrats zur europäischen Schuldenkrise vorgeschlagen.



KAREN STUKE UND MARTIN EBERLE

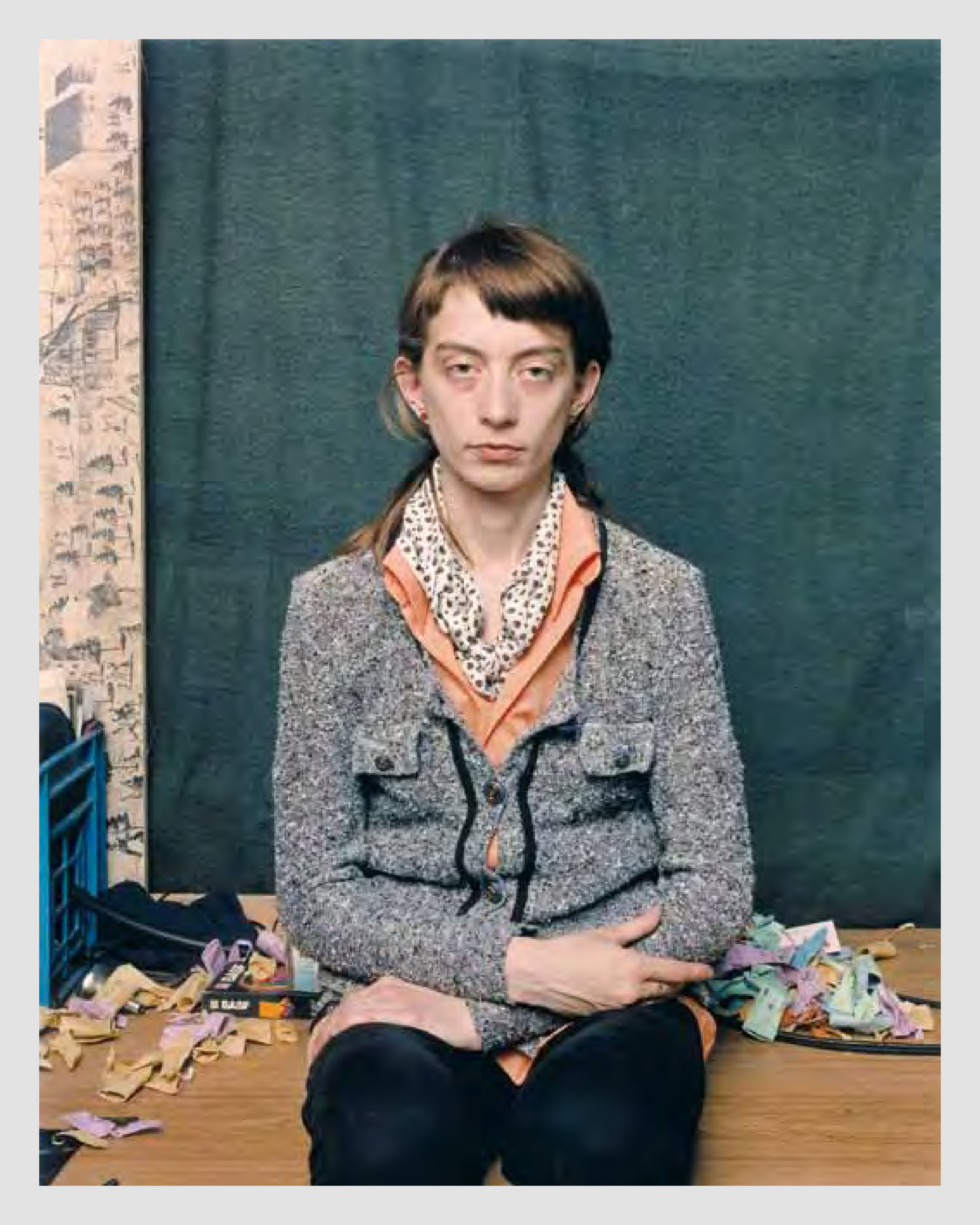
Die Bilder von Martin Eberle aus seinem Foto-Projekt »After Show« zeigen Musikerinnen und Musiker direkt nach dem Auftritt. Erschöpfung und Müdigkeit nach Verausgabung von Kreativität, der ganzen Kraft; Triumph und Spaß klingen noch nach. Die »Befreiung« des Nachtlebens war lange Gegenwelt zur Regulierung der Arbeitswelt. Mit dem Neoliberalismus sind die Grenzen verwischt: Die Künstler werden Vorbild neoliberaler Arbeit; wo »freie« Zeit beginnt, ist unklar; das Nachtleben wird bisweilen organisiert wie Arbeit. Der Schlaf bleibt das letzte Rückzugsgebiet, rar zwischen der Aufregung der Selbstverwirklichung und der Erschöpfung.
Karen Stukes Bilder fassen den Schlaf der ganzen Nacht in einer Aufnahme. Die Körper werden unscharf. »Sleeping Sister« antwortet auf »Schlafes Bruder«: die Schwester des Todes, die dunkle Seite der Negation von Arbeit und Leben. Die Rückgewinnung von Erholung, Frische und Ausgeruhtheit bedarf der sozialen Wachheit.

Text: Christina Kaindl; Fotos: S. 132f © Karen Stuke v.l.n.r. »Bielefeld Brackwede« 2003, »Istanbul« 2003, »Los Angeles« 2007; S. 134f © Martin Eberle v.l.n.r. »Silke-Sonja Müller« 2004 und »Doc Schoko« 2004

MÜDE–GROGGY









MEXIKO IN BEWEGUNG – FÜR ECHTE DEMOKRATIE

Proteste gegen Wahlbetrug in Mexiko begannen sechs Wochen vor der Wahl, als bekannt wurde, dass das Privatfernsehen Peña Nieto (PRI) systematisch bevorzugte. Ihm wird Korruption und blutige Unterdrückung seiner Kritiker vorgeworfen.
Die Studierendenbewegung – Yo Soy#132 – forderte eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Kommunikationsmittel. Das Bündnis Convención Nacional Contra la Imposición, CNCI, aus Linken, Studierenden und GewerkschafterInnen rief nach den Wahlen zu Demonstrationen auf, denen sich Zehntausende anschlossen. Sie füllten die Straßen und Plätze und forderten »wirkliche Demokratie«, weitgehend ignoriert von den offiziellen Medien.
Der Fotograf Ricardo Ramírez Arriola lebt in Mexiko-Stadt und arbeitet mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen.





HUMANIDAD
MEJOR
RENEGADO
PENDEJO




¡NO
A OTRO

PARTEI, BEWEGUNG, RADIKALE LINKE

STRATEGISCHE BÜNDNISSE BRAUCHEN EIGENSTÄNDIGKEIT DER BETEILIGTEN

CHRISTOPH KLEINE

Für die Belebung der Debatte über das Verhältnis von außerparlamentarischer Linker und Linkspartei in den letzten Monaten lassen sich zwei – durchaus positive – Voraussetzungen nennen: Erstens die gemeinsamen Erfahrungen in den großen ungehorsamen Massenaktionen der letzten fünf Jahre, von Heiligendamm 2007 über die Blockaden der Dresdner Naziaufmärsche und Castor Schottern bis hin zu Blockupy Frankfurt. Nicht nur in diesen großen Kampagnen, sondern auch in vielen lokalen und regionalen Mobilisierungen haben Parteilinke und Bewegungslinke zusammengearbeitet, ihre jeweiligen Fähigkeiten und Stärken eingebracht, politische Perspektiven ausgelotet. Viel Vertrauen in die Verbindlichkeit von Absprachen und in die Möglichkeit von Kooperationen ist entstanden. Vorurteile gegenüber BewegungsaktivistInnen, dass sie in Aktionen unverantwortliche Abenteuer anzetteln und mit einem nicht abgesprochenen Konfrontationsniveau die Tragfähigkeit der Bündnisse überlasten würden, wurden abgebaut, und auch die Parteilinke hat

gezeigt, dass sie unter staatlichem oder medialem Repressions- und Distanzierungsdruck nicht sofort einknickt, sondern solidarisch zu den gemeinsamen Interventionen steht.

Diese positiven Bündniserfahrungen gepaart mit der Einschätzung, dass die Zumutungen des deutschen und europäischen Krisenregimes die gesamte Linke vor große und neue Herausforderungen stellen, führten dann zweitens in der aktuellen Krise der Partei zu der mitunter überraschenden Selbsterkenntnis vieler Nicht-Parteilinker, dass ihnen die – nun als gefährdet wahrgenommene – Existenz der Linkspartei als parlamentarisch verankerter, medial präsenter und bundesweiter Akteur nicht gleichgültig sein konnte. Zur Wahl der neuen Parteivorsitzenden kursierten bewegungsöffentliche Aufrufe, sowohl für den Vorschlag der weiblichen Doppelspitze Kipping/Schwabedissen als auch für die Kandidatur Bernd Riexingers.

In dieser Debatte kündigte sich ein neues Ausloten der gegenseitigen Beziehung der verschiedenen Akteure der gesellschaftlichen Linken an. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es unter den außerparlamentarischen Linken sehr unterschiedliche Bezugnahmen auf die Linkspartei gab und gibt. Während die einen vor allem die radikalere, antikapitalistische Strömung in der Partei stärken und daher die Wahl von Dietmar Bartsch verhindern wollten, ging es anderen mehr um den Ausbruch aus den festgefahrenen Strömungskämpfen, bei denen noch immer zu befürchten steht, dass der Sieg eines Flügels nur die Ouvertüre für den gemeinsamen Untergang sein wird.

Die meisten AktivistInnen – zumindest aus dem Spektrum der Interventionistischen Linken – lehnten jedoch eine öffentliche Positionierung zu den internen Auseinandersetzungen der Linkspartei ab. Sie sahen die Stellungsauseinandersetzungen und Machtkämpfe in der Partei die LINKE nicht als ihre Sache an. Vor allem aber befürchteten sie, dass eine öffentliche Positionierung die Kritik an der Parteiform und am Parlamentarismus, die gerade ein konstitutives Moment für die eigene Verortung als radikale Linke ist, unsichtbar machen würde. Dies gilt umso stärker, wenn zum Erfahrungshintergrund nicht nur die solidarische Zusammenarbeit in bundesweiten Kampagnen, sondern z.B. auch jahrelange Auseinandersetzungen mit einer rot-roten Stadtregierung in Berlin gehören, die in Sachen Kürzungspolitik oder Stadtentwicklung wie auch in der Bezugnahme aufeinander stets als politischer Gegner der Bewegungen agiert hat. Den etwas älteren GenossInnen steht zudem noch die Entwicklung der Grünen von einer sehr bewegungsnahen Partei zu einem vollständig integrierten Teil des bürgerlichen Politikbetriebs als warnendes Beispiel vor Augen.

AUFBRUCH NACH GÖTTINGEN?

Der Göttinger Parteitag hat mit dem Führungsduo Kipping/Riexinger offensichtlich Chancen eröffnet, die Einheit der LINKEN als pluralistische Partei zu erhalten und die Strömungsauseinandersetzungen aus den Grabenkämpfen zu holen. In diesem Kontext und mit dem neuen Parteivorstand scheint sich auch die Möglichkeit zu eröffnen, ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit mit den Bewegungs- und radikalen Linken außerhalb der Partei aufzuschlagen. »Hoffnung auf Aufbruch« ist dann auch eine Erklärung überschrieben, mit der AktivistIn-

nen ihren Parteieintritt öffentlich erklärten. Raul Zelik schrieb unter dem Titel »Fast eine Liebeserklärung« (*Neues Deutschland*, 16.6.2012) einen Essay, der zunächst alle Einwände gegen Parteipolitik und Parlamentarismus aufruft und feststellt, dass »parlamentarische Politik nicht Kern eines emanzipatorischen Projekts sein (kann)«, um am Schluss dann doch festzustellen, dass er in die Linkspartei als »Ort der gemeinsamen Praxis« eintritt.

Neben der offenen Frage, was denn »gemeinsame Praxis« wirklich und konkret für die Neumitglieder heißt, musste diese Aufforderung zum Parteieintritt durch jene Linke zurückgewiesen werden, die auf ihrer Unabhängigkeit bestehen und/oder aus guten Gründen eigene organisatorische Projekte verfolgen. Wenn wir die neu entstandene Debatte um das Verhältnis von Bewegungs- und Parteilinken, von Partei, Bewegung und linker Organisierung produktiv wenden wollen, müssen wir sie aus der Engführung einer Mitgliedschaftsdebatte befreien. Ja, wir brauchen eine Debatte um den Kapitalismus und die Strategien zu seiner Überwindung, wir brauchen den Streit um das Zusammenspiel von Bewegungen und linken Organisationen (seien diese parteiförmig oder nicht), wir müssen über die Aufgaben linker und linksradikaler Organisierung reden und den Ort dafür bestimmen.

EIGENSTÄNDIGKEIT IN DER ZUSAMMENARBEIT

In der aktuellen Debatte wird meist unterstellt, dass alle Linken ungefähr dieselben strategischen Ziele teilen: Die gesellschaftliche Transformation, die Überwindung des Kapitalismus, das emanzipatorische Projekt oder den demokratischen Sozialismus. Die Unschärfe dieser Begriffe verstellt jedoch den Blick auf wesentliche Unterschiede zwischen der moderaten und der radikalen Linken. »Gesellschaftliche Transformation« kann sowohl ein anderes Wort für Revolution sein, also für den bewaffneten Aufstand, den Sturz der Regierungen und die Umwälzung der Eigentumsordnung – oder auch nur das Ringen um die parlamentarischen und gesellschaftlichen Mehrheiten für eine effektive Finanzmarktkontrolle, ein neues Sozialstaatsmodell und die Ausweitung von Öffentlicher Beschäftigung bezeichnen.

Während die Politik der radikalen Linken von der Notwendigkeit eines (revolutionären) Bruchs ausgeht und sich in grundsätzlicher Gegnerschaft zum bürgerlichen Staat und seiner Exekutive befindet, kann eine linke (Wahl-) Partei nie in gleicher Weise anti-staatlich sein, da doch ein wesentlicher Teil ihrer Politik darin besteht, gerade die Beteiligung am Staat (mindestens an den Parlamenten und ggf. sogar an Regierungen) anzustreben und die Handlungsspielräume im bürgerlichen Staat zu nutzen.

Für beide strategischen Optionen gibt es gute Argumente und sie sind in der politischen Realität oft weniger unterschiedlich, als es die theoretische Gegenüberstellung suggeriert. Die radikale Linke wird selbstkritisch anerkennen müssen, dass ihre Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit jenseits punktueller Großkampagnen eher schwach ausgeprägt ist. Wenn sie sich nicht von vornherein in einer minoritären Position einrichten will, ist sie zudem angewiesen auf einen gesellschaftlichen Resonanzraum, den sie ohne die Vermittlungsleistung sowohl der moderateren Bewegungsteile wie der Parteilinken kaum erreichen kann. Auch bei



Protestcamp vor einem College in Bristol 2011, Paul Williams (Iron Ammonite)

der Überwindung der eigenen Zersplitterung und der Herausbildung bundesweit handlungsfähiger, kontinuierlicher Organisationsformen steht die radikale Linke noch ganz am Anfang. Vor diesem Hintergrund verbieten sich lauthals vorgetragene Wahrheitsansprüche von selbst.

Strategische Bündnisorientierung bedeutet, die vorhandenen Differenzen ebenso wie die jeweiligen Defizite jeder strategischen Option nicht nur anzuerkennen, sondern die Pluralität der Linken vielmehr als Bedingung für den Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht und die Überwindung des Kapitalismus anzuerkennen.

Die Gruppe Soziale Kämpfe sagt nun zur Begründung ihres Plädoyers für die Mitarbeit radikaler Linker in der Partei: »Strategische Bündnisse sind wichtig, aber zu kurz gedacht.« Nach meiner Überzeugung liegt hierin sowohl Unterschätzung der Verbindlichkeit und Tiefe, die strategische Bündnisse erreichen können, als auch Überschätzung der inhaltlichen und strategischen Pluralität, die innerhalb der Organisationsstrukturen der Linkspartei sinnvoll umsetzbar wäre. Wenn nämlich einerseits der Anspruch besteht, dass die Partei »verdichtend, vorantreibend und organisierend [...] wirken«[1] soll, und gleichzeitig anerkannt wird, dass »Die LINKE [...] nicht homogen, sondern ein umkämpftes Feld verschiedener Akteure«[2] ist, dann müssten sich die radikalen Linken in der Partei als weitere, separate Strömung organisieren, um einen gemeinsamen Ort für die strategische Bestimmung ihrer Politik zu haben. Wer nicht die nächste Runde erbitterter Strömungskämpfe einläuten möchte, kann sich dieses Szenario kaum wünschen.

Ihrer Verantwortung für die gesamte Linke kann die LINKE nur nachkommen, wenn sie zwei Aufgaben löst: den Zusammenhalt zwischen den östlichen und westlichen Landesverbänden zu sichern und bei den bevorstehenden Wahlen, insbesondere bei der Bundestagswahl 2013, ihre parlamentarische Existenz zu erhalten. Hierfür braucht die LINKE vor allem Mitglieder, die in den Fußgängerzonen Infostände aufbauen, die engagiert und überzeugt Wahlkampf machen, die sich als KandidatInnen um Mandate bewerben und die z.B. die Sisyphosarbeit in einem Stadtparlament auf sich nehmen, ohne sich dort völlig integrieren oder korrumpieren zu lassen. Und natürlich muss es auch AktivistInnen geben, die als VertreterInnen ihrer Partei in Kampagnen und Initiativen die strategische Kooperation mit den sozialen Bewegungen und anderen organisierten Linken mit Leben erfüllen.

Die Vorstellung einer »Bewegungspartei«, die entweder den parlamentarischen Arm der Bewegungen bildet (was schon deswegen eine illusionäre Vorstellung ist, weil dann Bewegungen der Kopf der Partei werden müssten) oder die Bewegungen gar führen und organisieren soll, ist problematisch. Zum einen, weil die Linkspartei damit ihre Existenzgrundlage, nämlich linke Wahlpartei zu sein, vernachlässigen würde. Zum anderen, weil damit die Bewegungen als Orte, an denen organisierte Linke unterschiedlicher Strömungen, radikale und moderate, mit unorganisierten »Bewegten« zusammenkommen und an denen das notwendige Moment der Spontaneität zur Geltung kommt, nicht anerkannt würden. Die Unabhängigkeit der Bewegungen, ihre sowohl von linken Wahlparteien als auch von revolutionären Organisationen unterschiedene Eigenlogik muss erhalten und verteidigt werden. Der

Versuch, diese Vielfalt und diese Logik in einer Partei abzubilden, muss scheitern und würde die Bewegungen zerstören.

Aus der Sicht der Bewegungen und der Linkspartei selbst ist hingegen das Konzept einer bewegungsorientierten Partei völlig richtig. Eine Partei, die an den sozialen Bewegungen und Kämpfen aktiv und selbstbewusst teilnimmt und den anderen AkteurInnen darin auf Augenhöhe und mit Verbindlichkeit begegnet, ist ein Gewinn für die gesamte Linke. Und auch die Partei hat viel zu gewinnen, wenn sie in lernender Offenheit in den Bewegungen präsent ist – das ist letztlich die einzige Versicherung gegen die immanenten Gefahren jeder Organisation, aber insbesondere der Parteiform, nämlich Bürokratismus, Erstarrung und schleichende Integration in die Institutionen des bürgerlichen Staates. Der Blick auf die Bewegungen ist umso wichtiger, als die gegenwärtige kapitalistische Krise nicht nur eine Krise der Ökonomie und des Sozialen ist, sondern auch eine Krise der Repräsentation, was sich in den Forderungen nach echter Partizipation und dem Ausprobieren neuer demokratischer Formen ausdrückt.

Reibungspunkte zwischen der Linkspartei und der außerparlamentarischen Linken wird es immer geben. Sie können über Aktionen auf der Straße entstehen, da immer wieder konkret ausgekämpft werden muss, ob und inwieweit für die Partei bestimmte Aktionsformen, neue Grenzüberschreitungen und der Kampf um die Ausweitung der Legitimität von Widerstand möglich sind. Zum anderen wird es auch politisch-inhaltliche Reibungen geben, insbesondere bei Beteiligung der LINKEN an kommunalen Mehrheiten oder Landesregierungen (gegenwärtig nur noch in Brandenburg, daher ist das Reibungspotenzial eher gering). Spätestens aber, wenn die rot-rot-grüne Option auf Bundesebene wieder realisierbar zu werden scheint, ist der Streit notwendig und sollte auch von der Partei gewollt sein.[3]

Ein ermutigendes Zeichen für die künftige strategische Kooperation war die Einladung des Parteivorstandes zum »Ratschlag Gewerkschaften und soziale Bewegungen«, der erstmals am 15. Juli stattfand und im September fortgesetzt werden soll. Jedenfalls, wenn dieses Treffen sich zu einem Ort des strategischen Austauschs über die Perspektiven und Konzepte linken Widerstandes gegen das europäische Krisenregime entwickelt, sich aber nicht in der Planung und Koordinierung von Kampagnen verliert, die auf den jeweiligen Bündnis- und Bewegungstreffen besser aufgehoben sind. Die Notwendigkeit und auch das Bedürfnis nach einer Vertiefung und Verstetigung strategischer Kooperationen von Partei, Bewegungen und organisierter außerparlamentarischer Linker ist vorhanden und sollte genutzt werden. Diese Debatte wird dann produktiv werden und den Anspruch an strategische Bündnisse einlösen können, wenn sie die Unterschiedlichkeit und Eigenständigkeit der Beteiligten als Voraussetzung akzeptiert.

1 »Hoffnung zum Aufbruch« http://www.lafontaines-linke.de/2012/06/eintritt-linkspartei-die-krise-beende/

2 Gruppe Soziale Kämpfe: »Weiter so« in der Krise?, in: *Neues Deutschland*, 30.6.2012.

3 Es bleibt zu hoffen, dass auch bei möglichen Mehrheiten die Festlegung aus dem Erfurter Programm Bestand haben wird, dass sie sich nicht an einer Regierung beteiligt, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr zulässt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert.

»YOU CALL IT PIRACY. WE CALL IT FREEDOM«[1]

DIE PIRATENPARTEI UND IHRE WÄHLER – LIQUID PATCHWORK

HORST KAHRS

Die Wahlerfolge der Piratenpartei haben aufgeregte Fragen ausgelöst: Sind sie gekommen, um zu bleiben? Wer ist die Piratenpartei überhaupt? Entsteht eine neue linkslibertäre Partei, die den heimatlos gewordenen Sozialliberalismus beerbt? Wie begegnen die Piraten den institutionellen Mühlen? Und was lässt sich sagen über die Gesellschaft, die Erfolge der Piraten möglich macht?

Fünf Jahre dümpelte die Partei mit Wahlergebnissen von meist unter zwei Prozent vor sich hin, ausgenommen beachtliche 13 Prozent unter männlichen Erstwählern bei der Bundestagswahl 2009. Noch am 4. September 2011 reichte es in Mecklenburg-Vorpommern nur zu 1,8 Prozent. Zwei Wochen später brachten die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus mit 8,9 Prozent den Durchbruch und weitere Erfolge. Ist dieser plötzliche Erfolg mit den Themen und dem Handeln der – jeweiligen – Piraten zu erklären, mit jähen politischen Veränderungen, etwa neuen Angriffen des Staates auf die Freiheit der Netze? Wohl kaum.

Die politischen Themen der Piratenpartei – Netzpolitik, Urheberrecht, Grundeinkommen – spielten keine die Wahlentscheidung dominierende Rolle. In Nordrhein-Westfalen erklärten zuletzt gut 70 Prozent der Befragten, die Piraten gewählt zu haben, weil sie neu seien und sie aus Unzufriedenheit über die »Altparteien« »etwas Neues ausprobieren« wollten.[2] Identifikation und Bindung mit der Partei sind eher gering.

Die Motive und Interessen der Wählerinnen und Wähler der Piraten lassen sich also nicht aus den Selbstdarstellungen der Partei ableiten. Das Beständige im Verhältnis von Partei und Wählern ist das Unbestimmte und Offene, die Vielfältigkeit von Erwartungen und Projektionen, die die neue Partei auf sich zieht. Der Wahlerfolg entzieht sich als *work in progress* identitären Bestimmungen.[3] Das Phänomen lässt sich nur verstehen, wenn man es auf verschiedenen Ebenen einkreist und sich vor schneller Reduktion auf Bekanntes hütet.

»Piraten« haben zwei Existenzen: eine als reale historische Gestalt und eine in den Vorstellungen und Mythen. »Nicht ohne Grund formte und festigte sich deshalb der Piratenmythos in einer Zeit, in der industrielle Arbeit, geregelt von der Stechuhr bei den einen und dem Terminkalender bei den anderen, die freie Verfügbarkeit von Zeit immer mehr einengte.« (Bohn 2005, 6, 9, 110) Im Piraten-Bild finden sich »Momente eines ungebundenen, freien Lebens«, »die Gegenfigur des Arbeiters und Bourgeois und erst recht des Spießers […] In der populären Vorstellung besitzen piratische Gemeinschaften quasi urkommunistische Züge: sie organisierten sich demnach in demokratischer Selbstverwaltung, teilten ihre Beute nach ›gerechten‹ Grundsätzen und hatten, zumindest im überlieferten Fall der Bukaniere,[4] sogar eine Art Sozialhilfe« (ebd). Wer über den Namen der Partei hinweggeht, übersieht einen Zugang zum Mythos freier Vergemeinschaftung und Aneignung eines »gerechten Teils« in bedrängten Lebenslagen, in ungerechten Verhältnissen und bei Auflösung tradierter Normen. Etliche Piratengemeinschaften gingen auf Diggers und Levellers aus England zurück, die Umverteilung durch Aneignung öffentlichen Eigentums oder durch gewaltsame Enteignung von Reichen angingen. Unter Cromwell wurden sie – wenn nicht sofort zum Tode verurteilt – auf Galeeren und in Arbeitslager nach Übersee verschickt. Einigen gelang es, sich zu befreien, sich die Schiffe anzueignen; Gleichheitsideen wurden auf die Schiffsgemeinschaft übertragen. Die Geschichte der Piraten ist auch eine der Kaperbriefe, der staatlichen oder outgesourcten Freibeuterei des Handelskapitals in der Frühphase der ursprünglichen Akkumulation und der Neuaufteilung der Welt. Diese Übergangsphase zu einer neuen Produktionsweise wurde mit der Deklaration über das Seerecht von 1856 für beendet erklärt und Piraterie erneut geächtet (vgl. MEW 15, 427ff).

Historische Assoziationen erklären natürlich nicht die deutsche Piratenpartei. Sie schützen aber vielleicht vor kurzschlüssigen Erklärungsmustern wie »Parteienverdrossenheit« und verweisen auf tiefer gehende Brüche in der Legitimität von bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen, Verfahrensweisen und Institutionen, zumal der Parteiname selbst ausdrücklich an den kollektiven Mythos



Mexico, MaloMalverde

und ein piratisches Aneignungsverhältnis zum gesellschaftlichen Reichtum anknüpft.

Anders als die Grünen ging die Piratenpartei nicht aus langjährigen Debatten einer sozialen Bewegung hervor, sie ist, trotz »Zensursula« und ACTA, keine »Bewegungspartei«. Anders als PDS oder WASG gründete sich die Partei auch nicht als Reaktion auf historische Bruchsituationen, sei es der Untergang eines Staates oder einer sozialdemokratischen Traditionslinie.

Die Partei profitiert von den weitreichenden Umbrüchen in den technologischen Grundlagen der Gesellschaft und davon, dass den vorhanden politischen Kräften vielfach nicht mehr zugetraut wird, die vorhandenen Möglichkeiten der Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen auszuschöpfen und die Apologeten und Anwender dieser Veränderungen angemessen zu integrieren. Da scheint die Konzeptlosigkeit der Piratenpartei ehrlicher; sie »präsentieren sich als eine Partei, die selbst noch nicht weiß, was sie will [...] außer der Absicht, parteipolitisches Handeln aus seinen starren Gewohnheiten zu lösen, es transparent und nachvollziehbar zu gestalten« (Klönne 2012). Das Wohlwollen gegenüber den selbst erklärten Dilettanten entspringt aus der gestörten Beziehung eines Teils der Wähler zu den Altparteien. Der politische Betrieb wird als professionelle Inszenierung von Demokratie jenseits der Alltagspraxis wahrgenommen. Authentizität, Repräsentation und Partizipation in Sprache und Auftreten des politischen Personals werden vom professionalisierten Marketing nur als asymmetrische Kommunikation simuliert, den um »Vertrauen« wetteifernden Politprofis und ihren Agenturen gelten die Wähler als Flugsand, »der durch werbende Performance der Parteien und publizistische Kampagnen von materiell dazu fähigen Medien mal hierhin und mal dorthin getrieben wird; Partizipation von Mitgliedern der Parteien kann als virtuelles Spiel betrieben werden, dessen Regeln die Hauptamtlichen setzen« (Klönne 2012). Im Aufstieg der Piratenpartei manifestiert sich der verbreitete Protest gegen »Politik als Beruf« (Max Weber). Ob daraus eine dauerhafte Beziehung zu ihren Wählern entsteht oder ob es bei einem »Küblböck«-Effekt (schnell aufsteigend, schnell verschwindend) bleibt, ist offen.

Zwei Konstellationen für den wahlpolitischen Erfolg einer neuen Partei sind denkbar:



»Wach auf!«, MaloMalverde

Er kann die Abspaltung eines Teils der Wähler von einer anderen Partei ausdrücken, wie es im Westen 2005 und 2009 für WASG und die LINKE der Fall war. Oder er kann ein sich plötzlich einstellendes Ergebnis allmählicher Veränderung im Wahlverhalten sein. Dieser Fall liegt bei der Piratenpartei vor. In den Landtagen wird seit über einer Dekade nur noch gut die Hälfte der Wahlberechtigten parteipolitisch repräsentiert. Die Wahlbeteiligung und damit erst recht die politische Repräsentation liegt gerade bei den Jüngeren noch deutlich darunter. Die Landesregierungen repräsentieren nur ein knappes Drittel der Wahlberechtigten. Gleichzeitig nahm bei den jüngeren Wahlberechtigten die Bindung an eine bestimmte Partei deutlich ab. Als »Wechselwähler« wird der wachsende Anteil von Wahlberechtigten bezeichnet, der unter eher situativen und taktischen Erwägungen entscheidet, ob und wem er oder sie die Stimme gibt. Möglichkeitsbedingungen für den wahlpolitischen Erfolg einer neuen Partei, die es versteht, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und Lebensgefühl auszudrücken, sind somit seit längerem vorhanden.

Die typischen Wähler der Piratenpartei bei den vergangenen vier erfolgreichen Wahlen waren unter 40 Jahre alt, überwiegend jünger als 30 und mehrheitlich männlich. Alle sozialen Schichten sind vertreten, bei einem überdurchschnittlichen Anteil höher Qualifizierter und teilweise der unterdurchschnittlich Verdienenden. In der Summe aller

vier Landtagswahlen kamen 13 Prozent der Wählerschaft der Piratenpartei von der SPD, je 12 Prozent von der FDP und Der Linken, 9 von der Union und 8 von den Grünen. Ebenfalls 8 Prozent der Piraten-Wähler hatten zuvor eine kleinere Partei gewählt, 13 Prozent hatten nicht gewählt. Ein Viertel der Piraten-Wähler war bei der vorherigen Wahl im jeweiligen Bundesland nicht wahlberechtigt, also zugezogen oder Neuwähler. Auch wenn es einen leichten Überhang der Stimmen aus dem linken Lager gibt, die Piraten in Befragungen eher als Partei »links von der Mitte« angesiedelt werden und sie dies auch programmatisch abbilden, ist kennzeichnend, dass die Stimmen von jüngeren Leuten kommen, die sich zuvor über das gesamte Parteispektrum verteilten und politisch und sozial äußerst heterogen sind.

Der Absturz der FDP und die Occupy-Bewegungen haben die Piraten begünstigt. Das Motto »Mehr Netto vom Brutto« hatte für vielfältige Wünsche nach Teilhabe an den Früchten neoliberaler Umverteilungspolitik gestanden; unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise wuchs der Eindruck, dass es ohne gemeinschaftliche oder staatliche Garantien doch nicht gehen wird. Die FDP stürzte in den Umfragen bis zum Frühjahr 2012 ab, die Zeiten einer Ein-Punkt-Partei, eines maß- und wertelosen Klientelismus scheinen vorbei. Die Piraten kamen da mit ihrer Verteidigung der individuellen Freiheit gegen staatlichen Zugriff bei gleichzeitiger Garantie notwendiger gemeinschaftlicher Grundgüter wie Einkommen, Wohnen und Mobilität gerade recht. Zur Partei eines wiederbelebten Sozialliberalismus fehlt ihnen allerdings Entscheidendes: Selbst die Ordoliberalen bestanden darauf, dass eine zu große wirtschaftliche Konzentration nicht nur die Marktwirtschaft außer Kraft setzt, sondern auch die Reichweite demokratischer Entscheidungen unzulässig beschränkt. Bislang haben die Piraten die Macht von Facebook, Apple und Co. nicht in Frage gestellt. Möglicherweise würden darüber auch ihre Wähler auseinandergetrieben.

Die Occupy-Bewegung, hier stellvertretend für andere politische und soziale Aufbrüche 2011 erwähnt, entwickelte auf der losen organisatorischen Grundlage horizontaler sozialer Netzwerke jenseits parteiförmiger Politik ein neues politisches Einmischungsmodell. Die Piratenpartei erschien im Herbst 2011 in Deutschland als organische Fortsetzung dieser Politikform unter den Bedingungen des repräsentativen Systems: offen für breite Beteiligung, ausgeprägte horizontale Kommunikation mit hoher Konsensorientierung, themen- statt personenorientiert, vom Selbstverständnis her ein neues Betriebssystem für demokratische Partizipation. Im Kern ist damit das Programm der Piraten umschrieben, der Rest, der bei anderen Parteien das Wesen eines Programms ausmacht, ist liquid bzw. *patchwork* – die Piratenpartei als permanente Einladung, sie zu kapern.

Dem arbeitet die Ideologie der Entideologisierung zu: Pragmatische, lösungsorientierte Entscheidungen ständen im Vordergrund, eine Haltung, wie sie wiederum Ingenieuren und Technikern nachgesagt wird. Weltanschauungen wie Konservativismus, Liberalismus und Sozialismus würden dagegen unterschiedliche Aspekte der politisch-gesell-

schaftlichen Wirklichkeit in den Vordergrund rücken. »Der Irrtum entsteht dort, wo eine Perspektive absolut gesetzt und zur allein gültigen Wahrheit erklärt wird.« (Plaum 2012, 180) Die piratische Internet-Demokratie verspricht die Befreiung vom demokratischen Zwang, eine Entscheidung zwischen Parteien treffen zu müssen und stattdessen mit technischer Hilfe Programmteile verschiedener Parteien auswählen und kombinieren zu können (a.a.O., 147–72). Ausgerechnet die Urenkel des Binär-Systems erklären das »Binär-Schema« für überholt.

Mit den Piraten kehren Fortschritts- und Technikoptimismus in die Politik zurück; eine neue Form des Fortschrittsdenkens, in dessen Mittelpunkt Kooperation, Kreativität und Gleichheit zu stehen scheinen. Hacker, Software-Produzenten, »Informationsarbeiter« bilden die soziokulturelle Basis, um die sich tatsächlich sozial vielfältigere Wählergruppen zusammenfinden. Was die unterschiedlichen Gruppen verbindet, könnte der Widerspruch zwischen dem technisch Möglichen und Machbaren und den realen Zugangsschranken sein; für die einen eher beim Zugang zu Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen, für die anderen eher beim kostenlosen Download von Filmen, Musik, Spielen. »Access« (Jeremy Rifkin) – letztlich: moderne Gemeingüter – wäre die Kurzformel für die Modernisierung der sozialen Frage, die die Linke als vermeintlich »weiches« Thema gegenüber den »harten« Themen der Verteilungspolitik zu lange gering geschätzt hat.

Die Piratenpartei hat ihre Zukunft nicht in der Hand: Wenn sie ihr Angebot ernst meint, das Betriebssystem für eine neue Patchwork-Politik zu bieten, hängt viel davon ab, welche Schichten und Interessen sich daran machen, sich diese ihre eigene Partei zu basteln. Gleichzeitig haben es die konkurrierenden Parteien in der Hand, einen eigenen Zugang zu den unterschiedlichen Ebenen und Aspekten gesellschaftlicher Veränderungen und ihren Subjekten zu finden, deren politische Heimatlosigkeit die Piraten stark macht. Einfach wird das nicht. Auf der Projektionsfläche Piratenpartei verbinden sich kollektive Volksmythen mit vorgeblich technologisch grundiertem Pragmatismus und alltagsweltlicher Do-it-yourself-Mentalität zu einer politischen Lebendigkeit, die ohne Beschwörungen von Katastrophen, Weltuntergängen und Zusammenbrüchen, also ohne gängige politische Angstfaktoren der Konkurrenz, auskommt.

LITERATUR:

Bohn, Robert, 2005: Die Piraten, 2. Aufl., München

Kahrs, Horst, 2011: Piraten auf Level 3, www.horstkahrs.de/2011/12, 4.12.

Ders. und Benjamin-Immanuel Hoff, 2012: Die Piraten im vierten Landtag. Wahlnachtbericht-Spezial vom 13.5.2012, www.wordpress.wahlanalysen.de

Klönne, Arno, 2012: Liquid Democracy, in: Klönnes Klassenbuch, Marx21, 22.5.

Plaum, Wätzold, 2012: Die Wiki-Revolution. Absturz und Neustart der westlichen Demokratie, Berlin

1 Slogan der Gruppe Anonymous.

2 Gut ein Zehntel nennt »Soziale Gerechtigkeit« als prägendes Motiv, erst danach kommen die Themen, die der Partei als ihre ureigenen zugeschrieben werden: Netzpolitik, Urheberrecht, Internet.

3 Siehe hierzu sowie zu weiteren Aspekten der divergierenden sozialen und politischen Zusammensetzung der Wählerschaft der Piratenpartei Kahrs (2011) sowie Hoff/Kahrs (2012).

4 »Bukaniere« ist der Name einer Piraten-Bewegung an den karibischen und nordamerikanischen Küsten im 17. Jahrhundert.



»Das ist keine Demokratie, das ist eine Soap Opera«, chhhh

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

GREGORY ALBO Professor für Politikwiss. an der York University, Toronto, Leiter des Centre for Social Justice in Toronto; Mithg. von *Studies in Political Economy, Socialist Register, Capitalism, Socialism, Nature,* (Kanada), *Theory and Society* (Korea), *Historical Materialism* (UK). V: In and Out of Crisis (mit Sam Gindin und Leo Panitch, 2010)

AYOZE ALFAGEME Student der Volkswirtschaft, Koordinator der Linken Studierendenvereinigung in Spanien

ELMAR ALTVATER em. Professor für Politikwissenschaft und Autor, Mitglied im wiss. Beirat von Attac. V: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen (2011); Vermessung der Utopie (mit Raul Zelik, 2009)

PATRICK BOND Direktor des Centre for Civil Society an der University of KwaZulu-Natal. Schwerpunkte: politische Ökonomie, Umwelt, Soziales und Geopolitik. Mitglied der International Organization for a Participatory Society.

NICOLA BULLARD Mitarbeiterin von Focus on the Global South, Bangkok. V: Global Finance: New Thinking on Regulating Speculative Capital Markets (mit Walden Bello, 2000).

ULRICH BRAND Professor für Internationale Politik an der Univ. Wien. Schwerpunkte: internat. Ressourcen- und Umweltpolitik. Mitglied des wiss. Beirats der RLS und von Attac. V: Post-Neoliberalismus?: Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien (2011)

MARIO CANDEIAS Politologe und Ökonom, stellv. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS, Redakteur von *LuXemburg*. V: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (2004)

QUIM CORNELLES politischer Bildner, Vorstandsmitglied der Pere-Ardiaca-Stiftung, Mitbegründer des Kulturprojekts Ateneu Roig, Vorstandsmitglied der PCC, aktiv bei Democracia Real Ya

ALEX DEMIROVIĆ Politologe und Soziologe, Redakteur von *LuXemburg* und *Prokla*, Vorstandsmitglied der RLS. Schwerpunkte: Politische Theorie und Politisches System der BRD. V: Demokratie und Governance (Hg. mit Heike Walk, 2011)

FABIAN DEUS Germanist, promoviert zu Fortschrittskritik des Neoevolutionismus

ANNA-LENA DIESSELMANN Philosophin und Linguistin, Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Uni Siegen, Promovendin der RLS. Schwerpunkte: Öffentliche und politische Kommunikation, Diskursanalyse, Sprachphilosophie, Ethik

MARTIN EBERLE Fotograf, Master of Arts, Mitarbeiter am Erratik Institut Berlin. Ausstellungen: »Voyager« (Dez. 2012), »groggy« (2012), »Rave is over« (2011)

TASHY ENDRES Architektin, Aktivistin, Übersetzerin, Konflikttrainerin und Organizerin bei Occupy Wall Street, NY. Co-Übersetzung: Eyal Weizman Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung (2009)

ANDREAS EXNER Ökologe, Mitarbeiter des eb&p Umweltbüros, Koordinator mehrerer Forschungsprojekte des Österreichischen Klima- und Energiefonds, Mitbegründer des wachstumskritischen Netzwerks SINet. V: Solidarische Ökonomie & Commons (mit Brigitte Kratzwald, 2012)

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Mitglied der Gruppe [pæris]

LUISA FISCHER M.A., wiss. Mitarbeiterin am germanistischen Seminar der Uni Siegen. Schwerpunkte: Textlinguistik, öffentliche und politische Kommunikation.

ALEXANDER GALLAS Autor und Übersetzer, Dozent am Institut für Asien- und Afrikawiss. der HU Berlin. Schwerpunkte: Staats-, Klassen- und Demokratietheorie; politische Ökonomie Großbritanniens. V: Reading Poulantzas (Mithg., 2011)

LUIS JUBERÍAS Direktor der Pere-Ardiaca-Stiftung und Koordinator des Bereichs Kapitalismusanalyse, Aktivist im Kollektiv Inflexió und bei Democracia Real Ya, Vorstandsmitglied der Kommunistischen Partei Kataloniens, PCC

HORST KAHRS Sozialwissenschaftler, Referent für Das Öffentliche und Sozialstrukturanalyse am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS. V: Mal wieder die Organisationsfrage stellen, in: *LuXemburg* 4/2011, 6ff

CHRISTINA KAINDL Dipl.-Psych., leitende Redakteurin von *LuXemburg*, Doktorandin am FB Politikwissenschaften der FU Berlin. V: Das »Subjekt« zwischen Krise und Emanzipation (Mithg., Verf., 2010)

KATJA KIPPING Bundesvorsitzende der Partei die LINKE, MdB, Herausgeberin des *Prager Frühling*. V: Ausverkauf der Politik – Für einen demokratischen Aufbruch (2009)

DIETER KLEIN Ökonom, Fellow und Vorstandsmitglied der RLS, Hg. der Reihe einundzwanzig. V: Die Linke in Brandenburger Energiekämpfen, in: *LuXemburg* 1/2012, 84ff

CHRISTOPH KLEINE aktiv bei *Avanti – Projekt undogmatische Linke* und in der Interventionistischen Linken

CLEMENS KNOBLOCH Linguist, Professor für Sprachwissenschaften der Univ. Siegen. Schwerpunkte: Öffentl. und polit. Kommunikation; Geschichte der Sprachwiss.; Sprachpsych.; Mitglied im wiss. Beirat von Attac und im wiss. Beirat der RLS NRW. V: Wir sind doch nicht blöd – Die unternehmerische Hochschule (2012)

SABINE LEIDIG Geschäftsführerin der Fraktion die LINKE im Bundestag. V: Besser verkehren – solidarische Alternativen für Mobilität, in: *LuXemburg* 3/2010, 108ff

EDGAR MANJARÍN Soziologe und Informatiker, aktiv bei Democracia Real Ya und der spanischen Studentenbewegung

WOLFGANG METHLING Politiker, ehem. Landes-Umweltminister und Stellv. des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, seit 2010 Sprecher der Fraktion für Hochschul-, Forschungs- und Wissenschaftspolitik, seit 2007 im Bundesvorstand der Partei die LINKE

RICARDO RAMIREZ ARRIOLA Fotograf und freier Fotojournalist (Mexiko) für verschiedene internationale Tages- und Wochenzeitungen

BERND RIEXINGER Bundesvorsitzender der LINKEN und ehemals Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart von ver.di. V: Neue Streikkultur, in: *LuXemburg* 4/2011, 52ff

CELESTINO SÁNCHEZ Präsident der Pere-Ardiaca-Stiftung, aktiv bei Iaioflautas, der Bewegung von Rentnern für zivilen Ungehorsam gegen die Beschneidung von Bürgerrechten

CHRISTOPH SPEHR Sprecher des Landesverbandes der LINKEN in Bremen. V: Wann kann man sagen, dass die LINKE existiert und mit normalen Mitteln nicht mehr zerstört werden kann?, in: *LuXemburg* 3/2011, 140ff

KAREN STUKE Fotokünstlerin und freie Fotografin für Regisseure, Bühnenbildner und Theater (Staatsoper Berlin, Oper der Stadt Köln, Staatsoper Wien, Opéra Comique, Paris u.v.a. Ausstellungen: »Opera Obscura«, Galleria PrimoPiano, Neapel (2011), Gesellschaft für Musiktheater, Wien (2010); »Sleeping Sister«, Kronenboden, Berlin (2008), www.karenstuke.de

HANS THIE Referent Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion die LINKE. V: Exit statt Exitus. Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen, in: RLS-Standpunkte 9/2011

HILARY WAINWRIGHT Forschungsdirektorin am International Labour Studies Centre der Univ. Manchester und am Centre for Global Governance der London School of Economics; Hg. von *Red Pepper*. V: Reclaim the State (2003)

FRIEDER OTTO WOLF Philosoph, Politikwiss. und Politiker; Präsident des HVD, Mitglied im wiss. Beirat von Attac. V: Den Green New Deal nicht ablehnen, sondern instandbesetzen!, in: *LuXemburg* 1/2009, 154ff

RAUL ZELIK Professor für Politik an der Nationaluniv.Kolumbiens. V: Nach dem Kapitalismus?: Perspektiven der Emanzipation (2011); Der Eindringling (im Erscheinen)



www.bewegung.taz.de – die Plattform für Veränderung